

# Soziale Arbeit

## September 2006

### 55. Jahrgang

**Professor Dr. Süleyman Gögercin** ist Dozent für Methodenlehre und Sozialarbeitswissenschaft an der Berufsakademie Villingen-Schwenningen, Studiengang Sozialwesen, Schramberger Straße 26, 78054 Villingen-Schwenningen  
E-Mail: Dr.Goegercin@t-online.de

**Professor Dr. Hubert Jall** lehrt an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, Abt. Benediktbeuern, Don-Bosco-Straße 1, 83671 Benediktbeuern,  
E-Mail: hubert.jall@web.de

**Horst Schawohl** ist Dipl.-Sozialpädagoge, Doktorand der Universität Lüneburg und Anti-Aggressivitäts-Trainer bei Nordlicht e.V., Tonndorfer Hauptstraße 151, 22045 Hamburg  
E-Mail: SchawohlHorst@aol.com

**Professorin Dr. Stefanie Debiel** ist Studiendekanin am Studienort Holzminden der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminden, Hafendamm 4, 37603 Holzminden, E-Mail: debiel@hawk-hhg.de

**Integration von Migranten im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“** 322  
*Süleyman Gögercin, Villingen-Schwenningen*

**DZI-Kolumne** 323

**(Erziehungs-)Beratung in der Postmoderne** 330  
Oder: Das redliche Bemühen in Konkurrenz mit *Lämmle* und „Supernanny“  
*Hubert Jall, Benediktbeuern*

**Gewalt junger Täter und Opferleid** 336  
*Horst Schawohl, Hamburg*

**Lebensweltorientierung, Sozialraumorientierung und Partizipation** 343  
Zentrale Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert  
*Stefanie Debiel, Holzminden*

**Rundschau Allgemeines** 349  
Soziales 349  
Gesundheit 350  
Jugend und Familie 351  
Ausbildung und Beruf 351

**Tagungskalender** 352

**Bibliographie Zeitschriften** 353

**Verlagsbesprechungen** 357

**Impressum** 360



**Eigenverlag**  
**Deutscher Zentralinstitut für soziale Fragen**

# Integration von Migranten im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

Süleyman Gögercin

## Zusammenfassung

Trotz der positiven Entwicklungen der Integration hält bei Migranten und Migrantinnen in Deutschland die Unterschichtung weiterhin an. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ist Integration eines der tragenden Elemente der Handlungskonzepte der Stadtteilprojekte. Die wenigsten Städte haben ein Gesamtkonzept zur Integration von Migranten und Migrantinnen, Kriterien für eine erfolgreiche Integrationsarbeit in Stadtteilprojekten oder die Voraussetzungen dafür geschaffen. Dabei hat eine Stadtteilarbeit, deren Kriterien und Voraussetzungen geklärt sind, bei der konsequenten Umsetzung ein enormes Integrationsvermögen.

## Abstract

Despite the positive development in the integration of migrants their lingering in the lower classes of society continues in Germany. In the context of the federal/state program „Socially Integrative City“ integration is one of the most important elements of the Action Plans for district projects. Only a few cities have elaborated an over-all concept for the integration of migrants and criteria for a successful integration work in the context of district projects, or provided the preconditions for it. However, district work with clarified criteria and preconditions have an enormous capacity for integration when applied and practiced consequently.

## Schlüsselwörter

Assimilation - Integration - Ausländer - Programm - Stadtteil - Gemeinwesenarbeit - soziale Stadt - Lebensbedingungen

## Vorbemerkung

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) sieht vor, Stadt- und Ortsteile, „die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen“, städtebaulich zu fördern. In mehr als 330 Programmgebieten in rund 230 deutschen Städten und Gemeinden sind die Begriffe „Integration“ und „Stadtteilprojekt“ so eng miteinander verknüpft, dass die „Integration“ eines der tragenden Elemente der Handlungskonzepte der Stadtteilprojekte im Rahmen des Programms ist. Im Folgenden wird nach einigen grundsätzlichen Aussagen über die Bedeutung der Migration für die Städte und Gemeinden und zur Integration von Mi-

grantinnen und Migranten die bisherige Entwicklung des Programms „Soziale Stadt“ im Zusammenhang mit dieser Integration kritisch hinterfragt und einige Kriterien und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integrationsarbeit werden im Rahmen der Stadtteilprojekte zur Diskussion gestellt.

## Bedeutung der Migration für die Kommunen

Migration ist keine zeitlich befristete Ausnahme-situation, sondern ein Dauerereignis und ein konstitutives Merkmal der Städte und Kommunen. Zu- und Abwanderungen begründen wesentlich die Dynamik und Qualität der Entwicklung von Städten und Gemeinden (Krummacker 2002). Die Anteile der Stadtbevölkerung mit Migrationshintergrund wachsen und das wird auch zukünftig so sein. Es gibt „kritische Konzentrationen“ von Migranten in bestimmten Stadtteilen, die Probleme verursachen und interkulturelle Konflikte auslösen. Nicht selten werden solche Konzentrationen als „sozialer Brennpunkt“ gefürchtet.

Doch neben Problemen gibt es auch vielfältige Potenziale der Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen für die Entwicklung von Kommunen. Die Städte sind auf diese Potenziale angewiesen. Insofern gehört ein systematischer und aufgeklärter Umgang mit der Migration und deren Folgen zu den Strukturaufgaben gesellschaftlicher Sozialstaatspolitik, die auf sozialen Frieden und Wohlergehen der Bevölkerung abzielt. So ist es nicht erstaunlich, dass in den letzten Jahren, also nicht erst durch die kürzlich ausgelösten Unruhen in Frankreich, die gesellschaftliche Integration von Migranten und Migrantinnen an Bedeutung gewonnen hat, die Debatte um Zuwanderung sich vor allem auf deren Integration konzentrierte und diese mehr und mehr zur zentralen Herausforderung der Kommunalpolitik wurde. Deshalb bildet die Integration von Migranten und Migrantinnen inzwischen eine selbstverständliche dauerhafte Konzeptaufgabe städtischer Gesellschaften, der sie sich auf allen Politikebenen stellen müssen (vgl. *ebd.*).

## Zur Integration von Migrantinnen und Migranten

In der politischen Diskussion gehen die Auffassungen darüber, was unter Integration zu verstehen ist, weit auseinander. Dahinter steht eine jahrzehntelange Auseinandersetzung über die Konzepte von Assimilation versus multikultureller Gesellschaft, die jeweils mit verschiedenen Integrationsdefinitionen verbunden sind (Treibel 2003, S. 54 ff.): Der Integrationsbegriff sei seit Ende der 1970er-Jahre „je nach wissenschaftlicher und/oder politisch-ideologi-

scher Zielsetzung tausendfach definiert oder missbraucht worden“, so betont eine Zusammenfassung der Diskussionen bereits im Jahre 1984 (*Bayaz; Weber* 1984, S. 158 f.). Das Spektrum der Definitionen reicht dabei von Integration als Assimilation bis hin zur Integration als gleichberechtigte Teilhabe Zugewanderter an den Sphären der Aufnahmegesellschaft unter Beibehaltung und Akzeptanz von (kulturellen) Eigenheiten.

Die faktische Einwanderungsrealität wurde im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland jahrelang tabuisiert. Die konzeptionelle Ausarbeitung und systematische Förderung der (nicht nur sprachlichen) Integration von Migrantinnen und Migranten erfuhr infolgedessen auch kaum die Aufmerksamkeit, die von Fachleuten gefordert wurde. Das änderte sich erst, als Bundespräsident *Johannes Rau* in seiner Berliner Rede im Mai 2000 forderte, Integrationsförderung umfassend zu konzeptionieren und als Querschnittsaufgabe für viele Politikfelder zu begreifen. Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ griff dann die Aspekte auf, welche einen gesellschaftlichen Konsens widerspiegeln. Integration ist „ein Prozess, zu dessen Gelingen Aufnahme- und Zuwanderungsgesellschaft wechselseitig beitragen. Die Bereitschaft zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie die Anerkennung des Grundgesetzes, seiner Werte und unserer Rechtsordnung sind notwendige Bedingungen für die Integration... Als politische Aufgabe zielt Integration darauf ab, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zu ermöglichen... Die Aufnahmegesellschaft ist vornehmlich gefordert, Zuwanderern einen gleichberechtigten Zugang zu allen Positionen am Arbeitsmarkt und dem Bildungssystem zu ermöglichen...“ (*Unabhängige Kommission „Zuwanderung“* 2001, S. 201).

Das erste umfassende Gesetz zur Regelung von Zuwanderung und Integration für die Bundesrepublik Deutschland trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Darin ist die Förderung der Integration aller Gruppen von Migrantinnen und Migranten mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive durch die Integrationskurse erstmalig als eine Aufgabe des Bundes definiert, im so genannten Integrationsprogramm konzipiert und geregelt worden. Verschiedene Gruppen von Migrantinnen und Migranten erhalten dadurch einen Rechtsanspruch beziehungsweise eine aufenthaltsrechtlich sanktionierte Verpflichtung zur Teilnahme an den Integrations- beziehungsweise Sprachkursen. Um den Rahmen nicht zu sprengen, wird hier von

Anfang August 2006. Just zu der Zeit, da sich in München über tausend Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu ihrem Weltkongress versammeln, erhalten sie für ihre Mission eine argumentative Schützenhilfe problematischer Art: Medien berichten, dass die radikal-islamische Bewegung der *Hisbollah*, die vom Libanon aus mit Bomben und Raketen Tod und Zerstörung nach Israel trägt, in der libanesischen Bevölkerung von großer Sympathie getragen wird. Und dies nicht allein wegen der teils unverantwortlichen Art der Kriegsführung durch Israel (Streubomben), sondern vor allem wegen ihres starken sozialen Engagements zu Gunsten Bedürftiger.

Natürlich ist es zynisch und absurd, wenn diese radikalen Gewalttäter mit Wiederaufbauhilfen „glänzen“, die sie selbst erst nötig machen, indem sie mit kaltem Kalkül ihre Angriffe aus Wohngebieten heraus starten. Doch bei diesem Hinweis dürfen es hoch entwickelte Staaten wie Israel oder die EU-Länder nicht belassen. Das Beispiel der *Hisbollah* ist ja kein Einzelfall. Auch die in Palästina an die Macht gewählte *Hamas*-Bewegung mit ihrer gewalttätigen Vergangenheit oder der iranische Präsident *Machmud Ahmadinedschad*, der die Vernichtung Israels fordert, profilieren sich bei ihrer Bevölkerung als soziale Wohltäter. Davon sind – so sehr der Vergleich auch hinkt – unsere vom „Sieg“ über den Staatskommunismus, dem Druck der Globalisierung und dem Mainstream des Neoliberalismus getriebenen Volkswirtschaften weit entfernt. Dabei mangelt es auch ihnen wahrlich nicht an sozialen Herausforderungen, so etwa der neuen Armut von Millionen Kindern, den miserablen Zukunftschancen der Jugendlichen aus Migrantenfamilien, den bizarren Flüchtlingsdramen an den Küsten kanarischer Urlaubsparadiese oder den skandalösen Zuständen in palästinensischen Flüchtlingslagern.

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben allen Grund, selbstbewusst die Lösung dieser Probleme einzufordern und anzugehen. Wir alle sind es unserem freiheitlichen Gesellschaftsideal schuldig, uns nicht von Menschen verachtenden Radikalen in puncto sozialem Engagement vorführen zu lassen.

Burkhard Wilke  
wilke@dzi.de

weiteren Aussagen zur Integrationspolitik abgesehen und insbesondere auf das *Gemeinsame Positionspapier* (2001) von Wohlfahrtsverbänden, Deutschem Gewerkschaftsbund, Amnesty International, Pro Asyl und anderen verwiesen.

Von all den wissenschaftlichen Definitionen zum Begriff „Integration“ scheint die der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ für die Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzeptes zur Integration von Migrantinnen und Migranten am besten geeignet, da sie nach verschiedenen Dimensionen und Indikatoren analytisch operationalisierbar ist und somit deren Entwicklung und erreichten Stand überprüfen kann: Die Integration einer Migrantenbevölkerung ist diesem Verständnis zufolge dann erfolgreich, wenn Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Als integriert gilt eine Zuwanderergruppe, wenn sie sich im Zeitablauf hinsichtlich der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integrationsdimensionen im Generationenverlauf an die ortsansässige deutsche Vergleichsbevölkerung annähert, ohne die eigene kulturelle Identität aufzugeben. Dabei ist zu erwarten, dass sich in den einzelnen Dimensionen Ungleichzeitigkeiten hinsichtlich des erreichten Integrationsgrades zeigen (*Enquête-Kommission* 1998).

Unter Bezugnahme auf die vier Dimensionen wird in der Folge ein in der Migrationsforschung entwickeltes, idealtypisches Phasenmodell der Integration von Zugewanderten vorgestellt, das eindrucksvoll den Prozesscharakter von Integrationsvorgängen veranschaulicht. Danach steht in Integrationsprozessen zunächst der Spracherwerb und der Erwerb von Kenntnissen der sozialen Regeln des Zuwanderungslandes im Mittelpunkt und es werden Arbeitsverhältnisse eingegangen. Ein funktionaler Lern- und Anpassungsprozess der Zugewanderten findet statt (Akkommodation). In der nächsten Phase dieses Prozesses erfolgt zusätzlich die Veränderung von Werten, Normen und Einstellungen der Zugewanderten, die bis zur weit gehenden Übernahme der Kultur der Mehrheitsgesellschaft – bei wechselseitiger, aber oft ungleichgewichtiger Beeinflussung – reichen kann (Akkulturation) (*ebd.*).

Dieses Verständnis von Integration und die damit gekoppelt formulierten vier Dimensionen der Integration sind politisch oder weltanschaulich relativ neutral. Durch die Operationalisierbarkeit dieser Definition sind ihre Kriterien wissenschaftlich umso bedeutsamer. Denn sie ermöglichen das Herausarbeiten bestimmter vergleichender Kriterien bezie-

hungsweise Indikatoren, anhand deren man messen kann, ob die erreichte Integration erfolgreich war oder nicht. Jedwede komplexe Entwicklung muss an messbare Kriterien gebunden sein, wenn ausweisbarer Erfolg gewünscht wird. Dies ermöglicht nicht nur die notwendige Qualitätssicherung in der Integrationsarbeit. Auch praktische Teilschritte können in die erwünschte Gesamtrichtung – ebenso messbar – eingebunden werden.

Nicht zuletzt besteht der Vorteil einer solchen Definition darin, dass Menschen aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam an den Zielen mitwirken können. Für die Ziele ist dies ein unverzichtbares Kriterium. Da sie eine Querschnittsaufgabe ist, kann man die Integration nur gemeinsam, als gesamtgesellschaftliches Anliegen voranbringen. Generell ist bei der Festlegung der Definition davon auszugehen, dass die Integration ein Prozess ist, bei dem die entsprechenden Bemühungen der Zuwandernden mit der Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft interagieren und dass sich Integration entlang der Dimensionen, der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Dimension, gegenseitig bedingt. Was besagen nun diese einzelnen Dimensionen der Integration?

▲ **Strukturelle Integration:** Neben der Bevölkerungsstruktur, die sich durch demographische Angleichung zum Beispiel im Bereich der Altersverteilung äußert, betrifft die strukturelle Integrationsdimension die Eingliederung der Migranten und Migrantinnen in die Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft. Deren Indikatoren sind: Situation der Bildung und Ausbildung, der Beschäftigung beziehungsweise Erwerbstätigkeit, die rechtliche Situation, die wirtschaftliche Lage (Einkommen, Sozialhilfebezug) und die Wohnungssituation (Zugang zum Wohnungsmarkt, Wohnbedingungen).

▲ **Soziale Integration:** Die Soziale Integration betrifft die Eingliederung der Migranten und Migrantinnen in private Sphären der Aufnahmegesellschaft und beschreibt den Erwerb gesellschaftlicher Mitgliedschaft der Zuwandernden und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Aufnahmegesellschaft, so zum Beispiel Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen, Gruppen- und Vereinsmitgliedschaften. Mit anderen Worten: Freundeskreis, Familienstand, Eheschließungen und interethnisches Heiratsverhalten sind ihre Beobachtungs- und Analyse Kriterien.

▲ **Kulturelle Integration:** Kulturelle Integration bezieht sich hauptsächlich auf die Migrantenbevölke-

zung, beinhaltet aber auch notwendige kulturelle Anpassungen und Veränderungen seitens der aufnehmenden Gesellschaft. Sie umfasst Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen. Zentrale Bereiche sind hierbei die Lebensführung wie Werteannäherung beispielsweise in Bezug auf die Familienbildung, das Erlernen der deutschen Sprache, um eine gemeinsame Verständigung zu ermöglichen, sowie auf Beteiligungsformen/Partizipation, Entwicklung neuer kultureller Muster zum Beispiel bei der Familiengründung oder der Mediennutzung.

▲ **Identifikatorische Integration:** Diese spiegelt die subjektive Seite der Integration wider. Sie zeigt sich in neuen persönlichen Zugehörigkeits- und Identifizierungsgefühlen der Migranten und Migrantinnen zur Aufnahmegesellschaft beziehungsweise zu Stadtteil, Stadt und Region, in der sie leben.

Während die Entwicklungen hinsichtlich der ersten drei Integrationsdimensionen anhand harter Fakten, also quantitativ fassbar sind, werden bei der Überprüfung der identifikatorischen Integration qualitative Analysen unerlässlich. Die Stadt Wiesbaden hat durch die Entwicklung eines Monitoringsystems zur Ausländerintegration eindrucksvoll gezeigt, dass man messen kann, ob die erreichte Integration erfolgreich war oder nicht (*Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung* 2004).

### Skizze zu Lebenslagen der Migrationsbevölkerung

Die repräsentativen Studien des *Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung* (1985, 1995, 2002) bestätigen die Annahme nicht, die Integration von Migrantinnen und Migranten sei gescheitert – selbst dann nicht, wenn man die Entwicklungen beim türkischen Bevölkerungsteil näher untersucht, bei dem in erster Linie das Scheitern der Integration behauptet wird. Trotz der positiven Entwicklungen der Integration (*ebd.*) lassen sich die Lebenslagen der Migranten und Migrantinnen in Deutschland soziologisch als „soziale Differenzierung bei anhaltender Unterschichtung“ (*Krummacher* 2002) zusammenfassen. In 50 Jahren Einwanderungsrealität haben sich die Lebenslagen der Migranten und Migrantinnen stark verändert und lassen sich nicht einheitlich beschreiben. Die Übersicht auf Seite 326 macht die soziale und ökonomische Unterschichtung überwiegender Teile der Migranten und Migrantinnen deutlich: In allen zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Einkommen, Bildung/Ausbildung, Wohnen bestehen nach wie vor deutliche Benachteiligungen der Zugewanderten gegenüber der Mehrheitsbevölkerung.

### Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Genau an diesen aufgezeigten und ähnlichen Problemlagen setzt das Programm „Soziale Stadt“ an. Es erhebt den Anspruch, Quartiersentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, welche die sozialen Problemgebiete zu selbstständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive verändern sollen. Hauptziel der Bemühungen ist die (Wieder-)Herstellung einer ausgewogenen Sozialstruktur, die Überwindung städtebaulicher Mängel durch Modernisierung des privaten Wohnungsbestandes, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Identifikation der Bewohner und Bewohnerinnen mit ihrem Quartier durch Partizipation sowie die Förderung von Sozialkontakten ([www.sozialestadt.de/programm](http://www.sozialestadt.de/programm) 29.12.2005). Die Realisierung dieser Vorhaben ist auf Stadtteilprojekte übertragen, in denen die „Integration“ eines der tragenden Elemente der Handlungskonzepte darstellt. Von den Akteuren der Stadtteilprojekte wird in diesen Handlungskonzepten ein „integratives Handeln“ in den Stadtteilen und für die „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ erwartet.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist zahlreichen Kritiken ausgesetzt. Diese beziehen sich vorwiegend auf folgende Punkte ([www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/endbericht](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/endbericht) vom 6.2.2006):

▲ **Geringes Förderungsvolumen:** Die vorgesehene Mittelausstattung ist unzureichend und wird der Komplexität und Größe der Probleme nicht gerecht. Die Städte und Gemeinden, für die das Programm vorgesehen wurde, können vielfach die Finanzmittel dafür nicht aufbringen (Komplementärfinanzierungsmittel).

▲ **Fehlende theoretische Fundierung:** Es wird kritisiert, dass das Programm bisher im Wesentlichen durch tagespolitische, pragmatische und aktionistische Vorgehensweisen gekennzeichnet sei. Fragen nach Wirkungen und Akzeptanz der Maßnahmen würden nicht systematisch untersucht; wissenschaftliche Diskurse über das Programm finden nur vereinzelt und unzusammenhängend statt.

▲ **Zweifel an Realisierbarkeit:** Die mit dem Programm verbundenen Ambitionen sind groß, die Erwartungen sind hoch und der Lösungsanspruch ist umfassend. Es wäre insofern kaum auszuschließen, dass es bei diesem innovativen Politikansatz zu Enttäuschungen und zum Nachlassen der Anstrengungen kommt.

▲ **Ursache von Problemen:** Es wird der Vorwurf geäußert, dass gesamtgesellschaftliche Probleme auf Stadtebene gelöst werden sollten und ein Abbau

## Zur Lage deutscher und ausländischer Bevölkerung

Wohnbevölkerung	Deutsche	Ausländer
Wohnbevölkerung 2003	75,3 Mio.	7,3 Mio.

### Arbeitsmarkt

Stellung im Beruf 2002		
<i>ungelernte/angelernte Arbeiter</i>	10 %	51 %
<i>Facharbeiter/Meister</i>	15 %	20 %
<i>Angestellte und Beamte</i>	63 %	23 %
<i>Selbstständige</i>	12 %	6 %
Arbeitslosenquote 2004 (Durchschnitt Westen)	9,5 %	20,5 %
<i>Arbeitslose türkischer Herkunft</i>	–	25,2 %
<i>EU-Bürger und -Bürgerinnen</i>	–	15,0 %

### Einkommen

Nettoeinkommen der Haushalte 2003 (Zu berücksichtigen sind unterschiedliche Haushaltsgrößen: zum Beispiel in deutschen Haushalten 2,1, in türkischen 3,5 Personen)		
<i>unter 900 Euro</i>	14,6 %	22,6 %
<i>900-2 000 Euro</i>	43,2 %	45,3 %
<i>2 000-3 200 Euro</i>	26,5 %	22,9 %
<i>3 200-4 500 Euro</i>	10,0 %	6,0 %
<i>über 4 500 Euro</i>	5,7 %	3,1 %
Sozialhilfeempfänger-Anteil (Ende 2003)	2,9 %	8,4 %

### Erziehung/Schulbildung

Kindergartenbesuch (3-6 Jahre) 2002	94,0 %	81,0 %
Schulabschlüsse 2002		
<i>ohne Hauptschulabschluss</i>	6,0 %	15,6 %
<i>Hauptschule</i>	20,5 %	39,7 %
<i>Realschule</i>	43,2 %	31,9 %
<i>Abitur/Fachabitur</i>	29,0 %	11,3 %
Ausbildungsquote 2002	63,5 %	34,0 %
keine Ausbildung 2002	15,0 %	40,0 %

### Wohnen

Wohnfläche pro Person 2002	42,6 qm	27,1 qm
durchschnittliche Miete 2002	407 Euro	422 Euro
durchschnittliche Mietbelastung 2002 (Miete in Prozent des Nettoeinkommens)	26,8 %	29,3 %
Haushalte mit Wohnungseigentum	43,7 %	15,5 %

Quellen: *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* 2005,  
[www.destatis.de/themen/d/thm\\_bevoelk.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.php) sowie eigene Berechnungen

sozialstaatlicher Leistungen durch eine Verantwortungsteilung kaschiert würde, die den Menschen vor Ort die Last der Problemlösung aufbürdet. Vor allem aber würden diese nicht an ihrer Wurzel angegangen: „Die Tendenzen, die zur Herausbildung von benachteiligten und benachteiligten Quartieren führen, werden nicht zum Gegenstand der Politik für eine sozial gerechte und sozial integrierte Stadt gemacht“ (ebd.).

▲ **Riskieren räumlicher Problemverschiebungen:** Vielfach kommen Schwierigkeiten „aus der Mitte der Gesellschaft“ und sind nicht oder nur selten in den Stadtteilen selbst entstanden. So werden gebietsbezogene Entwicklungen von gesamtstädtischen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen abgekoppelt, anderswo verursachte Symptome werden dort bekämpft, wo sie am deutlichsten in Erscheinung treten.

Insbesondere die letzten Kritiken verweisen auf die Notwendigkeit, die stadtteilbezogene Politik in gesamtstädtische Konzepte einzubetten. Das Programm heißt ja nicht ohne Grund „Soziale Stadt“ und nicht „Sozialer Stadtteil“. Die benachteiligten Gebiete dürfen nicht isoliert betrachtet werden, die Stadt als Ganzes muss in die Stadtteilprojekte einbezogen werden.

Im Zusammenhang mit unserer Themenstellung ist ferner die Feststellung im Zwischenbericht des *Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH* (2004, S. 11 ff.) zum Bund-Länder-Programm von Belang, dass in der bisherigen Programmlaufzeit drei Handlungsfelder, darunter auch „Integration von Migrantinnen“ (neben Schule und lokaler Ökonomie), „in der Praxis noch nicht die Rolle spielen konnten, die sie für die Stadtteilentwicklung eigentlich haben sollten“ (ebd.). Wirksame Konzepte und Instrumente wurden bisher für das Handlungsfeld „Integration von Migrantinnen“ von übergeordneter Ebene nicht bereitgestellt. „Es gibt viele Ideen und auch eine erhebliche Anzahl von Projekten, die aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, den anstehenden Aufgaben bei weitem noch nicht gerecht werden“ (ebd., S. 12). Diesbezüglich wird dann im Schlussteil den Kommunen Folgendes empfohlen: „Für die gesamte Stadt sollten Konzepte zur Förderung der Zuwanderung und zur Förderung der Integration entwickelt werden, innerhalb derer die Rolle des Stadtteils genauer bestimmt werden kann“ (ebd., S. 15). Sozial kann also eine Stadt nur als Ganzes sein. Trotz des besonderen Augenmerks auf Stadtteile mit Entwicklungsbedarf darf das Ganze nicht aus den Augen verloren werden.

Ob Integration und interkulturelles Zusammenleben gelingen oder misslingen, zeigt sich zwar „vor Ort“ in den Stadtteilen, in Betrieben und Nachbarschaften, in Schulen und Sportvereinen, die unmittelbare Verantwortung für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung liegt jedoch auf der kommunalen Ebene, in gesamtstädtischer Hand. So ist die Integration eine zentrale Planungsaufgabe der Kommune. Keine Stadt mit hohem Migrantinnenanteil kommt umhin, für eine zukunftsbeständige Stadtentwicklung ein Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten zu erarbeiten, dieses prozesshaft umzusetzen und fortzuschreiben sowie ein Umsetzungscontrolling einzurichten.

**Stadtteilprojekte zur (besseren) Integration**  
Stadtteilprojekte im Rahmen des beschriebenen Programms enthalten auch die Integration von Migrantinnen und Migranten. Zu dem kommunalen Gesamtkonzeptdiskurs über eine nachhaltige interkulturelle Stadtpolitik gehört insofern auch die Diskussion darüber, wie eine erfolgreiche Integrationsarbeit sein könnte. Deshalb wird im Folgenden der Versuch unternommen, diese Frage zu beantworten, indem einige Kriterien und Voraussetzungen für eine positive Integrationsarbeit von Stadtteilprojekten genannt

**BBJ**

**Die BBJ Zentrale Beratungseinheit für Träger der Jugendhilfe informiert und beantwortet Fragen der beruflichen und sozialen Integration benachteiligter junger Menschen.**

**Sie entwickeln Projekte an den Übergängen Schule – Ausbildung – Beruf.**

**Sie wollen**

- ✓ Ihre Angebote weiterentwickeln,
- ✓ neue Projektideen umsetzen,
- ✓ von dem profitieren, was Andere bereits vorbildlich machen,
- ✓ Partnerschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufbauen,
- ✓ Unterstützung bei der Qualitätsentwicklung.

**Benötigen Sie Informationen, haben Sie Fragen?**

**BBJ Infoline**  
Jugendberufshilfe  
**0180 500 36 42**  
(kostenlos aus dem Mobilfunknetz)

Initiativteam  
Migrationsbeauftragte für Familien, Betriebe, Plazene und Jugend

**Integration statt Ausgrenzung**

und erläutert werden. Diese Ausführungen sind als Anregungen zu verstehen, die sicherlich nicht systematisch ausgearbeitet und abschließend sind:

▲ *Die Arbeit ist interkulturell orientiert:* Die interkulturelle Orientierung realisiert sich zunächst durch einen bestimmten Modus des Verstehens, einer Grundkompetenz sozialarbeiterischer Fachlichkeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekonstruieren einfühlsam den subjektiven Sinn und die Eigenlogik des oft problematischen Bewältigungshandelns von Migrantinnen und Migranten auf der Basis ihrer lebensweltlichen Alltagskontakte zu den Zugewanderten im Stadtteil und deren Migrationserfahrung.

▲ *Niedrigschwellige Stadtteilarbeit ist selbstverständlich:* Stadtteilarbeit kann sich nicht nur an der traditionellen Komm-Struktur orientieren; sie muss auch dorthin gehen, wo die Zielgruppen leben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begeben sich also durch *aufsuchende Arbeit* an die Lebensorte und in die sozialen Netzwerke der Bewohnerinnen und Bewohner. Insbesondere sind hier die primären oder mikrosozialen Netzwerke gemeint, also das familiäre, verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Umfeld der Migrantinnen und Migranten sowie der Einheimischen. Gerade im Hinblick auf die Stärkung informeller Selbstgestaltungskräfte beziehungsweise der Mobilisierung gegenseitiger sozialer Unterstützungsformen sollten die Kontakte von Stadtteilarbeit in diesem Bereich dicht geknüpft sein, um auf dem Weg zum Integrationsziel weiterzukommen.

▲ *Kontakte für ein friedliches und kooperatives Zusammenleben sind entwickelt:* Möglichkeiten für einen kulturellen Austausch zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind geschaffen. Im Falle interkultureller Konflikte stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Konflikt-/Streitvermittelnde oder Mediatoren zur Verfügung und/oder greifen gegebenenfalls auf zweisprachige „Brückenpersonen als Kulturmittler“ zurück, die sich durch biographisch erworbene lebenspraktische Kompetenzen und durch ihre besondere, anerkannte Stellung in ihrer Herkunftsgemeinschaft auszeichnen. So können diese ihre Mehrsprachigkeit sowie ihre Stellung gegenüber Angehörigen ihrer Herkunftsgemeinschaft einbringen.

▲ *Ein Dialog mit den wichtigsten Migrantengruppen ist entwickelt und deren Partizipation ist weitgehend realisiert:* Der Partizipation der Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben kommt im Rahmen integrationsfördernder Gemeinwesenarbeit hohe Bedeu-

tung zu. Sie liegt auf einer Linie mit der Ressourcennobilisierung und -bündelung und ist im Sinne des Empowermentansatzes, wonach die Menschen zur Aneignung beziehungsweise Wiederaneignung von Selbstgestaltungs Kräften befähigt werden. Als besonders effektiv haben sich kommunikative Arrangements erwiesen, die die Stärken und Kompetenzen der Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Raum sichtbar machen. Dieser Handlungsbereich sollte und kann sicherlich noch weiter ausgebaut werden, indem die Migrantinnenbevölkerung hinreichend in die Projekte im Stadtteil einbezogen wird.

▲ *Es besteht ein Netzwerk,* an dem Akteure aus Politik, Verwaltung, Schulen, Vereinen und Verbänden mit ihren Ressourcen und Potenzialen beteiligt sind. Soziale Netzwerkarbeit im Stadtteil ist ein wichtiger Bestandteil der Integrationsförderung. Auch hier gilt der Partizipationsgedanke, verstanden als Beteiligung aller im Gemeinwesen an der Aufgabe der Integration. Im Rahmen vielfältiger Kooperationsformen handeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes zusammen mit der Bevölkerung im Stadtteil, sozialen Dienstleistungsorganisationen, nichtsozialarbeiterischen Kontrollinstanzen, Kommunalpolitik, lokaler Ökonomie und mit der Presse beziehungsweise den Medien. Hierbei modifiziert Stadtteilarbeit die Programme und das Handeln der genannten Akteure im Sinne der Integration als Querschnittsaufgabe.

▲ *Die interkulturelle Handlungskompetenz der haupt- und ehrenamtlich engagierten Kräfte ist durch Fachberatung und Fortbildungen erweitert:* Menschen, die die Integration fördern wollen und sollen, müssen sich ihres Beitrages im Integrationsprozess bewusst sein und über Fähigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglicht, im Kontakt mit Angehörigen einer anderen Kultur erfolgreich zu handeln. Zur Stärkung der interkulturellen Handlungskompetenz bedarf es systematischer Fachberatung und Fortbildung für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sowie für die ehrenamtlich engagierten Kräfte.

▲ *Stadtteilarbeit wird von einem multiethnischen Team geleistet.* Integrationsfördernde Gemeinwesenarbeit nimmt Einfluss auf den Stadtteil in materieller und interaktiver Hinsicht. Voraussetzung dafür ist jedoch die Wertschätzung im Gemeinwesen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Stadtteilarbeit prinzipiell einen guten Ruf hat, wenn sie von einem *multiethnischen Team* betrieben wird, das verständigungsorientierte und vertrauensvolle Beziehungen zu den Migrantinnen und Migranten herstellen kann (Gögercin; Teske 2000 a, b). Auf der Basis solcher

Bezüge hat sie einen vergleichsweise hohen Einfluss auf die einzelnen Sozialraumagierenden. Es gelingt nicht nur die Herstellung von vertrauensvollen und belastbaren Beziehungen zu Migranten, es steigen auch mit hoher Wahrscheinlichkeit die Orientierung, Identität und soziale Handlungsfähigkeit bei den Migranten und Migrantinnen. So kann sie Begegnung und Zusammenarbeit dieser Akteure arrangieren und die Kommunikation im Stadtteil im Sinne einer strukturellen, sozialen, kulturellen und identifikatorischen Integration der Zielgruppe gestalten. Sie erfüllt damit die Rolle einer intermediären Instanz im Stadtteil.

▲ *Bedarfsgerechte Angebote und Projekte vor Ort* sind entwickelt und werden durchgeführt. Ihre Konkretisierung bezüglich der unterschiedlichen Integrationsdimensionen ergibt sich als Handlungsbedarf vor allem aus den Ergebnissen der Bestandsaufnahme zum Stand der Integration von Migranten und Migrantinnen sowie aus einer Analyse der Stärken und Schwächen der Integration in der Stadt und in den einzelnen Stadtteilen.

▲ *Regelmäßige Integrationsberichte* (zum Beispiel jährlich) werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtteilprojektes vorgelegt, die Aussagen zu den im Berichtszeitraum im Rahmen des Integrationsplans durchgeführten Programmen und Maßnahmen sowie deren Wirkungen enthalten.

Weitere wichtige *strukturelle Voraussetzungen* für eine erfolgreiche Integrationsarbeit sind:

▲ *geeignete Räumlichkeiten*, die adäquat und ausreichend sein sowie über die notwendigen Medien für eine erfolgreiche Integrationsarbeit verfügen müssen. Die Diskussion über die Frage, was erforderlich und geeignet ist, wird entsprechend der Gegebenheiten vor Ort konkreter zu führen sein.

▲ *ein relativ geringer Formalisierungsgrad des Stadtteilprojektes* trotz vielfältiger Organisations- und Kommunikationsstrukturen, sodass er jenseits von bürokratischen Standardisierungen und formellen Handlungsabläufen die Bildung von vertrauensvollen Beziehungen zu den Zugewanderten ermöglichen kann. Eine solche Beziehungsqualität zwischen Ausländern und Mitarbeitenden ist Grundbedingung für eine effektive und effiziente Integrationsarbeit.

▲ *ein hohes Maß an Flexibilität*, das die mit dem Stadtteilprojekt kooperierenden Personen, Gruppen und Organisationen in der Regel von den Mitarbeitenden erwarten. Diese Flexibilität ist zur erfolgrei-

chen Bewältigung kurzfristig auftretender Konflikt- oder Krisensituationen oder aktueller Bedarfslagen notwendig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können ihre Zeit eigenverantwortlich situations-, ziel- und aufgabenadäquat einsetzen und kurzfristig bündeln. Langwierige organisatorische Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse sollten vermieden werden.

Wenn sich die Integrationsarbeit gerade mit der Frage nach der Entwicklung des Arbeitsmarktes, des Zugangs zu Bildungswegen und Beschäftigung verbindet, stößt sie auf vielfältige Grenzen. Auf bestimmte Bereiche und Zusammenhänge haben die Kommunen und damit auch die Stadtteilprojekte nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. So werden weite Bereiche der Integrationspolitik von den politischen und rechtlichen Vorgaben der Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Bundesregierung sowie der Landesregierungen bestimmt (Zuwanderungsgesetz, Staatsangehörigkeitsrecht, Flüchtlingspolitik, Wahlrechte, Bildungspolitik, Gemeindeordnungen etc.); die Integration von Migranten und Migrantinnen hängt vor allem von ihren Zugangschancen zum funktionierenden Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und zu sozialen Sicherungssystemen ab, die außerhalb des Wirkens von Stadtteilprojekten bestehen. Zudem schränkt die kommunale Finanzkrise die materiellen Handlungsspielräume der Integrationsförderung massiv ein. Doch es gibt durchaus auch Ressourcen und Potenziale, zu denen zuerst die erzielten Integrationsfortschritte und vorhandenen Konzepte sowie langjährige Aktivitäten und Erfahrungen zahlreicher lokaler Akteure der Migrationsarbeit aus Politik, Verwaltung, Schulen, freien Trägern und Kirchen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Initiativen zu zählen sind. Auch die vorhandenen interkulturellen Kontakte zwischen Migranten, Migrantinnen und Deutschen und nicht zuletzt die vielfältigen Selbsthilfepotenziale der Migranten und Migrantinnen sind wichtige Ressourcen (Weiss; Thränhardt 2005).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass trotz einschränkender Rahmenbedingungen zum einen der kommunale Konzeptdiskurs über eine nachhaltige interkulturelle Stadtpolitik auf zahlreichen vorhandenen Ressourcen und Potenzialen aufbauen kann und zum anderen eine Stadteitarbeit, deren Kriterien und Voraussetzungen oben skizziert wurden, bei der konsequenten Umsetzung ein enormes Integrationsleistungsvermögen hat.

#### Literatur

**Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung:** Statistische Berichte. Monitoringsystem zur Ausländerintegration in Wiesbaden. Wiesbaden 2004

Bayaz, A.; Weber, F.: Anpassung an die Deutschen? Weinheim/ Basel 1984

**Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration:** Sechster Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin 2005

**Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:** Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativstudien Bonn/Berlin 1985, 1995 und 2002

**Enquête-Kommission** des Deutschen Bundestages: Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht Bundestagsdrucksache 13/11460, Teil VII: Migration und Integration. Berlin 1998

**Gemeinsames Positionspapier** von Wohlfahrtsverbänden, DGB, Amnesty International, Pro Asyl u.a.: Memorandum für den Schutz der Flüchtlinge. Frankfurt am Main 2001

**Gögercin, S.; Teske I.:** Quartierarbeit als neue Herausforderung für Soziale Arbeit. In: sozialmagazin 4/2000a, S. 32-37

**Gögercin, S.; Teske I.:** Stadtteilentwicklung durch Bürgerbeteiligung. In: Seckinger, M.; Stiemert-Strecker, S.; Teuber, K. (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Tübingen 2000b, S. 111-122

**Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH:** Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Zwischenbericht. Berlin 2004

**Krummacher, M.:** Neue Wege interkultureller Kommunalpolitik – Thesen und Übersichten zum Vortrag am 21.9.2002 im Rahmen des Symposiums zur Eröffnung der Interkulturellen Wochen der Stadt Nürnberg. In: [www.xenos-nuernberg.de/Veranstaltungen/Interkulturelle\\_Wochen\\_2002](http://www.xenos-nuernberg.de/Veranstaltungen/Interkulturelle_Wochen_2002)

**Rau, Johannes:** Ohne Angst und Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben. Berliner Rede am 12. Mai 2000

**Treibel, Anette:** Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim/ München 2003

**Unabhängige Kommission „Zuwanderung“** (Hrsg.): Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin 2001

**Weiss, K.; Thränhardt, D. (Hrsg.):** Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg im Breisgau 2005

[www.destatis.de/themen/d/thm\\_bevoelk.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.php)

[www.sozialestadt.de/programm](http://www.sozialestadt.de/programm) vom 23.12.2005

[www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/enderbericht](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/enderbericht) vom 6.2.2006

## (Erziehungs-)Beratung in der Postmoderne

### Oder: Das redliche Bemühen in Konkurrenz mit *Lämmle* und „Supernanny“<sup>1</sup>

Hubert Jall

#### Zusammenfassung

Bayerische Erziehungsberatungsstellen blicken auf eine nunmehr 30-jährige Geschichte zurück. „Beratung in der Postmoderne“ will ausdrücken, dass die Konsolidierung von Beratung im Sinne von „mit 30 ist man endgültig erwachsen“ natürlich eine scheinbare ist, denn die von uns allen ersehnten Ordnungsprinzipien, wie sie im Zeitalter der Moderne als Kulturleistung vermittelt wurden, zeigen sich in der Gegenwart als höchst ambivalent und brüchig. Beratung und ihre Philosophie hat sich von der Behandlungsnotwendigkeit auf Grund von pathologischen Zuschreibungen hin zum Konzept der Salutogenese gewandelt, mit dem verdeutlicht wird, dass die Gesundheit und deren Bedingungen zu erhalten und zu verbessern sind. Die deutschen Erziehungsberatungsstellen sind inzwischen saturiert. Notwendig sind Konzepte, die die Menschen in einer zunehmend enttraditionalisierten und von Unsicherheiten geprägten Gesellschaft begleiten können.

#### Abstract

Bavarian child guidance offices now look back to a history of 30 years. „Advice in a Postmodern Era“ wants to show that the consolidation of advice in the sense of „when you are 30, you are fully grown up“ is an apparent one, of course. Because the principles of order we are all yearning for and which have been imparted as a cultural achievement in the Modern Era appear to be extremely ambivalent and fragile in the present time. Due to pathological reasons, advice and the philosophy involved have changed from the necessity of advice to the concept of salutogenesis which illustrates that health and its conditions have to be maintained and improved. After a fresh start and dissemination, German child guidance offices are complacent. What is necessary are concepts which may accompany people on their way in a society which is increasingly marked by a lack of tradition and insecurity.

#### Schlüsselwörter

Erziehungsberatungsstelle - Konzeption - Funktion

#### Vorbemerkung

Die Ausarbeitung eines Beratungsthemas kann dazu führen:

<https://doi.org/10.5771/0202-0228-2024-13>

Generiert durch IP '3.16.218.241', am 12.06.2024, 04:33:01.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

▲ die Wichtigkeit einer Beratungsstelle zu betonen und festzustellen, dass es wohl jammerschade wäre, dabei einen festen Blick auf die Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Jugendhilfe werfend, wenn es sie nicht gäbe oder der allgegenwärtige Rotstift gar zu heftig in ihrem Haushalt herumfuhrwerke würde. Die Zahlen über die Entwicklung von Erziehungsberatungsstellen verdeutlichen jedoch, dass bei allen Bemühungen, diese Einrichtungen flächendeckend bereitzustellen, wir weit davon entfernt sind, die gesetzten Versorgungsziele erreicht zu haben. Die Grundsatzempfehlung zu den Aufgaben, der personellen Ausstattung und der Arbeitsweise einer Erziehungsberatungsstelle mit mindestens drei hauptamtlichen Mitarbeitenden pro fünfzigtausend Einwohner und Einwohnerinnen, entspricht bei weitem nicht der Realität;

▲ in der Beschreibung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse zu betonen, wie kompliziert unser Leben geworden ist und dass die Nachfrage von Beratung auf Grund von materieller, sozialer und seelischer Not qualifizierte Beratende erfordert, die fort- und weitergebildet sind, am besten doppelqualifizierte Sozialpädagoginnen und -pädagogen;

▲ die Eitelkeit des Autors zu aktivieren, um zu beweisen, dass er als Hochschullehrer auch etwas vom „Praxisgeschäft“ versteht, es eine fruchtbare Verbindung zwischen Beratungsstellen und Hochschule gibt, wir uns „etwas zu sagen haben“ und dass wir als Studienstätte, die Beratende ausbildet, natürlich berechtigt sind, nach wie vor der verehrten Kollegenschaft außerhalb weise Ratschläge zu geben.

Doch Hochschule bedeutet nicht gleich Theorie und Praxis ist nicht „nur“ Praxis, denn in der Literatur wird allenthalben nicht nur das Fehlen einer einheitlichen, geschlossenen Theorie der Erziehungsberatung beklagt (Abel 1996, Hundsalz 1991), es wird sogar behauptet, dass Erziehungs- und Familienberatung „reines Praxiswissen und nicht erklärtes Gebiet von Wissenschaft und Forschung“ sei. Die wesentlichen Tätigkeitsbereiche von Beratung, Therapie, Information und Prävention seien das konzeptionelle Charakteristikum der Erziehungsberatungsstelle, die es gilt, miteinander in einer Institution oder mit anderen Institutionen zu verknüpfen. „Verknüpfen“, „Verketten“, „in Beziehung bringen“, „Kommunikation herstellen“ mag auf den ersten Blick vielleicht wenig mit Wissenschaft zu tun haben, der zweite Blick jedoch macht sehr schnell deutlich, dass die Kompetenz hierzu nicht vom Himmel fällt, sondern oft mühsam und teuer trainiert werden muss, teuer auch deshalb, weil gerade in der Erziehungsberatung die

individuelle Fortbildungsbereitschaft der Mitarbeitenden quasi Einstellungsbedingung ist.

Eine Beratungsstelle ist in 30 Jahren ein fester Bestandteil der sozialen Versorgung der Gemeinde geworden. Die Familienstatistik zeigt, dass Menschen im Alter von 30 Jahren durchschnittlich eine neue Phase im Leben erreichen. Um dieses Alter herum wird geheiratet, Kinder (wenn überhaupt) werden geboren. Mit 30 ist der Status der Verselbstständigung abgeschlossen, man ist nicht mehr ganz jung, hoch leistungsstark, hat seine Karriere bewusst im Blick und betrachtet die eigene Familie als Zentrum des Glücks. Eine Beratungsstelle in diesem Alter spiegelt ihre eigene Entwicklung wider; dies hat Konsequenzen, die ich anhand von acht Thesen erläutern möchte.

### **These 1: Beratung ist ein normaler, fester Bestandteil unseres Lebens geworden.**

War es noch vor einer Generation in besonderen Kreisen populär, zur Therapie zu gehen, oder lag eine besonders dramatische Lebenssituation zum Beispiel in Familien vor, so war die Beratungsnotwendigkeit doch immer mit dem „Begleittext“ verbunden, es läge ein Mangel an Kompetenz (zum Erziehen, zur Lebensführung) vor, der „behandelt“ werden müsse. Heute lassen sich Mann und Frau beraten, wer das nicht tut, gilt als „beratungsresistent“, als stur, inflexibel und lebensuntüchtig. Der Erwerb von Beratungskompetenz erstreckt sich mittlerweile über viele Berufsgruppen. Im Coachingbereich von Industrie und Wirtschaft finden sich zum Beispiel neben Fachkräften aus der Ökonomie und Technik ebenso Philosophen, Theologen und Juristen.

Der Bereich der Erziehungsberatung bleibt im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften bezüglich des Personals multidisziplinär. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass vor allem Psychologinnen, Psychologen, Sozialpädagoginnen, Sozialpädagogen und Heilpädagoginnen, Heilpädagogen vertreten sind. Beratung und deren Philosophie haben sich von der Behandlungsnotwendigkeit auf Grund von pathologischen Zuschreibungen hin zum Konzept der Salutogenese gewandelt, mit dem verdeutlicht wird, dass es darum geht, die Gesundheit und deren Bedingungen zu erhalten und zu verbessern.

### **These 2: Erziehungsberatung ist in Gefahr zu familialisieren.**

In Erziehungsberatungsstellen ist vielerorts eine „Familiarisierung“ der Arbeitsbeziehungen (Schrödter 2000) zu beobachten: Nach Aufbruch und Ausbreitung der Stellen sind diese saturiert, die Perso-

nalfuktuation ist gering, Beratungsstellenteams bleiben über Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg zusammen und richten sich „ihre“ Stelle und Stellenkultur ein. Die Konsolidierungszeit der ersten Jahre ist abgeschlossen; die Projekte werden in Ruhe geplant, es gibt kaum mehr Legitimationsprobleme in der Öffentlichkeit; wahrscheinlich ist man zwischenzeitlich ein- bis zweimal umgezogen, hat sich neu eingerichtet und hofft, den gegenwärtigen Status noch lange zu erhalten beziehungsweise etwas auszubauen. Dies führt in der Regel zu einer gemeinsamen beruflichen Sozialisation sowie zu Anpassungsprozessen innerhalb des Teams, die Entwicklungsprozesse verlangsamen.

Was sich nicht nur in der Forschungsliteratur über Erziehungsberatungsstellen (zum Beispiel Vossler 2003), sondern auch in manchen Gesprächen mit Kollegen und Kolleginnen, die ebenfalls wie ich vor 30 Jahren ihre berufliche Karriere in Erziehungsberatungsstellen begonnen haben, wiederfindet, ist die Beobachtung, dass der erreichte Status zu einer gewissen Behäbigkeit führt. Den Mitarbeitenden fällt es manchmal schwer, neue und innovative Wege zum Beispiel in Richtung einer stärkeren Lebensweltorientierung oder Senkung der Zugangsschwelle zur Beratung zu wagen. Auf Kritik von außen wird häufig mit einer misstrauischen Abwehrhaltung reagiert.

### These 3: Erziehungsberatung findet im vielfältigen „Sowohl-als-auch“ statt.

„Beratung in der Postmoderne“ will ausdrücken, dass die oben angeführte Konsolidierung im Sinne von „mit 30 ist man endgültig erwachsen“ natürlich eine scheinbare ist, denn die von uns allen ersehnten und gewünschten Ordnungsprinzipien, wie sie im Zeitalter der Moderne als Kulturleistung vermittelt wurden, zeigen sich in der Gegenwart, eben in der „Post-Moderne“, als höchst ambivalent und brüchig. Wir müssen uns in der Betrachtung unserer Welt nicht sehr anstrengen, um festzustellen, wie schwierig das Spiel zwischen Rationalität und Irrationalität geworden ist. Aus den täglichen Berichten wissen wir nur allzu gut, mit welchen Irrationalitäten, mit welchen technischen, biologischen, psychologischen und sozialen Risiken und Gefahren wir trotz, oder besser auf Grund fortschreitender Rationalisierung zu rechnen haben. Wir werden mit den Grenzen unserer Möglichkeiten des Steuerns und Beeinflussens konfrontiert und können sehen, dass die von uns so präzise, sauber, rational und rationell erarbeitenden Handlungen, Pläne und Regeln mit ihrem Gegenteil, der Diffusionen und Irrationalität untrennbar verbunden zu sein scheinen.

„Die aufrechten Planer geraten ins Stolpern.“ So sehen wir den erhöhten Bedarf nach Beratung und Unterstützung von Familien, weil sie unter anderem mehr und mehr existenziell unter Druck geraten. Gleichzeitig werden die Leistungen aber zunehmend familialisieren, was zum Beispiel an der Kostenumlegung für Leistungen der Erziehungshilfe nach § 27 f. Kinder- und Jugendhilfe-Weiterentwicklungsgesetz (KICK), das still und leise vor der Sommerpause vom Bundesrat beschlossen wurde, zu erkennen ist. Darüber hinaus lässt sich auch aus weiteren Beispielen schließen, dass keine Wirklichkeitsbeschreibung tragfähig ist, die nicht zugleich die Plausibilität der Genthese verfolgt. Mit anderen Worten: „Ambivalenz ist das mindeste, womit man bei den gegenwärtigen Weltverhältnissen rechnen muss“ (Welsch 1990, S. 192). Das Wissen um die Ambivalenz schlägt sich methodisch und strukturell auch in der Arbeit von Erziehungsberatungsstellen nieder.

### These 4: Das Profil der Erziehungsberatung ist nicht nur therapeutisch dominiert.

Frau Kurz-Adam (1997, 1999) stellte in ihren Untersuchungen fest, dass die einzelfallbezogene psychotherapeutische Vorgehensweise noch immer vorherrschend ist. Gleichzeitig beschreibt sie jedoch eine „Aufweichung traditioneller Strukturen“ (1999, S. 182). Dies sei eine Reaktion auf Modernisierungsprozesse mit diffusen Problemlagen und veränderten Lebensformen. Die „Unordnung“ und „Diffusität“, die in die Beratungsarbeit Einzug gehalten habe, verhinderte demnach die früher noch gültige Unterscheidung zwischen „professionellen“ und „alltagsorientierten“ Beratungsstellen. Sie unterscheidet stattdessen zwei Beratertypen, die sich beide von der systematischen Anwendung elaborierter Konzepte entfernt haben und einen mehr oder weniger offensiven Eklektizismus betreiben. Beide zeichnen sich durch ein hohes Maß an Professionalität aus, das sie jedoch unterschiedlich verstehen und umsetzen:

▲ Der *modern-konzeptorientierte* Beratertyp mit seiner zumeist familientherapeutischen Grundausrichtung kann seine Methoden fallweise anwenden. Er ist dabei jedoch immer bestrebt, sein Vorgehen auf fachliche Konzepte rückzukoppeln und bezieht seine Sicherheit aus seiner „Orientierung am Konzept“ (Kurz-Adam 1999, S. 185).

▲ Der *postmoderne* Beratertyp sieht in Kenntnis der fachlichen Konzepte deren Grenzen und das „Machbare“. Er befindet sich bereits „jenseits der Fachlichkeit“ (ebd., S. 184) und versucht, mit der Komplexität und dem „Chaos“, das die Klienten und Klientinnen in die Beratung bringen, pragmatisch und situationsbezogen umzugehen.

Unklar bleibt, ob es sich bei dieser Unterscheidung um einen reinen Effekt der Berufserfahrung handelt.

Tendenziell wird die im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) geforderte Multidisziplinarität und Methodenvielfalt in der Praxis der Erziehungsberatung noch immer häufig zu Gunsten des gemeinsamen Nenners einer einseitig an Therapieverfahren orientierten Arbeitsweise aufgegeben („Therapeutisierung“). Sozialpädagogische Ansätze sind deutlich unterrepräsentiert, Sozial- oder Heilpädagogen und -pädagoginnen lassen sich in ihrer Beratungspraxis häufig nicht mehr von Psychologen und Psychologinnen unterscheiden. Es mangelt in der Erziehungsberatung zudem an Konzepten zum multidisziplinären Zusammenwirken der verschiedenen Berufsgruppen. Multidisziplinarität wird häufig so missverstanden, dass mit verschiedenen Therapieformen beziehungsweise -methoden nebeneinanderher gearbeitet wird. Sozialpädagogische Ansätze beziehungsweise offene und gemeindenahere Arbeitsweisen tauchen meist nur als „flankierende Maßnahmen“ in den Konzeptionen auf und werden möglicherweise vor allem zur Legitimation der Stellen gegenüber den Kostenträgern und der Öffentlichkeit vorgehalten. Obwohl inzwischen mancherorts Ansätze zu offeneren Beratungsformen, Netzwerken und Gemeinwesenarbeit oder Konzepte zur Arbeit mit Multiproblemfamilien entwickelt wurden, haben zum Gros der Erziehungsberatungsstellen noch immer nicht alle Klientengruppen die gleichen Zugangsmöglichkeiten. Durch die dort etablierten Arbeitsweisen erfolgt eine Selektion der Hilfe Suchenden. Rat Suchende, die nicht oder nur bedingt in das therapeutisierte Setting passen (zum Beispiel Migranten und Migrantinnen), sind an den Beratungsstellen noch immer deutlich unterrepräsentiert.

### **These 5: Erziehungsberatung ist in der Jugendhilfe bisher nicht heimisch geworden.**

Die institutionelle Erziehungsberatung wurde durch das KJHG explizit als eine „Hilfe zur Erziehung“ in die Jugendhilfe eingebunden. Sie ist dort in der Praxis aber noch immer unzureichend integriert und bezüglich Arbeitsweisen und Selbstverständnis mehr am Gesundheitswesen orientiert. Erziehungsberatung wies beim Vergleich aller Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Jugendhilfe-Effekte-Studie die mit Abstand höchste klinische Orientierung auf (Schmidt 2000). Ihre Sonderstellung im Kontext der Jugendhilfe lässt sich auch daran ablesen, dass durchschnittlich weniger als zehn Prozent der Klientel der Erziehungsberatung über das Jugendamt an die Beratungsstellen kommt. Neben dem berufspolitischen Selbstverständnis kann dafür eine Tendenz zur ins-

titutionellen Profilierung der Erziehungsberatungsstellen im Jugendhilfekontext verantwortlich gemacht werden: Durch das KJHG ist Beratung auch zum handlungsleitenden Prinzip der Jugendhilfepraxis geworden. Erziehungsberatung „konkurriert“ mit anderen Fachdiensten der Jugendhilfe, in deren Rahmen funktionale Beratung geleistet wird (beispielsweise Trennungs- und Scheidungsberatung durch den Allgemeinen Sozialdienst). Bei einer Öffnung der Erziehungsberatung hin zu „sozialpädagogischeren“ Beratungskonzepten mit stärkerem Lebensweltbezug (zum Beispiel mehr „Geh“- statt „Komm“-Strukturen) würde die Frage aufkommen, wodurch sie sich von anderen Jugendhilfeangeboten noch unterscheidet (Müller 1998, S. 66). Als Reaktion hierauf sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Erziehungsberatung weiterhin versucht, sich mit ihrer therapeutischen Orientierung gegenüber anderen Fachdiensten zu legitimieren und ihre professionellen Standards herauszustellen.

*So stellt sich nach 30 Jahren die Frage „Weiter so?“ oder „Wer weiss schon, was kommt?“ Betrachtet man die medial auftretende Beratungskonkurrenz, die wie „Supernanny“ bei den Familien mal kurz und knackig mit Tatü-tata einfliegt und sagt, wo und wie es lang gehen sollte, oder der bedächtige *Domian*, dem es gelingt, auch noch aus Scherzanrufen ein tiefes Bedürfnis nach erfüllter Sexualität zu entlocken, und nicht zuletzt *Frau Lämmle*, die uns sonntäglich abends in Bayern 2 mit manchmal doch sehr überraschenden persönlichen Assoziationen ins Sowohl-als-auch führt, dann werden auf Grund der genannten „pragmatischen Bescheidenheit“ die im Folgenden genannten Arbeitsschwerpunkte weiter herausfordern.*

Neben dem Arbeitsschwerpunkt *Beratung und Therapie* wird *Prävention und Information* in der Erziehungsberatung dazu beitragen, die Lebenssituation in den Familien und die Entwicklungsbedingungen der Kinder zu verbessern. Kindern und Jugendlichen sollen mit präventiven Hilfen Unterstützung bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung gewährt werden. Diese Angebote tragen zudem dazu bei, die Erziehungsberatungsstellen (noch) bekannter zu machen und damit den Zugang für schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Die methodischen Herausforderungen liegen in der einzelfallübergreifenden Arbeit:

▲ *Gruppenangebote für Eltern oder Kinder beziehungsweise Jugendliche*: Elterngruppen für zum Beispiel Mütter, allein Erziehende, Mutter-Kind-Gruppen; Gruppen für Kinder und Jugendliche zum Beispiel zu sozialer Kompetenz, Aggressivität, Haus-

aufgabenbetreuung, Schulmüdigkeit, Konfliktschlichtung, Suchtprävention;

▲ **Multiplikatorenarbeit:** Fortbildungskurse oder -seminare für Erzieher, Erzieherinnen, Lehrer, Lehrerinnen, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen; Gruppenangebote beziehungsweise Supervision für diese Berufsgruppen;

▲ **Öffentlichkeitsarbeit:** Vorträge, Stellungnahmen, Publikationen zu allgemeinen Erziehungsfragen und speziellen Fragestellungen (zum Beispiel zu Konzentrationsstörungen, Pubertätskonflikten).

Nach *Vossler* (2003) wurden in den letzten Jahren besonders zwei Bereiche mit präventiven Angeboten beziehungsweise Aktivitäten aufgegriffen: Die Folgen von Trennung und Scheidung (*Kurz-Adam* 1995; *Schilling* 1994) und sexueller Missbrauch beziehungsweise Gewalt. Bei Methoden und Arbeitsweisen, die im Rahmen von präventiven Angeboten zum Einsatz kommen. Fraglich bleibt jedoch, ob den einzelfallübergreifenden Aktivitäten in der alltäglichen Beratungsarbeit tatsächlich der Stellenwert zukommt, den die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke* 1999) in ihren „Empfehlungen zu Leistungen, Qualitätsmerkmalen und Kennziffern“ für Erziehungsberatung fordert. Demnach wären „für Prävention und Vernetzungsaufgaben 25 % der zeitlichen Kapazität einer Einrichtung vorzuhalten“ (*ebd.*, S. 44).

Weitere methodische Herausforderungen betreffen

▲ **offene und gemeindenahen Ansätze:** Hierzu gehören der Einbezug der alltäglichen sozialen und materiellen Umwelt der Betroffenen (Lebensweltorientierung), die Analyse und Förderung ihrer sozialen Unterstützungssysteme, die kritische Haltung gegenüber expertenorientiertem Handeln in Verbindung mit der Stärkung von Selbsthilfegruppen.

▲ **Schwellensenkung** für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel durch leichte Erreichbarkeit der Einrichtungen, Ansiedlung der Erziehungsberatungsstellen in sozialen Brennpunkten; offene Beratungsformen wie offene Sprechstunden, informatorische oder freizeitpädagogische Angebote; entlastende Maßnahmen, die von den Klientinnen und Klienten als nützlich und motivierend erlebt werden (zum Beispiel Kinderbetreuung während der Dauer von Elternangeboten, Abholdienste).

▲ **Zu- und nachgehende Beratungsarbeit** zum Beispiel mit regelmäßiger Präsenz in Einrichtungen, in denen schwer erreichbare Familien und Kinder anzutreffen sind (beispielsweise Kindergärten, Schulen, Horte); bei Hausbesuchen und Beratungsansät-

zen in der Familie (*Lenders* 1999); Netzwerkdagnostik und -interventionen zur Stärkung sozialer Unterstützungssysteme und Förderung von Selbsthilfepotenzialen; Aufbau beziehungsweise Stärkung eines vernetzten regionalen Versorgungssystems zur Kooperation in Einzelfällen (Helferkonferenzen); einzelfallübergreifende Kooperationsbeziehungen und sozialpolitische Lobbyarbeit in Gremien (zum Beispiel Jugendhilfeplanung und -ausschuss); Präventionsprojekte, die in die Strukturen vor Ort eingebettet sind.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Schule, Schulgestaltung, Schulleben einen sehr bedürftigen Raum darstellen. Der Ruf nach Jugendhilfe an Schulen, nach Schulsozialarbeit ist nicht nur deshalb so laut geworden, weil die Lehrer und Lehrerinnen ihre Arbeit im Unterricht auf Grund der hohen individuellen Problemlage nicht immer so machen können, wie sie wollen, sondern weil Schule sich auch als Ort der Jugendhilfe und Jugendarbeit herausgebildet hat. Schule hat sich vom Lernort zum alltäglichen Lebensort entwickelt.

### **These 6: Gesellschaftliche Modernisierung verändert Erziehungsberatung.**

Wir können und müssen davon ausgehen, dass die so genannten Modernisierungsprozesse (die da sind: geringere Familiengrößen, mehr Einzelkinder, spätere Eheschließungen und eine wachsende Zahl allein erziehender Elternteile) immer mehr und häufiger verknüpft sind mit übergeordneten gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, wie sie die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ hervorbringt. Lange und dequalifizierende Arbeitslosigkeit, Brüchigkeit von Bildungskarrieren mit einem bereits im Grundschulalter verschärften Profilierungs- und Konkurrenzdruck verhindern eine Orientierung an tradierten Lebensvollzügen; das fehlende Beispiel der zuverlässigen, stabilen elterlichen Lebensführung erzeugt verstärkt Diskontinuitäts Erfahrungen, die zu fehlenden Lebens- und Identitätsschablonen führen.

Andererseits sehen unsere Kinder sich mit einer zunehmend komplexer und unübersichtlich werdenden Umwelt konfrontiert, die ihnen permanente Entscheidungsfindungen unter Ungewissheitsbedingungen abverlangen. Oder wie *W. Kraus* (zitiert nach *Metzmacher; Zaepfel* 1998, S. 2) es ausdrückt: „*Wer alles sein darf, muss wissen, was er sein will und ist dem andauernden Zweifel ausgesetzt, ob er nicht lieber ein anderer werden soll.*“

Die Doppelbödigkeit der gesellschaftlichen Freisetzungsprozesse spiegelt sich im Begriff der „Risiko-gesellschaft“ (*Beck* 1996) wider. Sie implizieren die

„Risiken einer sich zunehmend enttraditionalisierenden Gesellschaft, die für das Subjekt der (Post-) Moderne Verunsicherungen, existenzielle Bodenlosigkeit, neue Kompetenzanforderungen und nicht immer erreichbare Chancen beinhalten“ (Keupp 1996, S. 6). Besonders die Teile der Bevölkerung, die im Zuge der sich vertiefenden gesellschaftlichen Spaltungsprozesse von den zur selbstbestimmten Entfaltung erforderlichen Ressourcen weitgehend ausgeschlossen bleiben, finden sich schnell auf der Seite der Modernisierungsverlierer wieder, wie insbesondere Familien mit Kindern.

Zukünftig wird es die Erziehungsberatung häufiger mit Menschen zu tun bekommen, die im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse ein demoralisierendes Paradoxon erleben: Weit reichenden Optionen und Entscheidungsspielräumen steht eine sozioökonomische Möglichkeitsverengung mit faktischer Alternativlosigkeit gegenüber (Münchmeier 2001, Schrödter 2000). So ist der Beratungsalltag „unordentlicher“ geworden, weil die Familien und die Menschen „unordentlicher“ geworden sind. Dabei kommen die Beraterinnen und Berater nicht umhin, eigene Normalitätsansprüche und gesellschaftliche Leitbilder kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu erweitern (Hundsatz 2000). Gleichzeitig ist jedoch auch das Bedürfnis zu verspüren, den in die Beratungswelt eingedrungenen unordentlichen „Diffusitätsnebel“ mit neuen *Ordnungssystemen und diagnostischen Schablonen* (wie beispielsweise das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS), Neuhaus 1996) zu vertreiben. Die zum Teil unkritische Rezeption der Konzepte des ehemaligen Missionars und Familientherapeuten Bert Hellinger (1995) in der Beratungs- und Therapieszene kann in diesem Kontext als Versuch gewertet werden, „eine tiefe Sehnsucht nach Sicherheit zu erfüllen“.

### **These 7: Moderne Erziehungsberatung bedarf einer grundlegenden Revision.**

Um adäquate fachliche Antworten auf den Beratungsbedarf in der momentanen gesellschaftlichen Umbruchsituation geben zu können, müssen die Beratungskonzepte „vom Kopf auf die Füße“ gestellt werden (Nestmann 1996, S. 9). Dazu ist es nötig, mit dem Beratungsangebot vor allem die potenziellen „Modernisierungsverlierer“ und weniger motivierte Klienten und Klientinnen zu erreichen. Gemeindepsychologische Arbeitsweisen und offene beziehungsweise präventive Ansätze müssen dazu stärker als bisher ausgebaut und in den klassischen Schwerpunkt Einzelfallarbeit integriert werden. Als zentrale Aufgabe kann dabei die Unterstützung der Klientinnen und Klienten bei einer produktiven Lebensbe-

wältigung im Sinne einer Kompetenzerweiterung durch die Förderung des individuellen beziehungsweise familialen Kohärenzsinnns formuliert werden.

### **These 8: Institutionelle Erziehungsberatung hat per se eine gesellschaftliche Doppelfunktion.**

Institutionelle Erziehungsberatung hat im gesellschaftspolitischen Kontext eine Doppelfunktion: Durch die Beratung und Unterstützung von Hilfe Suchenden kann sie zum einen emanzipatorisch wirken, weil sie dem Einzelnen hilft, gesellschaftlichen Widersprüchen zu begegnen und soziale Ungerechtigkeiten zu lindern. Gleichzeitig arbeitet sie jedoch auch auf eine individualisierte beziehungsweise familiarisierte Betrachtungsweise komplexerer Problemzusammenhänge hin. Damit können die in den gegebenen sozialen Verhältnissen angelegten Ungerechtigkeiten und Spannungen nicht mehr als strukturelle zum Ausdruck kommen. Diese Form von sanfter sozialer Kontrolle wird unter anderem durch die freiwillige Inanspruchnahme von Erziehungsberatung nicht als solche empfunden. Die entpolitisierende und kontrollierende Wirkung psychosozialer Hilfen findet sich natürlich nicht nur im Bereich der institutionellen Erziehungsberatung. Sie ist hier jedoch – möglicherweise auf Grund der vorherrschenden therapeutischen Orientierung – seltener Gegenstand kritischer Reflexionen.

### **Abschließend**

Was soll man wünschen? Ich denke, Zutrauen ist das Wichtigste. Zutrauen, dass es um die Vermittlung und Sicherung von Kohärenz geht, das heißt Verstehbarkeit, Sinnhaftigkeit und Handhabbarkeit zu vermitteln um im Sinne von Antonovsky flexible Bewältigungsinstrumentarien bereit zu stellen, um den vielfältigen und eben auch diffusen und widersprechenden Anfragen zu genügen. In gesellschaftlichen Situationen von Unsicherheit und multiplen Wahlmöglichkeiten kommt dem Zutrauen und dem Risiko besondere Bedeutung zu. Vertrauen ist für die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung zentral. Giddens (1991) verwendet den Begriff der ontologischen Sicherheit und argumentiert, dass Zutrauen und Vertrauen entscheidende Phänomene in der Persönlichkeitsentwicklung darstellen und dass diese Empfindungen und Erfahrungen für die Entwicklung ontologischer Sicherheiten verantwortlich sind.

### **Anmerkung**

1 Überarbeiteter Festvortrag zum 30-jährigen Jubiläum der psychologischen Beratungsstelle Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung der Katholischen Jugendfürsorge Augsburg in Kaufbeuren am 26. Oktober 2005



selbst so“ (Kammerer 2005, S. 115). Der Verlust der körperlichen Unversehrtheit, der Würde, des Vertrauens, der Selbstsicherheit, von Kontakten im sozialen Nah- und Umfeld, von beruflichen und finanziellen Perspektiven lässt manche Opfer von Gewalttaten in der Tat als Verlierende zurück. Sie suchen nicht selten in der Defensive Schutz und Sicherheit. Das mag eventuell der Darstellung in einigen Medien geschuldet sein, spielt das Opferleid dort doch nur eine Statisten- oder gar „keine Rolle ... Entscheidend ist nur die physische Überlegenheit der Sieger. Die Opfer ... sind als Mitmenschen nicht vorgesehen“ (Beuster 2006, S. 179).

Die Zahl dieser Mitmenschen ist entsprechend der Entwicklung der Anzahl tatverdächtiger Jugendlicher (14 bis unter 18 Jahre) und tatverdächtiger Heranwachsender (18 bis unter 21 Jahre) in den Deliktbereichen Raub und Körperverletzung im Vergleich der Jahre 2003 und 2004 gestiegen (Bundeskriminalamt 2004, S. 79-80). Welche Aussagekraft dieser Statistik auch immer zugebilligt wird, so sollte zumindest ein Handlungsbedarf erkennbar sein, der auf die Verantwortung dieser jungen Menschen und deren Auseinandersetzung mit den Tatkonsequenzen abzielt.

### Täter kennen nur wenige Tabus – außer beim Thema „Opfer“

Die sozialpädagogische Auseinandersetzung mit den Tätern sollte die Gruppe der Opfer nicht unberücksichtigt lassen. Eine Möglichkeit dieser Auseinandersetzung bietet die Teilnahme an einem Anti-Aggressivitäts- oder Coolness-Training (AAT/CT) (Weidner; Kilb; Kreft 2004). Die hier akzentuierte Position hinsichtlich der Opferdefinition lässt sich wie folgt benennen: „Opfer ist ... jemand, der Opfer einer Straftat wurde“ (Bock 2000, S. 134). „Abgeleitet von (lat.) *victima*, Opfer, wurde der Oberbegriff für ein neues Wissenschaftsgebiet Viktimologie genannt“ (Benesch 1995, S. 495). Das wissenschaftliche Interesse trägt somit dazu bei, das durch Straftaten verursachte Opferleid zu thematisieren. Die Täter wiederum erklären insbesondere die Opfer bevorzugt zum unerwünschten Gesprächsthema und Betrachtungsas-

pekt. Das mag verständlich sein, denn „das Nachdenken über die Opfer, das Einfühlen in ihr Leid, ... das verdirbt den Spaß an der Gewalt“ (Weidner 2004, S. 13), lautet ein lakonisches Resümee vieljähriger Arbeit mit dieser Klientel. Wer nun über einen Zeitraum von 16 bis 25 Wochen regelmäßig an einem konfligierenden, konfrontierenden, individuellen, emotionalen, argumentativen, von Empathie und Emphase, Engagement und Sympathie getragenen Forum partizipiert, tut dies nicht ohne Betroffenheit und Respekt, sondern bringt sich ein und zieht Nutzen: Konfrontation provoziert prosoziales Verhalten. Es gilt: Ablehnung erfährt nicht die Person des Täters, sehr wohl jedoch das gewalttätige Verhalten.

Die Herausforderung, sich über das verursachte Leid mehr als nur einen flüchtigen Gedanken zu bereiten, ist weder despektierlich noch unzumutbar, sondern berücksichtigt, dass Permissivität an dieser Stelle eben nicht zukunftsweisend sein kann, und gibt zu verstehen: „Wir nehmen nicht nur die Regeln ernst (und die Menschen, die sie missachten! Anmerkung des Verfassers), sondern reagieren auch bei deren Verletzung. Wir schließen dich nicht aus, sondern im Gegenteil: wir versuchen mit dir zusammen Möglichkeiten zur Re-Integration zu finden“ (Kilb 2006). Als Konsequenz des prosozialen Verhaltens bietet sich eine individuell-positiv spürbare Perspektive – inklusive der lohnenswerten Aussicht auf zunehmende Freundlichkeit anderer, keinerlei Beeinträchtigungen des Wohlempfindens anderer, also ein erheblicher Gewinn an Lebensqualität. Diese Perspektive lohnt sowohl für die Täter als auch allemal für die – vermiedenen – Opfer.

### Manche Opfer leiden lebenslanglich

Es soll nicht die Position der einen (Täter-)Seite gegen die andere (Opfer-)Seite ausgespielt, sondern verdeutlicht werden, dass der Blick für die Opferperspektive wegen der Folgewirkungen ein wesentliches Element bei der Arbeit mit den verantwortlichen Tätern darstellt. Die Konsequenzen sind nicht selten in psychischer, physischer, soziokultureller,

Altersgruppe/Herkunft	Delikt	2003	2004	
Deutsche Jugendliche	Raub	7 822	8 232	+5,2%
Nichtdeutsche Jugendliche	Raub	3 469	3 542	+2,1%
Deutsche Jugendliche	Körperverletzung	47 326	51 146	+8,1%
Nichtdeutsche Jugendliche	Körperverletzung	11 281	12 475	+10,6%
Deutsche Heranwachsende	Raub	5 303	5 314	+0,2%
Nichtdeutsche Heranwachsende	Raub	1 929	1 977	+2,5%
Deutsche Heranwachsende	Körperverletzung	38 534	41 632	+8,0%
Nichtdeutsche Heranwachsende	Körperverletzung	8 952	9 510	+6,2%

finanzieller und materieller Hinsicht von enormer Beeinträchtigung für die geschädigten Personen. Das mangelnde Verständnis für das Phänomen „Opferleid“ seitens der Täter sei zum einen mit der Äußerung des 19-jährigen *Robert* beispielhaft dargestellt: „Das Opfer ist doch nach drei oder vier Wochen wieder aus dem Krankenhaus raus und dann ist gut“; zum anderen sei die verquere Einschätzung von *Jonathan* (20 Jahre) erwähnt: „Immerhin hat mein Opfer doch auch noch an mir verdient – der Junge hat 5 000 Euro Schmerzensgeld kassiert, das reicht doch wohl!“

Die Nachfolgewirkungen des erlittenen Leids bleiben völlig unberücksichtigt. „Gewalttäter warten nach einer Strafanzeige die Ermittlungen ab, meist ohne Einbuße an Lebensqualität. Es sind die Opfer, die sich quälen, mit hilfloser Wut, Ohnmachtsempfinden, Angst, dem Täter wieder zu begegnen. Oft jahrelang, manchmal lebenslanglich“ (*Tügel* 2005, S. 104) werden mögliche Folgen für das Nach-Tat-Erleben des Opfers deutlich, „die Auseinandersetzung mit einer Viktimisierung betrifft bei gravierenden Ereignissen oft das gesamte weitere Schicksal eines Menschen ... Falls Viktimisierungen nicht ausgeglichen werden, besteht die Gefahr von über die einmalige Schädigung hinausgehenden Fehlentwicklungen“ (*Walter* 2001, S. 323).

Aus der Perspektive eines Tatopfers stellt sich diese Entwicklung so dar: „K. hat bezahlt. Er ist seit drei Jahren wieder frei. Er hat seine Schuld ‚gegenüber der Gesellschaft‘ bezahlt. Ich zahle immer noch. Das ist die Ungerechtigkeit, der ich ausgesetzt bin. Man hat mir alles genommen: meine Sorglosigkeit, meine Lebensfreude, meine Menschlichkeit. Geblieben sind mir nur Tränen und krankhafte Gedanken, die mich in jedem Augenblick meines Lebens begleiten“ (*Bellil* 2003, S. 229). Dieses Zitat deutet die unterschiedlichen Stufen des Viktimisierungsprozesses an, da zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Viktimisierung zu differenzieren ist. „Die *primäre Viktimisierung* bezieht sich auf den Zeitraum vor und während der Tat und wird als Opferwerdung durch die Tat selbst verstanden ... Die *sekundäre Viktimisierung* kennzeichnet Fehlreaktionen des sozialen Nahraums des Opfers und durch Instanzen der formalen Sozialkontrolle ... Die *tertiäre Viktimisierung* wird als das Ergebnis von Erlebnissen und Etikettierungsprozessen aufgrund vorangegangener primärer und/oder sekundärer Viktimisierung betrachtet“ (*Mohr* 2003, S. 288). Von daher ist das Verdeutlichen klarer Konturen angezeigt, die unzweifelhaft erkennen lassen, wer der Tat zu bezichtigen und wer das Opfer gewesen ist (*Schawohl* 2005a, S. 80).

## Alltags- und Parallelwirklichkeit

Die Darstellung individueller Verantwortlichkeit sowie der intra- und extrapersonalen Wirkungen sollen mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse verdeutlicht werden. Insbesondere die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Tat unterliegt nicht selten einer Ignorierung der Täter, denn „noch nicht entwickelte kognitive Fähigkeiten und noch nicht vorliegende Erfahrungen verschleiern das komplexe Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung der eigenen Handlungen. Die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Handlung wird zugunsten der Spontaneität vernachlässigt“ (*Robertz* 2004, S. 26). Diese Neuorientierung ist nicht ohne Anstrengung möglich, allerdings ist sie möglich, wie das Statement eines 20-Jährigen deutlich werden lässt: „Ihr könnt von mir nicht erwarten, dass ich von heute auf morgen meine Ansichten und Einstellungen ändere. So ganz einfach ist das ja auch nicht, wenn man jahrelang nichts anderes gewöhnt ist und jetzt auf einmal sieht, dass das vielleicht doch nicht so prickelnd gewesen ist“. Immerhin scheint ein Wissen um das Vorhandensein eines Werte- und Normensystems vorzuliegen, und um dieses rudimentär vorhandene Moralverständnis einem gesellschaftstauglichen Niveau möglichst anzunähern, soll der Blick der Klientel für die Alltagswirklichkeit geschärft werden (*Schawohl* 2005b, S. 305).

Gleichwohl meint diese Alltagswirklichkeit eben nicht jene deviant-delinquente Parallelwirklichkeit der jugendlichen Subkultur, deren Aufrechterhaltung die Kursteilnehmer zu Experten ihres gewaltimmanenten Milieus werden lässt, sondern hier wird jene Alltagswirklichkeit betrachtet, in der die definierte Moral überwiegend Gültigkeit und Anerkennung findet, also die „Gesamtheit von ethisch-sittlichen Normen, Grundsätzen, Werten, die das zwischenmenschliche Verhalten in einer Gesellschaft regulieren, die von ihr als verbindlich akzeptiert werden“ (*Duden* 2005, S. 678). Nichts spricht dagegen, dass diejenigen, die sich zum Leben in dieser Gesellschaft entschließen, die von der Gesellschaft als verbindlich akzeptierten Grundsätze einhalten. Dazu zählt zweifelsfrei die Wahrung der körperlichen Unversehrtheit anderer Menschen.

Bei den zu Grunde liegenden Delikten kann eine Kombination aus dem Mangel an Empathie und Sympathie für das Gegenüber mit einem Selbstverständnis für berechtigten Ärger und Wut sowie Empörung und Verachtung konstatiert werden. Beispielsweise bekennt *Phillip* (17 Jahre) sich ohne Zurückhaltung zu seinem Hass und seinen Vorurteilen: „Die Neger haben hier alle siebzehn Kinder und kassieren un-

sere Steuergelder – da ist es doch nicht schlimm, wenn einer von diesem Gesocks weniger ist! Außerdem sind das eh keine Menschen!“ Diese Einstellung veranlasste ihn dazu, mit der Unterstützung seiner Gefolgsleute einem Schwarzafrikaner mit Baseballkeulen und Totschlägern schwerste körperliche Misshandlungen zuzufügen. Das Phänomen einer solchen Entmenschlichung ist geradezu ein paradoxer Mechanismus, „bei dem derjenige, der anderen Menschen Gewalt antut, diese wie Nicht-Menschen, auf eine unmenschliche, sie ‚verdinglichende‘ Weise behandeln oder zum Tier machen, sie auf jeden Fall ihrer Menschlichkeit berauben muss, um sich weiterhin selbst ertragen zu können“ (Wieviorka 2006, S. 160).

Von moralischer Exklusion wird gesprochen, da „der Täter die Mitglieder der fremden Gruppe als entmenschlichte Wesen (wahrnimmt), für die das Gebot der Humanität nicht mehr gilt (Florack; Scarabis 2005, S. 17-18). „Der Hass klagt an ohne Kenntnis der Fakten. Der Hass urteilt, ohne begreifen zu wollen. Der Hass verurteilt willkürlich“ (Glucksmann 2005, S. 10), was gar für einen neuen Verbrechens-typus sorgt: „Die so genannten *hate crimes* – Gewalt-taten, verübt gegen Obdachlose, Ausländer, Homo-sexuelle, Behinderte oder andere Minderheiten“ (Ernst 2006, S. 38). Nichts spricht jedoch dagegen, dem hassenden Jugendlichen die Möglichkeit zum Begreifen zu geben, indem exakt die Auseinander-setzung über diese verächtliche Sichtweise stattfindet, damit die Hassbasis entzogen und idealtypisch durch Erkenntnisgewinn ersetzt werden kann, um einen prospektiven Beitrag dafür zu leisten, „dass der junge Mensch sich zukünftig gesetzeskonform verhalten kann. Es wird unterstellt, dass der junge Mensch mit der ‚Welt‘, nicht nur mit dem eigenen Milieu auskommen will“ (Colla 2001, S. 64). Der Blick auf das probandeneigene Umfeld darf nicht verloren gehen, um individuell gültige und gewaltfreie Verhaltensalternativen in Gang zu setzen.

### Wiederholte Gewalttätigkeit ist nicht jugendtypisch

Hier soll nicht darüber referiert werden, inwieweit die moralische Reife der fokussierten Klientel hinreichend ausgeprägt sein mag, um überhaupt ein erforderliches Einsichtsvermögen hinsichtlich der Verwerflichkeit der begangenen Taten aufzuweisen, sondern es wird – zugegeben vereinfacht – die An-nahme favorisiert, nach der „die Einsicht, dass menschliches Leben zu respektieren ist, sowie die Fähigkeit danach zu handeln, keinen besonderen Reifegrad (voraussetzt). (Einsicht und Fähigkeit) sind in der Regel bei 14- und 15-Jährigen ... vorhanden“

(Hinz 2005, S. 194). Dermaßen basales moralisches Bewusstsein sollte diesen jungen Menschen auch nicht in globo abgesprochen werden, was im Übrigen selbst die Klientel nicht immer als respektvoll betrachtet. „Mit 18 bin ich volljährig, darf wählen und Auto fahren, aber bestraft werde ich immer noch wie ein Jugendlicher – das ist doch Schwachsinn“, lautet *Christophers* (19 Jahre) Einschätzung zur manchmal vorhandenen jugendrichterlichen Permissivität. Ein euphemistisches Darüber-Hinweg-sehen wäre somit nichts anderes als ein inakzeptables Unterstützungsangebot für eine Gewalt propa-gierende Devianz- und Delinquenzkultur.

Und diese „Angebote“ werden durchaus angenom-men – wenn auch nicht wirklich ernst genommen. Ohne hier die gebotene Angemessenheit und die er-forderliche Verhältnismäßigkeit außer Acht zu las-sen, ist das wiederholte Begehen gefährlicher und schwerer Körperverletzungen eben keine Deliktqua-lität, deren juristische Würdigung „jugendtypisches Verhalten“ oder eine einem „Jugendlichen gleichge-stellte sittliche und geistige Entwicklung“ (§ 105 Jugendgerichtsgesetz) attestieren sollte, weil der Täter vor den möglichen negativen Einflüssen einer Jugendstrafe bewahrt werden soll.

Hier gerät die Würdigung der Straftat in eine Schief-lage, was aus Sicht von *Benjamin* (19 Jahre) so be-wertet wird: „Nach der dritten Verhandlung hab ich das ganze eh nicht mehr ernst genommen. Ganz ehrlich kann ich verstehen, wenn die Typen (er meint die Opfer der Raub- und Körperverletzungsdelikte; Anm. d. Verf.) da abdrehen, wenn die hören, dass ich wieder einfach so davon komme“. Hier scheint zumindest mehr Verständnis für die Sichtweise der Opfer als für die der Justiz vorhanden zu sein, was wiederum ein rudimentäres moralisches Bewusst-sein vermuten lässt, das nunmehr im Rahmen eines Trainingskurses zu erweitern ist, um einen Zuwachs an sozialer Kompetenz zu fördern. Selbst die kritische Kriminologie, die „sich weitgehend gegen die Vor-stellung individueller Kriminalitätsursachen (wen-det)“ (Lehne 2002, S. 174), sieht mit Bezug auf diese spezifische Zielgruppe entsprechende Maßnahmen als sinnvolle Kriminalprävention an.

### Viele Täter waren Opfer, der Täter ist dennoch ein Täter

Beim AAT/CT wird die Biographie der jungen Straf-täter keineswegs ausgeblendet, allerdings verdeckt sie eben auch nicht den Blick für das anderen Men-schen zugefügte Leid. Hier sei darauf verwiesen, dass sozialpädagogisch tätige Professionelle ob ihres Berufsrollenprofils mit den Aspekten der Beratung,

Empathie und Unterstützung eher eine Zuwendung zum Opfer als passend ansehen könnten. „Diese Fertigkeiten wären bei einer Arbeit mit Tätern wegen deren aggressiver Eigenschaften aber für Helfer selbstgefährdend. Wenn Pädagogen trotzdem mit Tätern arbeiten müssen, werden zur Angstvermeidung häufig ‚Täter‘ zu ‚Opfern‘ umdefiniert. Sie hatten eine schlechte Kindheit, schlechte Bildungschancen, Drogenprobleme, usw. ... Man arbeitet wieder mit einem Opfer“ (*Stiels-Glenn; Glenn 2004, S. 131-132*).

Diese bedeutenden Biographiepunkte der Klientel sollten jedoch durch das zuvor erfolgte Gerichtsverfahren bereits hinlänglich Berücksichtigung gefunden haben, sodass die ausgesprochene richterliche Weisung diesbezüglich nicht vom Team hinterfragt werden muss. Nunmehr erfolgt die Konfrontation des handelnden Täters mit seinen Handlungen sowie den daraus resultierenden Tat- und Opferfolgen. „Opfer wollen wissen, warum sie Opfer einer Straftat geworden sind. Sie wollen Angst, Ärger und sonstige psychische Belastungen verarbeiten“ (*Rössner 2005, S. 32*). Es wird daher die Nähe zum Täter gesucht, um somit integrative Bemühungen erkennbar werden zu lassen. „Ein gefährlicher Irrtum besteht nämlich in der Annahme, man könne die Beziehung zu Kindern und Jugendlichen in Krisen- und Grenzsituationen durch ein ständiges Zurückweichen sichern und festigen“ (*Ahrbeck 2004, S. 77*). Diese Herangehensweise vermeidet ein Abgleiten in die Beliebigkeit oder in den Bereich der Rechtfertigungsstrategien bei der Klientel.

Eine Bilanz der bekannten oder vermuteten Tatfolgen für die jeweiligen Opfer in physischer, psychischer, soziokultureller, beruflicher, materieller und finanzieller Hinsicht ist zumindest eindeutig in Bezug auf die Infragestellung der eigenen Legendenbildung. Zudem soll das Selbstverständnis der Menschen verachtenden Körperverletzungsaktivitäten der jugendlichen Klientel konkret hinterfragt werden – zum Beispiel die Begründung eines 18-Jährigen: „Wir hatten einfach Bock auf den (das Opfer; Anm. d. Verf.), weil gerade nichts anderes lief. Also haben wir geguckt; der war da, wir waren auch da; Pech für ihn – gut für uns. Jedenfalls hatten wir wohl mehr Spaß als er.“ Konsequenzen dieser despektierlichen Betrachtung bedeuteten in diesem Falle für das Opfer in physischer Hinsicht: Jochbein- und Kieferbruch, angebrochene Rippen, Gehirnerschütterung, Nierenquetschung, zahlreiche Hämatome und eine Prellung des Brustkorbes, was zudem einen mehrtägigen Krankenhausaufenthalt mit anschließender ambulanter Behandlung nach sich zog

## **Einflussfaktoren von den Tätern benennen und bewerten lassen**

Die Erwähnung des „Wir“ verweist auf den dominierenden Einfluss der Peergroup. Die Zugehörigkeit zu einer Clique kann durchaus als kriminogener Begünstigungsfaktor, zumindest jedoch als Risikofaktor für Gewalthandlungen betrachtet werden. „Es zeigt sich, dass die Einbindung in Cliques mit häufigerem aggressiven Verhalten einhergeht“ (*Lösel; Bliesener 2003, S. 72*). Die exponierte Bedeutung dieses Faktors bestätigen vom Verfasser befragte AAT/CT-Teilnehmer (n = 69). Fast 77 Prozent dieser Personen benennen diesen Item für die von ihnen begangenen Straftaten als mitverantwortlich (*Schawohl 2006*).

71 Prozent der Teilnehmer betrachten ihr *Umfeld* als kriminogenen Faktor. „Da, wo Sie aufgewachsen sind“, unterstellt ein 19-jähriger Kursabsolvent dem Verfasser, „gibt es solche Jungs wie uns bestimmt gar nicht. Sie kennen das doch bestimmt gar nicht; bei Ihnen war doch bestimmt alles so geregelt: Schule, Mama und Papa da, Arbeit und so. Bei uns ging das: Austeilen, einstecken, austeilten, einstecken. Da muss man mitmachen, wenn man klarkommen will, sonst war’s das!“ Mit einem gewissen Selbstverständnis werden körperliche Auseinandersetzungen als unabänderlich dargestellt.

Nahezu 61 Prozent der genannten AAT/CT-Probanden nennen *Langeweile* und *Spaß* als ursächlich für ihre Gewaltaktivitäten. In diesem Zusammenhang erwähnt die Literatur die Dimensionen *Aktivität* und *Identität*. Dabei inkludiert Aktivität Zeitvertreib, emotionale sowie körperliche Erfahrungen und Identität individuelle sowie kollektiv geteilte Bestätigung und Reproduktion von Identität (*Raithele 2004, S. 133 f.*). *Finanzielle Aspekte* werden von knapp 58 Prozent der Befragten als relevante Größe erwähnt. Dies berücksichtigt die Beschaffung von Geldmitteln, um finanzielle Spielräume zu eröffnen, ohne dabei eine anerkannte Gegenleistung zu erbringen. „Draußen habe ich keinen Bock dazu gehabt zur Schule zu gehen und mir eine Lehrstelle zu suchen und all so Sachen. Ich meine, zum Beispiel, Sie arbeiten einen Monat für zehntausend soundso, ich arbeite für zwei Sekunden, so kann man das nennen“ (*Koesling; Greve; Bereswill 2004, S. 23*), beschreibt ein Inhaftierter seine zurückliegende Einkommenssituation. Im wahrsten Sinne des Wortes war das ein Leben auf Kosten anderer Menschen. Ein „Sekunden-Job“ mit eventuell langjährigen Folgen für die Opfer.

Der Einfluss von *Drogen* wurde von etwas mehr als 46 Prozent der jungen Menschen als relevant für

begangene Straftaten betrachtet. Dabei wird der gelegentliche Konsum, insbesondere von Cannabis, eher als Genuss denn als Gefährdung eingestuft. Der vermeintlich kontrollierte Genuss kann im Laufe der Zeit vor dem Hintergrund multifaktorieller Problemlagen zunehmend eine Gefährdung darstellen, deren eigendynamische Entfaltung dann eben nicht mehr der geglaubten Kontrolle unterliegt, sondern vermehrt Täuschungen und Enttäuschungen generiert. „Ich hatte mir eine illusorische Freiheit geschaffen, in der die Welt nicht nur schöner wirkte, sondern in der ich auch mein Problem verdrängen konnte ... So dass der ursprüngliche Gewinn, die vermeintliche Freiheit sich genau umgekehrt hatte, zu einem Gefängnis wurde“ (Lindberg 2003, S. 83-84), reflektiert ein ehemaliger Cannabiskonsument seinen Missbrauch. Dieser Missbrauch verursacht bei manchen Konsumenten ein ‚amotivationales Syndrom‘, das heißt „die Droge wird zum Mittelpunkt ihres Handelns, das Interesse an Schule, Freunden und selbst der eigenen Körperpflege geht verloren“ (Wüsthof 2006, S. 41).

Diese Einflussfaktoren für die Begründungen von Straftaten mit Opferfolgen können explizit veranschaulicht werden, indem ein Abgleich von Vor- und Nachteilen bei Verhaltensänderung beziehungsweise bei Fortsetzung des bisherigen Verhaltens erfolgt.

### Mehr Selbstachtung, mehr Fremdachtung, weniger Opfer

In der Regel wird von den Absolventen als einer der gewichtigsten Vorteile genannt, dass es vor allem für die eigene Familie weniger Stress und Probleme bedeuten würde, wenn zukünftig auf Körperverletzungs- und Raubdelikte verzichtet werden würde. Das ist deshalb von Bedeutung, weil als rechtfertigende Begründung für das Zustandekommen von Schlägereien oder Messerattacken vor allem vermeintliche Beleidigungen oder Verletzungen der Familienehre angeführt werden. Allerdings ist die Erwartungshaltung der Familie in den meisten Fällen gerade nicht, dass die Ehre mit Körperverletzungen wieder hergestellt werden soll – ein folgenschwerer Irrtum der Täter, weil fehlinterpretierte Definitionen von Ehre, Stolz und Männlichkeit zu katastrophalen Lebensveränderungen führen können. Kelek verweist darauf, dass männliche Muslime „als Täter oft nur ‚Opfer‘ der muslimisch-patriarchalischen Verhältnisse sind, ‚Opfer‘ der starren Gebote einer archaischen Männerrolle und eines verpflichtenden Selbstbildes, das ihnen keinen Entscheidungsspielraum gelassen hat“ (Kelek 2006, S. 23). Die Fokussierung auf die Sicht des Opfers soll unter anderem dazu beitragen, zukünftig Handlungsspielräume zu erweitern, indem

zumindest die Möglichkeit eines „Sowohl-als-auch“ gegenüber dem monokausalen „Entweder-oder“ aufgezeigt wird.

Es mag unzureichend und mit Blick auf die betroffenen Opfer unbefriedigend sein, wenn als einer der curricularen Eckpfeiler der Trainings die Opferperspektive kommuniziert wird, dennoch soll dem Täter sein eigener Anteil und ebenso seine Verantwortlichkeit verdeutlicht werden. Das AAT/CT-Team steht zur Verfügung für eine „Gegenüberstellung von einander widersprechenden Meinungen, Sachverhalten oder Personengruppen“ (Duden 2005, S. 551), somit für die erforderliche Konfrontation. Aus der Stärkung des Realitätsprinzips sowie dem Verständlichwerden-Lassen der eigenen Tatverantwortlichkeit kann ein Verstehen um die Entdeckung oder Wiederentdeckung vorhandener Ressourcen resultieren, die nunmehr aktiviert werden können, um eine eigene Bedeutsamkeit und die Bedeutung für andere Menschen erkennbar sowie erlebbar werden zu lassen. Der Zuwachs an Selbstachtung, Selbstwertgefühl, Selbstvertrauen bis hin zum Selbstbewusstsein ist durchaus bedeutsam und der Auftrag für die sozialpädagogisch und sozialarbeiterisch tätigen Professionellen eindeutig. „Es gibt kein größeres pädago-

**CON Social 2006**  
**8. Fachmesse und Congress für den Sozialmarkt in Deutschland**

**Mehrwert des Sozialen – Gewinn für die Gesellschaft**

8. - 9. Nov. 2006  
 Messezentrum  
 Nürnberg

**www.consozial.de**

gisches Unglück in der Entwicklung des Menschen, als wenn ihm diese Selbstachtung verlorengeht“ (Nohl 1927, S. 112). Diese Erkenntnis bleibt auch nach fast acht Jahrzehnten gültig.

Der zunehmende Gewinn der Selbstachtung mag dazu beitragen, dass die Würde anderer Menschen ebenso vermehrt geachtet und beachtet wird. Obwohl viele Opfer nicht selten lebenslänglich entwürdigt worden sind, lohnt die Arbeit mit den Tätern und für die Täter, weil mit ihr die Vermeidung potenzieller Opfer einhergeht. Daher kann *Kant* gefolgt werden, wenn er sagt: „Die Pflicht gegen sich selbst besteht darin, dass der Mensch die Würde der Menschheit in seiner eigenen Person bewahre“ (zitiert nach *Lechleitner* 2003, S. 36). Ein erster Schritt des Täters in diese Richtung lohnt somit für alle!

#### Literatur

**Ahrbeck, B.:** Kinder brauchen Erziehung. Die vergessene pädagogische Verantwortung. Stuttgart 2004

**Bellil, S.:** Durch die Hölle der Gewalt. Zürich 2003

**Benesch, H.:** Enzyklopädisches Wörterbuch Klinische Psychologie und Psychotherapie. Weinheim 1995

**Beuster, F.:** Die Jungenkatastrophe. Das überforderte Geschlecht. Reinbek bei Hamburg 2006

**Bock, M.:** Kriminologie. München 2000

**Bundeskriminalamt:** Polizeiliche Kriminalstatistik 2004. Bundesrepublik Deutschland. <http://www.bka.de/pks2004/index.html>

**Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung** (Hrsg.): Hilfe für Opfer von Gewalttaten. Bonn 2005

**Colla, H.E.:** Glenn Mills Schools. A private out-of-state residential facility. In: Colla, H.E.; Scholz, C.; Weidner, J. (Hrsg.): „Konfrontative Pädagogik“: Das Glenn Mills Experiment. Mönchengladbach 2001, S. 55-92

**Duden,** Fremdwörterbuch. 8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Mannheim 2005

**Ernst, H.:** Das Zeitalter der Wut. In: Psychologie heute 3/2006, S. 38-43

**Florack, A.; Scarabis, M.:** Gefährliche Gedanken. In: Gehirn & Geist Dossier 1/2005: Abenteuer Alltag, S. 14-19

**Glucksmann, A.:** Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt. München/Wien 2005

**Hinz, W.:** Soziales Gebot oder „Lebenslüge“? Der Erziehungsgedanke bei der Jugendstrafe. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 6/2005, S. 192-195

**Kammerer, C.:** Was guckst Du? In: Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V. (Hrsg.): Starke Eltern – Starke Kinder. Jahresheft 2005, S. 114-116

**Kelek, N.:** Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes. Köln 2006

**Kilb, R.:** Offensichtlich ja! (Eine Antwort auf B. Herz: Ist Konfrontative Pädagogik der Rede wert?); Typoskript 2006

**Koesling, A.; Greve, W.; Bereswill, M.:** Gitterblick. Gesichter und Geschichten aus dem Strafvollzug. Bremen 2004

**Lechleitner, N. (Hrsg.):** Worte zum Atemholen. Freiburg im Breisgau 2003

**Lehne, W.:** Aktuelle Präventionskonzepte im Spiegel der kriminologischen Debatte. In: Ahorn, R.; Bettinger, E. (Hrsg.): Kri-

minologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz. Weinheim 2002, S. 169-187

**Lindberg, L.:** Wenn ohne Joint nichts läuft. Was man über Cannabis wissen muss. Düsseldorf 2003

**Lösel, F.; Bliesener, T.:** Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen. München 2003

**Mohr, A.:** Folgen der Viktimisierung. Welche Konsequenzen hat das Erleben von Viktimisierungen durch Gleichaltrige für die seelische Gesundheit der Opfer? In: Raithe, J.; Mansel, J. (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelbefunde im Vergleich. Weinheim/München 2003, S. 285-299

**Nohl, H.:** Jugendwohlfahrt. Sozialpädagogische Vorträge. Leipzig 1927. Zitiert nach Flitner, A.: Reform der Erziehung. München 1992, S. 166-167

**Raithe, J.:** Jugendlisches Risikoverhalten. Wiesbaden 2004

**Robertz, F.:** School Shootings. Über die Relevanz der Phantasie für die Begehung von Mehrfachtötungen durch Jugendliche. Frankfurt am Main 2004

**Rössner, D.:** Täter-Opfer-Ausgleich. Förderung der sozialen Verantwortung und Integration durch Opferbezug im Strafvollzug. In: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe 1/2005, S. 30-34

**Schawohl, H.:** Das Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) im Jugendstrafvollzug. In: Standpunkt: Sozial 2/2005a, S. 78-83

**Schawohl, H.:** Das Anti-Aggressivitäts-/Coolness-Training, (AAT/CT). Arbeit mit straffälligen Jugendlichen. In: Soziale Arbeit 8/2005b, S. 302-310

**Schawohl, H.:** Warum werden Jugendliche kriminell oder gewalttätig? Antworten von AAT/CT-Teilnehmern. Typoskript 2006

**Stiels-Glenn, M.; Glenn, P.:** Stirn an Stirn – Streiten lernen helfen: Praktische Anmerkungen in pädagogischen Maßnahmen und Einrichtungen. In: Weidner, J.; Kilb, R. (Hrsg.): a.a.O. 2004, S. 127-147

**Tügel, H.:** Die Kunst der Reue. In: Geo Wissen 35/2005: Sünde und Moral, S. 98-104

**Walter, M.:** Jugendkriminalität. Stuttgart 2001

**Weidner, J.:** Konfrontation mit Herz. Eckpfeiler eines neuen Trends in Sozialer Arbeit und Erziehungswissenschaft. In: Weidner, J.; Kilb, R. (Hrsg.): a.a.O. 2004, S. 11-23

**Weidner, J.; Kilb, R. (Hrsg.):** Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden 2004

**Weidner, J.; Kilb, R.; Kreft, D. (Hrsg.):** Gewalt im Griff 1: Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim 2004

**Wieviorka, M.:** Die Gewalt. Hamburg 2006

**Wüsthof, A.:** Regeln für Kiffer. In: DIE ZEIT Nr. 11 vom 9.3. 2006, S. 41

# Lebensweltorientierung, Sozialraumorientierung und Partizipation

## Zentrale Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert

Stefanie Debiel

### Zusammenfassung

Der folgende Artikel befasst sich mit zentralen Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. Neben den Maximen der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, die in den beiden ersten Abschnitten diskutiert werden, fokussiert der Beitrag Partizipation als dritte zentrale und gleichrangige Handlungsmaxime Sozialer Arbeit. Dies insbesondere vor dem Hintergrund einer Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Belange, aber auch der Förderung demokratischer Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

### Abstract

The following article deals with fundamental maxims of social work in the 21st century. Besides the fundamental maxims "Lebensweltorientierung" (which refers more to the individual person) and „Sozialraumorientierung" (which refers more to the relationship between the person and the environment/community) the article emphasises participation as a third fundamental maxim of social work, which is of equal importance. Among other things the argumentation is based on the discussion on civil society.

### Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Lebenswelt - Partizipation - Zivilgesellschaft - Jugendarbeit - Handlungskompetenz - Sozialraum

### 1. Einleitung

Lebenswelt- und Sozialraumorientierung kennzeichnen fast paradigmatisch das moderne Verständnis Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. Häufig zusammen gedacht, prägen sie fachliche Diskurse und professionelle Handlungsbezüge, insbesondere im Bereich der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Eingebettet in die Theoriediskussion, jedoch deutlich weniger herausgestellt, wird der Handlungsauftrag Sozialer Arbeit auch als Befähigung und Unterstützung von Adressatinnen und Adressaten zur gesellschaftlichen Partizipation verortet. Ausgangsthese ist, dass Soziale Arbeit im 21. Jahrhundert immer zugleich lebensweltorientiert, sozialräumlich und partizipativ ausgerichtet sein soll, um sich mit sozialen Problem- und Lebenslagen wirkungsvoll auseinandersetzen zu können.

## 2. Lebensweltorientierung – oder: der gelingendere Alltag als Ressource

### 2.1 Der menschliche Alltag als Ansatzpunkt sozialarbeiterischer Handlungsvollzüge

Das von *Thiersch* seit den 1980er-Jahren entwickelte Konzept der Lebenswelt- beziehungsweise Alltagsorientierung prägt spätestens mit Veröffentlichung des Achten Kinder- und Jugendberichtes (1990) als Rahmenkonzept das disziplinäre und professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Vor dem Hintergrund individualisierter und pluralisierter Gesellschaften (*Beck* 1986) steht der Alltag des Menschen im Mittelpunkt sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Analysen und Handlungsvollzüge. Ein Ausgangspunkt der Überlegungen von *Thiersch* ist, dass individualisierten und pluralisierten Gesellschaften herkömmliche Orientierungsmuster und ein das Individuum sicherndes „Alltagswissen“ verloren gehen und sich dabei vielfältige Formen der Alltagsbewältigung ausbilden. Zudem werden die gesellschaftlichen Strukturen zunehmend von sozialen Ungleichheiten geprägt mit der Folge, dass neue Formen von Inklusion und Exklusion entstehen. Dies wiederum könnte zu Verhaltensverunsicherungen führen. Das Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit setzt vor dem Hintergrund der analysierten Problemlagen und mit Bezugnahme auf vier zu Grunde gelegte Wissenschaftskonzepte am Alltag der Adressaten und Adressatinnen an. Sozialarbeiterische und sozialpädagogische Handlungsvollzüge zielen darauf ab, die Alltagsgestaltung von Betroffenen hermeneutisch-pragmatisch zu verstehen, zu rekonstruieren, kritisch zu hinterfragen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen in einem strukturellen Kontext zu verorten (*Grunwald; Thiersch* 2004, S. 13 ff.).

### 2.2 Ressourcen entdecken – strukturelle Ungleichheiten aufdecken

Kennzeichnend für das Konzept ist, dass die lebensweltliche Alltagsorganisation der Adressatinnen und Adressaten primär als Sinn stiftende Ressource und Form der Alltagsbewältigung gesehen wird. Dennoch geht es, *Grunwald und Thiersch* (2004, S. 22 ff.) folgend, in Handlungsvollzügen der Sozialen Arbeit auch darum, kritisch zu hinterfragen, wo Alltagsorganisation zur Routine wird, die einerseits strukturelle Ungleichheiten verdecken, aber auch individuell zu Verstrickungen im eigenen Alltag führt. Somit verfolgt das Konzept den Anspruch, strukturelle Ungleichheiten aufzudecken und zum „gelingenderen Alltag“ (*ebd.*, S. 23) der Klientel beizutragen.

Für die operative Umsetzung des Konzeptes in der Sozialen Arbeit gelten die bekannten Strukturmaxi-

men der Prävention, Alltagsnähe, Dezentralisierung, Regionalisierung und Vernetzung, Integration und Partizipation, die im Verbund zu sehen sind. Partizipation wird hier einerseits bezogen auf die Handlungsprozesse in sozialarbeiterischen Unterstützungsprozessen, andererseits jedoch auch auf die Beteiligung an regionalen Planungsprozessen.

### 3. Sozialraumorientierung – oder: die Aneignung des Raumes als Ressource

#### 3.1 Sozialraumorientierung – Einordnung des Begriffs im Rahmen der Fachdiskussion

Die fachliche Diskussion um Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit hat verschiedene Stränge und Akzentuierungen. Ein Theorie- und Diskussionsstrang seit Ende der 1980er-Jahre bezieht sich auf die Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere mit der Veröffentlichung von *Lothar Böhnisch* und *Richard Münchmeier* zur „Pädagogik des Jugendraums“ (1990) gewann der Theorieansatz einer sozialräumlichen Jugendarbeit an Bedeutung und ist heute stark mit den weiteren Arbeiten von *Ulrich Deinert* (2005a) verbunden. Die Theorie setzt an den räumlichen Bedingungen und lebensweltlichen Erfahrungsbezug von Kindern und Jugendlichen in und mit Räumen an. Sie dient als Begründungszusammenhang für die Kinder- und Jugendarbeit, um die Bedeutung und den Aspekt der Aneignung von Räumen in pädagogische Konzepte und Angebotsformen einzubeziehen (*ebd.*, S. 18 f.).

Ein zweiter Diskussionsstrang bezieht sich in erster Linie auf den Sozialraum als stadtplanerische Kategorie. Damit verbunden werden Überlegungen und Konzepte zur Stärkung von Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf, die unter anderem durch das 1999 gestartete Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ vorangetrieben wurden. Planerisch dienen Sozialraumanalysen der Bedarfsermittlung vor dem Hintergrund sozialstruktureller Daten, aber auch der Zuschneidung von Sozialräumen und der Zuweisung von Sozialraumbudgets im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe (*Hinte* 2005, S. 359 f.). Er weist in seinem Aufsatz kritisch auf die Vermengung der unterschiedlichen Diskurse und die damit häufig unspezifische Nutzung und Deutung des Begriffes Sozialraumorientierung hin. Insofern scheint es angemessen, kurz auf gemeinsame Quellen des Begriffes Sozialraumorientierung einzugehen.

Folgt man den Ausführungen von *Riege* und *Schubert* (2002, S. 9 ff.), so beziehen sich die Quellen des Begriffes Sozialraum auf die systematischen Analysen moderner Städte durch die Chicagoer Schule in den 1920er-Jahren sowie die weiteren Analysen der Hu-

manökologie des Verhältnisses von Mensch und Raum seit den 1940er- und 1950er-Jahren. In Deutschland werden diese Studien unter dem Begriff der Sozialökologie ein bis zwei Jahrzehnte später rezipiert. Räume werden nicht nur als rein geographische Größen analysiert, sondern in ihren Bedeutungen als Lebens- und Verhaltensräume im Wechselverhältnis zwischen Mensch und Raum beziehungsweise Raum und Mensch. Weitere Einflüsse auf das Konzept des Sozialraums führen die Autoren auf die Wiederbelebung der Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Lebenswelt“ zurück. „Denn mit dem Begriff der Lebenswelt werden besonders die sekundären Qualitäten des sozialen Raumes beleuchtet, also Eigenschaften, die Dinge nur haben, wenn sie von Menschen wahrgenommen werden. Anders herum betrachtet, geht es um die Frage, welche Merkmale des Raumes von den Menschen aus ihrer jeweiligen individuellen Sicht erfasst und mit relevanten Bedeutungen aufgeladen werden“ (*ebd.*, S. 16).

#### 3.2 Sozialraumorientierung

##### als lebensweltliche Aneignung von Räumen

Hervorheben möchte ich in meinen Ausführungen die Diskussion um Sozialraumorientierung als lebensweltliche Aneignung von Räumen, wie sie in der bereits skizzierten Konzeptentwicklung einer sozialräumlichen Jugendarbeit in verschiedenen Veröffentlichungen von *Böhnisch*; *Münchmeier* und *Deinert* herausgearbeitet wurde. Das Konzept der sozialräumlichen Jugendarbeit bezieht sich als Ausgangspunkt insbesondere auf die Gesellschaftsanalyse von *Beck* (1986). *Böhnisch* und *Münchmeier* (1990, S. 15 ff.) problematisieren ebenso wie *Thiersch* in seinem Konzept der Lebensweltorientierung, dass sich tradierte Normen und damit verbundene Rollen- sowie Institutionengefüge zunehmend auflösen. Damit einher gehe eine zunehmende sozialräumliche Orientierung der Kinder und Jugendlichen. Im sozialräumlichen Konzept wird Raumanneignung als Ressource begriffen, sich in Gesellschaft vor dem Hintergrund des Kind- und Jugendlichenseins zu „verorten“, eigene (Frei-)Räume einzufordern, aber auch, als Gruppe in dieser Gesellschaft sichtbar zu werden.

Der Jugendarbeit wird in diesem Kontext die Aufgabe zugewiesen, in ihren Handlungsvollzügen das Sichtbarmachen von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum zu unterstützen sowie in institutionellen Kontexten Aneignungsräume zu ermöglichen (*Böhnisch*; *Münchmeier* 1990, S. 15 ff., *Deinert* 2005a, S. 13 ff.). Bezugs- und Begründungskonzepte für das räumliche Aneignungstheorem sind bei *Deinert* (2005b, S. 27 ff.) die Aneignungstheorie von *Leontjew* (1980)<sup>1</sup> sowie ihr Transfer durch *Holzcamp*

(1973), in Verbindung mit den sozialökologischen Ansätzen von *Muchow* (1930er-Jahre), *Baacke* (1984) und *Zeiber* (1983). Mit Bezugnahme auf *Leontjew* und *Holzkamp* arbeitet *Deinet* heraus, dass in der tätigen Auseinandersetzung mit der gegenständlichen und räumlichen Umwelt Sinn stiftende gesellschaftliche und soziale Erfahrungs- und Beziehungsbezüge stattfinden. Der Mensch passe sich jedoch nicht nur passiv an die Umwelt an, sondern eigne sich diese aktiv an. Mit Bezugnahme auf die oben genannten sozialökologischen Ansätze führt *Deinet* weiter aus, dass sich Aneignungsprozesse immer auch räumlich vermitteln und vollziehen. Er weist darauf hin, dass durch die Veränderung und Verregelung von Räumen Aneignungsprozesse eingeschränkt werden können. Zudem komme, mit Bezug auf *Löw* (2001) hinzu, dass auch virtuelle Räume in die Aneignungstheoretischen Überlegungen mit eingebunden werden müssten.

### 3.3 Der Sozialraum als individuelle und strukturelle Bezugsgröße Sozialer Arbeit

Festhalten möchte ich, dass die zentrale Handlungsmaxime in der sozialräumlichen Kinder- und Jugendarbeit vorsieht, Kindern und Jugendlichen im institutionellen, öffentlichen und virtuellen/medialen Raum Sinn stiftende und orientierende (Wieder-)Aneignungsmöglichkeiten zu eröffnen, um ihnen gesellschaftliche Verortung eigenständig, aber auch im Umgang mit weiteren Nutzern und Nutzerinnen des Sozialraums zu ermöglichen. Insofern ist eine Bezugnahme zu den vorher angedeuteten Diskussionssträngen in der Sozialraumorientierung möglich und nötig.

Sozialräume sind sowohl strukturelle als auch lebensweltliche Lebensräume für unterschiedliche Bewohnerinnen und Bewohner sowie Nutzende. Deren Ausgestaltung und Entwicklung steht in unmittelbarer Wechselwirkung mit den Menschen, den Altersgruppen, den Lebensbiographien, den infrastrukturellen Gegebenheiten eines Sozialraums. Die Analyse gerade von Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf macht es möglich, Verhinderungen im Aneignungsbezug, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, deutlich zu machen. So sind vor dem Hintergrund ökonomischer Ressourcen Menschen in Armutslagen von der Nutzung öffentlicher Räume wie zum Beispiel Kultur- und Freizeiteinrichtungen ausgeschlossen. Eine häufig eingeschränkte Mobilität begrenzt den Erfahrungshorizont betroffener Gruppen auf das (meist wenig anregungsreiche) Lebensumfeld. Die Schaffung eines anregungsreichen Lebensumfeldes, die Herstellung von Vernetzung sowie die Erweiterung des eigenen Lebensumfeldes

kann Sinn stiftende Erfahrungsbezüge ermöglichen und sollte auch in stadtplanerischen Maßnahmen mit bedacht werden.

Räumliche Aneignung als aktiven und nicht nur passiven Prozess zu ermöglichen und das Lebensumfeld als Ressource einzubinden heißt, die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner eines Sozialraumes einzubeziehen und zu vernetzen. Hierzu eine Positionierung von *Hinte*: „Wesentliche Grundlage eines sozialraumorientierten Konzepts sind die Orientierung an den Interessen und dem Willen der Betroffenen, an ihrer Aktivität, ihren Ressourcen und ihrer Eingebundenheit in sozialräumliche Netze sowie an den dort zu Verfügung stehenden Potenzialen“ (2005, S. 359). Partizipation der Betroffenen ist also auch hier elementarer Bestandteil sozialräumlicher Sozialer Arbeit.

## 4. Partizipation – oder: Akteure als Ressource

### 4.1 Kontextgebundene Begriffsklärung

Partizipation als notwendige Handlungsmaxime taucht als Forderung in der Sozialen Arbeit bereits seit den 1970er-Jahren auf. Von einer „partizipativen Sozialen Arbeit“ wird jedoch in der Fachdiskussion bisher weniger explizit gesprochen. Bevor ich zu Argumentationslinien für eine partizipative Soziale Arbeit komme, möchte ich eine kontextgebundene Begriffsklärung vornehmen.

Partizipation lässt sich für den hier gewählten Kontext einerseits demokratietheoretisch und andererseits sozialarbeiterisch/sozialpädagogisch fassen. Demokratietheoretisch setzt politische Partizipation die Demokratie als Staatsform voraus, wobei sich Verfahren und Vorgehensweisen unterscheiden. Konstitutives Beteiligungsrecht aller Demokratien ist das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht (*Wewer* 1998, S. 114). *Wewer* stellt fest, dass in der geschichtlichen Entwicklung dieses demokratische Beteiligungsinstrument nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugestanden wurde. Historisch nahmen Demokratisierungsbestrebungen wie die internationale Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, aber auch die Selbstbestimmungsbewegung behinderter Menschen Einfluss auf die Erweiterung politischer und damit auch gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten. Als abgeschlossen können diese Reformprozesse auch heute nicht gelten.

Umfassendere Reformprozesse zur Erweiterung von Teilhaberechten in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich zum Ende der 1960er-Jahre und Beginn der 1970er-Jahre ausmachen. Eingeleitet wurden sie

durch den Regierungswechsel zur sozial-liberalen Regierungskoalition im Jahr 1969, zudem durch zahlreiche Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen, die sich für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere in lokalen und regionalen Bezügen einsetzen. Auch die Einführung von Mitbestimmungsrechten in Betrieben im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die Betroffenenbeteiligung auf Bundesbau- und Stadtplanungsebenen lassen sich in dieser Zeit verorten (*Schmals; Heinel* 1997, S. 9 f.).

## 4.2 Partizipation als Strukturmaxime Sozialer Arbeit

Die Forderung nach mehr Betroffenenpartizipation wuchs im gleichen Zeitraum auch für die Institutionen Sozialer Arbeit. Sie fand ihren Ausdruck unter anderem in der Kritik an einem eingreifend-kontrollierenden Selbstverständnis Sozialer Arbeit und der Individualisierung struktureller Defizite. Das Subsidiaritätsprinzip mit dem Ziel, Adressaten und Adressatinnen zur Unabhängigkeit von sozialarbeiterischen Interventionen zu befähigen, ist ein Ansatzpunkt, dieser Kritik konstruktiv zu begegnen (*Buchkremer* 1976, S. 66). Auch die Selbsthilfebewegungen setzten an diesem Kritikpunkt an und wandten sich teilweise gegen die professionelle Unterstützung. Explizit aufgegriffen wurde die Befähigung zur institutionellen und gesellschaftlichen Partizipation auch im Sinne einer selbst organisierten Problemlösung durch Betroffene im Fünften Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit* 1980). Die hier bereits formulierten Vorschläge, reale Partizipationsmöglichkeiten von Betroffenen sowie Selbsthilfepotenziale zu stärken (*Hornstein* 1980, S. 15), wurden wegweisend im Achten Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 1990) aufgegriffen und als Strukturmaxime einer lebensweltorientierten Jugendhilfe formuliert. Hier heißt es: „Wenn lebensweltorientierte Jugendhilfe darauf hinzielt, daß Menschen sich als Subjekte ihres eigenen Lebens erfahren, ist Partizipation eines ihrer konstitutiven Momente“ (*ebd.*, S. 88).

Der hier formulierte Anspruch bezieht sich vor allem auf den Rechtsanspruch der Kinder und Jugendlichen im Rahmen von Jugendhilfemaßnahmen, aber auch auf Formen der Mitbestimmung in Angeboten der Jugendhilfe. Mit dem Zehnten Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 1998, S. 144 ff., 172 ff.) wird erneut Partizipation als Auftrag für die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch für die weiteren Sozialisationsinstanzen aufgegriffen. Im

Vordergrund der letztgenannten Expertise steht nun stärker das Recht zur gesellschaftlichen Partizipation von Kindern und Jugendlichen, auch bezogen auf kommunalpolitische Entscheidungsprozesse, sowie die Zielperspektive, durch Partizipation Verantwortungübernahme für eigene und gesellschaftliche Belange frühzeitig durch Erziehung zu vermitteln. Im Zentrum aller partizipatorischen Bestrebungen, sei es aus politischer, soziologischer, sozialarbeiterischer Perspektive stehen die Akteure, als Betroffene und Beteiligte in eigener, aber auch weiter gehender, nämlich gesellschaftlicher Angelegenheit.

## 4.3 Partizipation als Herausforderung in zivilen Gesellschaften

Im Folgenden möchte ich Markierungslinien herausarbeiten, inwiefern Partizipation als Handlungsmaxime der Sozialen Arbeit, auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Analysen, mehr Bedeutung zugemessen werden kann. Eine Argumentationslinie lässt sich ebenfalls auf *Becks* Individualisierungstheorem, auf das sich bereits die oben genannten theoretischen Positionen der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung beziehen, stützen. Beide Theorien begründen ihre Ansatzpunkte mit der Notwendigkeit, dass sich Individuen in individualisierten und pluralisierten Gesellschaften lebensweltlich Sinn stiftend orientieren beziehungsweise durch räumliche Aneignung institutionell und gesellschaftlich verorten müssen. Soziale Arbeit soll hier unterstützend wirken. Gleichermaßen kann davon ausgegangen werden, dass – der Analyse *Becks* folgend – an die Individuen verstärkt die verantwortliche Aufgabe herangetragen wird, sich aktiver zu organisieren sowie Einfluss auf die Organisation von gesellschaftlichen Institutionen und Entwicklungen zu nehmen. So kommt *Beck* zu folgender Analyse: „Diese Art der Individualisierung bleibt nicht privat, sie wird in einem bestimmten neuen Sinne politisch: Die individualisierten Individuen, die Bastler ihrer selbst und ihrer Welt, sind nicht mehr die ‚Rollenträger‘ der einfachen Industriegesellschaft, die der Funktionalismus unterstellt“ (1993, S. 154).

In dieser Entwicklung sieht *Beck* die Chance und prognostiziert (*ebd.*, S. 155): „Die Individuen kehren in die Gesellschaft zurück.“ Damit wird die Herausforderung verstärkter Partizipation deutlich: einerseits im Sinne der Verortung seiner selbst im gesellschaftlichen Gesamtgefüge, andererseits aber auch, in der verantwortlichen Teilhabe an der Ausgestaltung von in Veränderung begriffenen gesellschaftlichen Gesamtstrukturen. Die Akteure werden zur eigenen, aber auch zur gesellschaftlichen Ressource. Hier knüpft die Diskussion eng an die Diskurse zur

Wiederbelebung der Zivilgesellschaft an. Sie steckt zudem einen weiteren Rahmen für die Bedeutung von Partizipation im Sinne von Verantwortungsübernahme, aber auch im Sinne der Wahrnehmung von demokratischen Rechten ab. Beide Aspekte sind bedeutsam für Handlungskontexte Sozialer Arbeit. Geht es hier doch immer auch darum, Menschen bei der Wahrnehmung und Einforderung eigener Rechte zu unterstützen, zudem aber auch, sie verantwortlich in die Gesellschaft zu integrieren, indem sie sich als Teil dieser erleben. Hier den Diskurs nachzuzeichnen, der sich um die Begriffs- und Bedeutungsgeschichte der Zivilgesellschaft entspannt hat, würde den Rahmen des Beitrags sprengen. Insofern skizziere ich einige Charakteristika: Im Vordergrund der Überlegungen zur Zivilgesellschaft steht das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Folgendes Zitat von *Evers* umschreibt das Spannungsverhältnis gut: „Die einzige allgemeingültige Definition ist eine doppelte Verneinung, in der Kurzformel: Nicht Staat – nicht Markt. Darin steckt bereits die doppelte Affirmation, daß Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur für den Eigennutz, sondern auch für das Gemeinwesen engagieren; und daß es eine gesellschaftliche Öffentlichkeit gibt, die nicht staatlich organisiert ist. Das rückt jene vielfältigen Initiativen und Projekte in den Blick, in denen eine Aktivbürgerschaft öffentlich Probleme benennt, Lösungen debattiert und Modelle erprobt: Bürgerinitiativen, selbstorganisierte Einrichtungen, Vereine und Verbände, Selbsthilfegruppen...“ (1999, S.13).

In westlichen Demokratien wird unter dem Begriff der Zivil- oder auch Bürgergesellschaft nach Formen staatlichen und gesellschaftlichen Ineinanderwirkens gesucht. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Verantwortung im gesellschaftlichen und politischen Zusammenleben übernehmen, als kritische Öffentlichkeit agieren, ohne allerdings den Staat seiner Aufgaben zu entheben. Mit Bezug auf die oben genannten Begründungslinien für eine lebenswelt- und sozialraumorientierte Soziale Arbeit kommt nun vor dem Hintergrund der zivilgesellschaftlichen Debatte und der damit verbundenen Forderung nach verstärkter Partizipation eine weitere Komponente hinzu. Auf struktureller Ebene geht es darum, Menschen durch Partizipation verantwortliche und solidarische Mitgestaltung zu ermöglichen, auf individueller Ebene bedeutet das, Individuen als Subjekte des eigenen Handelns sichtbar werden zu lassen (*Debiel* 2002, S. 67). Der amerikanische Politologe *Benjamin Barber* weist darauf hin, dass Partizipation zudem mehr ist als ein demokratietheoretisches Element. Er sieht in ihr vielmehr die Voraussetzung für den Prozess der Individuation: „Solange Frauen

und Männer nicht an einem gemeinsamen, sie bestimmenden Leben und an den ihre Lebenswelt formenden Entscheidungen teilhaben, können sie keine Individuen werden“ (*Barber* 1994, S. 15).

#### 4.4 Partizipation als Handlungsmaxime Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert

Inwiefern lässt sich aus den hier ausgeführten Überlegungen eine Handlungsmaxime für die Soziale Arbeit ableiten? Partizipation in institutionellen und gesellschaftspolitischen Kontexten setzt voraus, dass sich Menschen ihrer Rechte bewusst sind und zudem über Kompetenzen der Artikulation verfügen. Dafür bedarf es wiederum der Vergewisserung, in der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit einen Stellenwert einzunehmen. Nun zählt insbesondere die Klientel der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund sozialer oder auch altersgebundener Problemlagen häufig zu einem benachteiligten Personenkreis. In einer solchen Position als „Aktivbürger“ aufzutreten, stellt eine hohe Herausforderung dar. Sieht Soziale Arbeit vor dem Hintergrund der dargelegten Entwicklungen einen Bearbeitungsbedarf hinsichtlich der gesellschaftlichen Partizipation ihrer Adressaten und Adressatinnen, so gilt es sicher an erster Stelle, an der Befähigung zur Partizipation anzusetzen: lebensweltlich, das heißt in den unmittelbaren Alltagswelten und damit auch in den Institutionen der Sozialen Arbeit; sozialräumlich, indem im institutionellen, aber auch im öffentlichen Raum, Gelegenheiten zur sozialräumlichen Aneignung und damit Sichtbarmachung von Interessen gegeben und unterstützt werden. Mit Bezugnahme auf *Barber* (1994, S. 239 ff.) ist davon auszugehen, dass hierfür „stark demokratische Elemente“ in den verschiedenen Bereichen aufgebaut werden müssen. Es geht somit nicht nur um die Unterstützung von partizipativen Prozessen, sondern auch um die Befähigung zur Partizipation.

#### 5. Fazit

Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft bezieht sich auf soziale Problem- und Lebenslagen von Einzelnen und Gruppen in aktuellen gesellschaftlichen Bezügen und zielt auf deren Verbesserung durch adäquate Handlungskonzepte. Die im Rahmen des Aufsatzes nachgezeichneten theoretischen Konzepte einer lebensweltorientierten und sozialräumlichen Sozialen Arbeit wählen ihren Bezugsrahmen in der Analyse individualisierter und pluralisierter Gesellschaften und damit verbundenen Herausforderungen an die Individuen. Unterstützung bei der lebensweltlichen Alltagsorganisation (auch alltagskritisch) leisten, Aneignungsräume institutionell und im Lebensumfeld eröffnen – das sind zentrale Maximen

Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. In beide Konzepte eingebunden ist das Handlungsprinzip der Partizipation. Vor dem Hintergrund weiter gehender Erfordernisse und Herausforderungen an die aktiven Bürger und Bürgerinnen in Zivilgesellschaften ist Partizipation jedoch nicht nur konstitutives Element der dargelegten Maximen Sozialer Arbeit. Sie ist zudem gleichwertiges und eigenständiges Handlungsprinzip im Dreiklang mit den erstgenannten, im Sinne einer sich auch als politisch verstehenden Sozialen Arbeit. Dies sowohl mit Blick auf die Stärkung von demokratischen Teilhaberechten benachteiligter Bevölkerungsgruppen als auch mit Blick auf Verantwortungsübernahme für gesellschaftliche Belange und Entwicklungen.

Die fachliche Diskussion um Partizipation als Handlungsauftrag Sozialer Arbeit bezieht sich zurzeit überwiegend auf Kinder und Jugendliche. Dies auch vor dem Hintergrund demokratie- und kindheitstheoretischer Überlegungen und mit Blick auf eine auf Grund ihres Lebensalters hinsichtlich Partizipation benachteiligte Gruppe. Im Verlauf von weiter gehenden Demokratisierungsbestrebungen, wie oben dargelegt, halte ich dies für erforderlich, insbesondere auch im Zuge des demographischen Wandels, der quantitativ die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen in eine Minderheitenposition führt. Dennoch ist die Maxime auch auf andere Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit übertragbar und nicht mehr nur als Auftrag für Benachteiligtengruppen zu verstehen. In zivilgesellschaftlichen Kontexten geht es meines Erachtens um die Aktivierung aller Bürgerinnen und Bürger, mit Blick auf subjektive und gesellschaftliche Entwicklungen. Hierzu kann Soziale Arbeit einen Beitrag leisten.

#### Anmerkung

1 Deinert bezieht sich auf verschiedene Arbeiten von Leontjew, siehe hierzu u.a. Leontjew 1980.

#### Literatur

- Baacke**, Dieter: Die 6-12jährigen. Weinheim 1984  
**Barber**, Benjamin: Starke Demokratie. Hamburg 1994  
**Beck**, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986  
**Beck**, Ulrich: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main 1993  
**Böhnisch**, Lothar; Münchmeier, Richard: Pädagogik des Jugendraums. Weinheim 1990  
**Buchkremer**, Hansjosef: Ansatz einer Theorie der Subsidiären Intervention. In: Archiv für angewandte Sozialpädagogik 2/1976  
**Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit**: Fünfter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1980  
**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**: Achter Jugendbericht. Bonn 1990  
**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und**

- Jugend**: Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1998  
**Debiel**, Stefanie: Versuchung zum Guten, Teil 3: „... es sei denn, man tut es!“ Partizipation von Kindern und Jugendlichen im lokalen Raum – ein Auftrag für Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe? Aachen 2002  
**Deinet**, Ulrich: Grundlagen und Schritte sozialräumlicher Konzeptentwicklung. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Wiesbaden 2005a, S. 13-25  
**Deinet**, Ulrich: „Aneignung“ und „Raum“ – zentrale Begriffe des sozialräumlichen Konzeptes. In: ders. (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Wiesbaden 2005b, S.27-57  
**Evers**, Tillmann: Bürgergesellschaft – Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Rundbrief Bürgerbeteiligung 1/1999, S. 12-19  
**Grunwald**, Klaus; Thiersch, Hans: Das Konzept Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. In: Grunwald, K.; Thiersch, H. (Hrsg.): Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim 2004, S. 13-39  
**Hinte**, Wolfgang: Sozialraumorientierung. Bemerkungen zu einer missglückten Rezeption. In: Nachrichtendienst 10/2005, S. 359-362  
**Holzkamp**, Klaus: Sinnliche Erkenntnis. Frankfurt am Main 1973  
**Hornstein**, Walter: Intentionen, Methoden und Ergebnisse des fünften Kinder- und Jugendberichts. In: Loccumer Protokolle 21/80: Bedingungen und Möglichkeiten politischer Partizipation Jugendlicher. ohne Ort 1980, S. 3-18  
**Leontjew**, A.N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Frankfurt am Main 1980  
**Löw**, Martina: Raumsoziologie. Frankfurt am Main 2001  
**Muchow**, Martha; Muchow, Hans Heinrich: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Weinheim/München 1998 (herausgegeben von Jürgen Zinnecker, Originalausgabe 1935)  
**Riege**, Marlo; Schubert, Herbert: Zur Analyse sozialer Räume. In: Riege, M.; Schubert, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Opladen 2002, S. 7-58  
**Schmals**, Klaus M.; Heinel, Hubert: Anspruch und Wirklichkeit ziviler Gesellschaften. In: Schmals, K.; Heinel, H. (Hrsg.): Zivile Gesellschaft. Opladen 1997 S. 71-74  
**Wewer**, Göttrik: Demokratie, Demokratisierung. In: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 111-123  
**Zeiber**, Helga: Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945. In: Preuss-Laussitz, Ulf u.a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Berlin 1983

## ► Allgemeines

**Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI).** Forschung, Lehre und politische Analyse sind die zentralen Instrumente des CSI, um Wissen und Verständnis von privaten Beiträgen zum Gemeinwohl – also sozialen Investitionen – in der Gesellschaft zu erweitern. Im Fokus stehen dabei Formen und Leistungen des Stiftungswesens, der Zivilgesellschaft, der sozialen Ökonomie und des sozialen Unternehmertums in Europa. Das Heidelberger Centrum hat sich zum Ziel gesetzt, das universitäre Center of Excellence für Forschung und Lehre zu sozialer Investition in Europa zu werden. Es wurde am 1. Juli 2006 als Projekt des Rektorats der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gegründet. Die Arbeit wird aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung, der Deutsche Bank Stiftung, der gemeinnützigen Hertie Stiftung und der Universität Heidelberg finanziert. Anschrift: CSI, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Schillerstr. 4-8, 69115 Heidelberg. *Quelle: Presseinformation vom Juli 2006*

**Perspektive Diakonie 2025.** zukunft – macht – wissen. Den demographischen Wandel gestalten. Hrsg. transfer-projekt e.V. an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. Selbstverlag. Berlin 2006, 230 S., EUR 14,80  
\*DZI-D-7607\*

Das Buch gibt eine aktuelle Darstellung der Aspekte des demographischen Wandels in einer modernen, vom Markt dominierten und zunehmend säkularen Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die in Werte geleiteten Unternehmen Verantwortung für die Zukunft tragen. Die Beiträge verstehen sich als Denk-, Argumentations- und Handlungsrahmen. Bestellanschrift: transfer-projekt an der EFB, Teltower Damm 118-122, 14167 Berlin

**Erfolgreiche Klage gegen Zwangsruhestand.** Während Politikerinnen und Politiker noch um die Rente mit 67 Jahren streiten, hat ein bereits 70 Jahre alter Autoverkäufer seine unbefristete Weiterbeschäftigung gerichtlich bestätigen lassen. Im Arbeitsrecht gibt es keine generelle Vorschrift für das Ausscheiden der Beschäftigten mit 65 Jahren. Das Gericht bewertete daher allein die Kriterien Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, etwaige Unterhaltspflichten und gegebenenfalls Schwerbehinderung. Az.: Arbeitsgericht Paderborn 3 CA 1947/05. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung 4.2006*

**Der neue Gründungszuschuss.** Seit dem 1. August 2006 ersetzt der neue Gründungszuschuss den Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) und das Überbrückungsgeld. Das neue Förderungsinstrument richtet sich an Existenzgründende, die Arbeitslosengeld beziehen und sich beruflich selbstständig machen wollen. So kann zum Beispiel für die Dauer des Bezuges des Gründungszuschusses Rentenversicherungspflicht für Handwerker oder Selbstständige mit einem Auftraggeber eintreten. Handwerker werden

von der Handwerkskammer dem zuständigen Rentenversicherungsträger gemeldet. Dieser wendet sich wegen notwendiger Angaben zur Beitragshöhe und zum Zahlungsweg direkt an den betroffenen Personenkreis. Alle anderen Selbstständigen sind dazu verpflichtet, sich unmittelbar nach Aufnahme ihrer Tätigkeit mit dem Rentenversicherungsträger in Verbindung zu setzen. Bereits laufende Förderungen mit einem Existenzgründungszuschuss oder dem Überbrückungsgeld werden von der Neuregelung nicht berührt. Während des Bezuges eines Existenzgründungszuschusses besteht auch weiterhin Rentenversicherungspflicht. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Hessen vom 2. August 2006*

**Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen.** Auch für das Jahr 2007 kann in Sachsen wieder eine Aufwandsentschädigung für bürgerschaftliches Engagement beantragt werden. Bis zum 30. November 2006 können Antragsformulare unter [www.wir-fuer-sachsen.de](http://www.wir-fuer-sachsen.de) heruntergeladen werden oder bei der Bürgerstiftung Dresden, Barteldesplatz 2, 01309 Dresden angefordert werden. Im Jahr 2006 ist die Förderung auf große Resonanz gestoßen. Etwa 20 500 Personen konnten mit einer Aufwandsentschädigung von 40 Euro im Monat unterstützt werden. Dabei wurde das Engagement in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Heimat-, Umwelt- und Tierschutz, Garten, Kirche, Religionsgemeinschaften, Katastrophenschutz, Freiwillige Feuerwehr, Musik, Kunst, Kultur, Bildung, Seniorenarbeit, sonstiger sozialer Bereich, Wohlfahrtspflege und Sport gefördert. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 117/06*

## ► Soziales

**Telefonseelsorge mobil erreichbar.** Die Telekom hat über das so genannte Mobilfunkrouting für die Telefonseelsorge die ortsnahe und kostenlose Beratung von Anrufern aus dem Mobilfunknetz von T-Mobile eingerichtet. Alle Anruferinnen aus diesem Netz, die von einem Handy aus eine der Nummern der Telefonseelsorge wählen, werden in die nächstgelegene Beratungsstelle weitergeleitet. Zurzeit gehen rund 70 % der Anrufe über Mobiltelefone bei der Telefonseelsorge ein. Die Zahl von jährlich rund 1,5 Mio. Gesprächen mit Rat Suchenden zeigt, wie notwendig dieses Angebot der direkten Lebenshilfe ist. Seit 1997 übernimmt die Deutsche Telekom sämtliche Gebühren und ermöglicht die kostenlose Nutzung der bundesweit einheitlichen Nummern für die evangelische (Tel. 08 00/111 0111) und katholische (08 00/111 02 22) Seelsorge. Neben Gesprächen am Telefon wird auch der anonyme und vertrauliche Austausch von E-Mails und Chats angeboten. Informationen unter [www.telefonseel.sorge.de](http://www.telefonseel.sorge.de)  
*Quelle: Diakonie Report 3.2006*

**Kein Armutszeugnis.** Den meisten Seniorinnen und Senioren in Deutschland geht es finanziell relativ gut. Im Jahr 2004 mussten – nach einer Untersuchung von Eurostat – 15 % der Bundesbürgerinnen und -bürger über 65 Jahre von einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben. Diese Schwelle liegt bei 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens. In Spanien leben 30 % unterhalb der Schwelle, in Irland 40 %. Der Durchschnitt in den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegt bei 18 %. *Quelle: Info Deutsche Rentenversicherung 1.2006*

**Berufsvorbereitendes Soziales Jahr (BSJ) statt Zivildienst.** Anfang August 2006 begann in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ein Modellversuch, in dem anerkannte Kriegsdienstverweigerer anstelle des neunmonatigen Zivildienstes das BSJ absolvieren können. Dieses ist nach Absprache verlängerbar und bedeutet für die engagierten jungen Männer wie für Menschen mit Behinderung und deren Familien mehr Zeit zur Zusammenarbeit. Gleichzeitig werden erweiterte Lern- und Bildungsmöglichkeiten angeboten, verbunden mit sorgfältiger Begleitung im jeweiligen Tätigkeitsfeld. Dieses Plus können die BSJ-Absolventen später in die Waagschale werfen, wenn es um einen Ausbildungs- oder Studienplatz geht. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2/2006*

**Europäischer Sozialfonds in Bayern.** Speziell für Beziehende von Arbeitslosengeld II hat das Bayerische Arbeitsministerium Ende 2004 ein mit 76 Mio. Euro ausgestattetes Sonderprogramm des Europäischen Sozialfonds aufgelegt, mit dem die Hartz IV-Reformen ergänzt, begleitet und unterstützt werden. Betroffenen soll damit – insbesondere durch Förderung der Weiterbildung – eine Chance zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Bisher wurden seit Januar 2005 389 Projekte initiiert.

„Ganz bewusst haben wir das ESF-Sonderprogramm auf Bezueher des Arbeitslosengeldes II mit den höchsten Arbeitslosigkeitsrisiken konzentriert, wie beispielsweise auf Geringqualifizierte, Ältere, allein Erziehende, Migranten und Jugendliche. Für Bezueher von Arbeitslosengeld II mit Qualifikationsproblemen und Älteren wurden 120 Projekte durchgeführt mit ESF-Mitteln in Höhe von 12,6 Mio. Euro“, bilanzierte Arbeitsministerin Stewens. Speziell Frauen und allein erziehenden Müttern, die wegen Kinderbetreuung dem Arbeitsmarkt oft nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, kann beispielsweise über Teilzeitqualifizierungsmaßnahmen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. So wurden 73 Frauenprojekte aus dem Fonds gefördert. Ein dritter Schwerpunkt ist die sprachliche und berufliche Qualifizierung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 357.06*

## ► **Gesundheit**

**Projekt „Lebensbegleitende Beratung“ abgeschlossen.** Modell-Curriculum für die Peer-Counseling-Weiterbildung. Sonderausgabe Forum Psychosomatik. Selbstverlag. Berlin 2006, 19 S., kostenlos \*DZI-D-7665\*

Mit der Methode des „Peer-Counseling“ (Betroffene beraten Betroffene) kann vielen Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen eine lebensbegleitende Beratung geboten werden. Die Beratenden, die „Peers“, die Ähnliches erlebt haben wie ihre Gesprächspartnerinnen und -partner, müssen allerdings in hoher Qualität ausgebildet sein, um den Anforderungen gewachsen zu sein. Um diese Qualität zu gewährleisten, hat die Berliner Stiftung „Lebensnerv“ in den Jahren 2004 und 2005 auf Basis eines speziell entwickelten Curriculums eine Pilot-Weiterbildung für Menschen mit Multipler Sklerose durchgeführt. In diesem Lehrplan wurde erstmals in Deutschland der Aspekt der „Selbstbestimmt-Leben-Philosophie“ mit dem Aspekt der „ganzheitlich-salutogenetischen Sicht“ einer Erkrankung verknüpft. Bestellanschrift: Lebensnerv

– Stiftung zur Förderung der psychosomatischen MS-Forschung, Krantorweg 1, 13503 Berlin, Tel.: 030/ 436 35 42, Fax: 030/436 44 42, E-Mail: lebensnerv@gmx.de

**Förderung von Pflegekosten.** Pflegekosten werden ab diesem Jahr stärker steuerlich berücksichtigt: Der Deutsche Bundesrat hat dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung zugestimmt. Pflegebedürftige und Steuerpflichtige, die ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige bezahlen, können hohe Aufwendungen geltend machen, die über die Leistungen der Pflegeversicherung hinausgehen. Von nun ab verdoppeln sich die Beträge, sofern die gepflegte oder betreute Person pflegebedürftig im Sinne der sozialen Pflegeversicherung ist oder für sie Leistungen der Pflegeversicherung erbracht werden. Begünstigt sind ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen, die im Haushalt von Steuerpflichtigen oder der pflegebedürftigen Person durchgeführt werden. *Quelle: Rotes Kreuz 4.2006*

**Integrationspreis 2006: Berliner Gesundheits- und Pflegeeinrichtung interkulturell öffnen.** Am 16. November 2006 wird der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen den diesjährigen Berliner Integrationspreis vergeben. Der Preis soll an eine Berliner Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung verliehen werden, die die Qualitätskriterien interkultureller Öffnung in ihrem Profil berücksichtigt und in ihrer praktischen Arbeit umsetzt. Das Preisgeld in Höhe von 5 000 Euro stellt der Beauftragte für Integration und Migration des Senats von Berlin zur Verfügung. Die interkulturelle Öffnung von Organisationen der Gesellschaft ist ein grundsätzliches integrationspolitisches Ziel. Es bedeutet, dass allgemein zugängliche Dienste und Einrichtungen von Migrantinnen und Migranten in gleicher Weise genutzt werden können. Diese Art der Kundenorientierung ist auch für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen anzustreben. Das Prinzip der Chancengleichheit bei der Nutzung der Angebote der medizinischen und pflegerischen Versorgung stellt eine Querschnittsaufgabe dar. Bewerber können sich Berliner Gesundheits- und/oder Pflegeeinrichtungen, die ihr Konzept der interkulturellen Öffnung bereits umgesetzt haben und seit mindestens einem Jahr praktizieren oder die sich noch in einer mehrjährigen Implementierungsphase befinden, aber ihre Migrantenzielgruppen bereits erreicht haben. Einsendeschluss ist der 4. Oktober 2006. Weitere Informationen unter Robin.Schneider@auslb.verwalt-berlin.de

**Demenz.** Auf große Resonanz ist die vor einem Jahr begonnene Initiative „Menschen pflegen“ zur Schulung von Angehörigen Demenzkranker gestoßen. Inzwischen haben mehr als 800 Menschen 51 Kurse besucht, was zeigt, wie groß die Nachfrage nach Hilfestellung im alltäglichen Umgang mit kranken Angehörigen ist. In Rheinland-Pfalz sind derzeit etwa 70 000 Personen an einer mittleren oder schweren Demenz erkrankt. 60 % von ihnen werden von Angehörigen betreut, zu deren Unterstützung diese landesweite Schulungsinitiative ins Leben gerufen worden war. In vielen der angebotenen Kursen war der Wunsch nach einem anschließenden Gesprächskreis vorhanden, so dass der Kontakt zu etablierten Selbsthilfegruppen der Alzheimer Gesellschaft Rheinland-Pfalz hergestellt oder ein neuer lo-

kaler Kreis gegründet werden konnte. Weitere Termine und Schulungsorte können unter [www.menschen-pflegen.de](http://www.menschen-pflegen.de) abgerufen werden. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz 107-4/06*

**Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland rauchen nicht.** Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2005 rauchen 73 % der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren, die Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten machte, nicht. 54 % hatten noch nie geraucht, 19 % waren ehemals Raucher, 27 % der Befragten rauchten aktiv. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der nicht Rauchernden in der Altersgruppe der 15- bis 39-Jährigen 61 % der Männer und bei den Frauen 70 % betrug. Mit zunehmendem Alter steigen diese Anteile auf 68 % bei Männern und 78 % bei Frauen. Je höher der Berufsabschluss, desto größer ist der Nicht-raucheranteil: Männer mit Lehrausbildung 64 %, Frauen 75 %; Männer mit Abschluss einer Universität/Promotion 82 %, Frauen 86 %. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 249/06*

### ► Jugend und Familie

**Frühe Förderung gefährdeter Kinder.** Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat sich auf seiner Sitzung im Juni 2006 für eine frühe Förderung gefährdeter Kinder ausgesprochen. Die AGJ sieht in ihrer Stellungnahme einen Handlungsbedarf vor allem mit Blick auf die Verbesserung des Schutzes von jüngeren Kindern. Kindesvernachlässigung und -misshandlung beginnen oftmals im Säuglings- und Kleinkindalter, in dem aus entwicklungspsychologischer Sicht besonders schwere Verletzungen und Störungen auftreten können, vielfach aber bis zum Eintritt in eine Kindertageseinrichtung oder die Schule nicht bemerkt werden. Da es in der Altersgruppe von bis zu drei Jahren keine flächendeckenden institutionellen Versorgungseinrichtungen gibt, in denen unterversorgte beziehungsweise vernachlässigte Kinder auffallen könnten, bleiben Vernachlässigungen und Misshandlungen bei diesen Kindern besonders oft unerkannt. Aus Sicht der AGJ stellt sich die Frage, wie insbesondere Gefährdungen von Kindern, die nicht an Angeboten der Jugendhilfe teilnehmen, frühzeitig von außen wahrgenommen und wie die Verantwortlichen angemessen reagieren können. Die AGJ erwähnt folgende Gesichtspunkte: Früherkennungsuntersuchungen als ein Ansatzpunkt helfender Intervention im Sinne des Kindeswohls; Auf- und Ausbau von Frühwarnsystemen und frühen Hilfen, mehr Vernetzung zuständiger Systeme. Die Stellungnahme steht unter [www.agj.de](http://www.agj.de) zur Verfügung oder kann über die Geschäftsstelle der AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, bezogen werden.

**Diagnostik in der Kinder- und Jugendhilfe. Vom Fallverstehen zur richtigen Hilfe.** Tagungsdokumentation. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Eigenverlag. Berlin 2005, 262 S., EUR 17,- \*DZI-D-7471\*  
In der Fachdiskussion über Diagnostik wird immer wieder betont, dass die Kinder- und Jugendhilfe bisher keine eigenen jugendhilfespezifischen Standards und Verfahren entwickelt hat, die in der Praxis Anwendung finden (könnten), und dass es große Defizite im Methodenwissen der Fachkräfte gibt. Ziel einer Tagung im April 2005 in Berlin war es deshalb, Antworten darauf zu finden, wie eine praxis-

orientierte, jugendhilfespezifische Diagnostik aussehen sollte und wie Hilfebedarfe besser und genauer geplant werden können, um Fehlentscheidungen weitestgehend zu vermeiden. Themen waren unter anderem: Welches Instrumentarium ist hilfreich für die eigene Arbeit? Welche Kriterien und Standards machen eine gute sozialpädagogische Diagnostik aus? Welche professionellen Kompetenzen benötigen Fachkräfte in der Jugendhilfe und wie kann deren Handlungssicherheit erhöht werden? Wie können junge Menschen und ihre Familien angemessen an der Hilfeplanung beteiligt werden? Im Verlauf der Tagung – der in dieser Schrift dokumentiert ist – wurden hierzu zahlreiche Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen vorgestellt. Bestellanschrift: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: [agfj@vfk.de](mailto:agfj@vfk.de)

**Mehrgenerationenhaus.** Bis zum Jahr 2010 sollen 439 Mehrgenerationenhäuser in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt Deutschlands entstehen. Die Vorbereitungen des Programms werden im Bundesfamilienministerium vorangetrieben, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. *Quelle: Mailinglistenservice der Bundesregierung vom 23. Juni 2006*

**Neues Gesetz zur Kinderbetreuung in Großbritannien.** Das neue Gesetz „Childcare Act“, dessen Ziel es ist, jedem Kind den bestmöglichen Start zu ermöglichen und den Eltern größere Wahlmöglichkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf zu geben, ist in Großbritannien in Kraft getreten. Die wesentlichsten Inhalte des Gesetzes sind unter anderem: besserer Zugang für alle Kinder unter fünf Jahren zu qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten; eine gesetzliche Pflicht für die Kommunen, in Zusammenarbeit mit privaten und gemeinnützigen Trägern ausreichende Betreuungsangebote einzurichten; Einführung einer Beratungs- und Informationspflicht der Kommunen gegenüber den Eltern mit Blick auf Betreuungsangebote und Erziehungshilfen; Verpflichtung der Kommunen, durch ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Einrichtungen und Hilfeangebote die Qualität der Betreuung zu verbessern und die Unterschiede zwischen Kindern beim Bildungserfolg zu verringern. *Quelle: Mitteilung der Britischen Botschaft Berlin – Arbeit und Soziales 8/2006*

### ► Ausbildung und Beruf

**Weltkonferenz der International Federation of Social Workers (IFSW) in München.** Vom 30. Juli bis zum 3. August 2006 fand in München die 18. Weltkonferenz der internationalen Organisation der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus 75 Nationen statt. 50 Jahre nach der Gründung der IFSW in München trafen sich über 1 500 Delegierte und Interessierte zum ersten Mal wieder auf deutschem Boden. In der Eröffnungsfeier blickte die aus Australien stammende noch amtierende Präsidentin Imelda Dodds auf ihre zwölfjährige aktive Mitarbeit und auf sechs Jahre als Präsidentin zurück. Sie unterstrich die große Bedeutung Sozialer Arbeit, die sich nicht zuletzt in der Zahl der inzwischen auf 84 angewachsenen Mitgliedsländer in der IFSW und der unter den einzelnen Länderverbänden organisierten 500 000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausdrückt. Ein besonderer Höhepunkt dieser Ver-

anstellung war die Ehrung der 96-jährigen Polin Irena Sandler mit der Ehrenmitgliedschaft des IFSW. Irena Sandler rettete als Sozialarbeiterin rund 2 500 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod, indem sie sie aus dem Ghetto befreite und in polnischen Familien und Waisenhäusern in Sicherheit brachte. Die folgenden zwei Konferenztage standen unter dem Motto „Soziale Balance in einer Welt der Ungleichheit“, das in sechs Hauptthemen untergliedert wurde: Balance der Generationen – Jugend und älter werden; Körperliche, psychische und geistige Gesundheit; Zwischen Heimat und Fremde: Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und entwurzelte Menschen; Menschenrechte und Bürgerrechte: Zwischen Globalisierung und Ausgrenzung; Sozialsysteme zwischen allen Anforderungen: Grundbedürfnisse und Minimalstandards sozialer Sicherung; Soziale Arbeit als Profession: 50 Jahre Erfolgsgeschichte und Visionen für die Zukunft. Unter diesen jeweiligen Hauptthemen fanden äußerst interessante Vorträge, Seminare, Round-Table-Veranstaltungen, Posterpräsentationen und Talk-Shows statt, die sich leider häufig überschneiden, sodass die Auswahl für die Teilnehmenden nicht einfach war. Nach einem Tag mit Exkursionen in verschiedene Praxisfelder in und um München ging das internationale Treffen mit einer stimmungsvollen Abschlussfeier in der Münchner Philharmonie zu Ende. Der Hauptredner des Tages war Jakob von Uexküll, der Gründer des Right Livelihood Awards, bekannt als alternativer Nobelpreis. Er ging insbesondere auf den von ihm initiierten Welt-Zukunfts-Rat ein. Diese Vereinigung setzt sich mit den akuten Problemen weltweit auseinander, erarbeitet Lösungen und setzt sich aktiv für deren Umsetzung ein. Die Soziale Arbeit ist für ihn darin eine tragende Säule, da die soziale Gerechtigkeit vielerorts nicht gegeben ist und die Gesellschaften Gefahr laufen, bei nicht rechtzeitig bekämpfter Ungerechtigkeit von dieser überrollt zu werden. Es muss sich als allgemeines Bewusstsein herausbilden, dass die sozialen Probleme einiger zu einem Bumerang für alle werden können, wenn sie nicht schnell und professionell gelöst werden. Schließlich übergab Imelda Dodds die Präsidenschaft der IFSW an David N. Jones aus Großbritannien. Dieser erklärte, dass es das vorrangige Ziel der IFSW sein muss, ein sich entwickelndes Verständnis dafür zu etablieren, dass die ökonomische Entwicklung ohne Förderung einer sozialen Entwicklung im gleichen Maße letztlich unproduktiv und schädlich für die Menschheit ist. Wesentliche Erkenntnis dieser Tagung ist, dass der internationale Austausch unbedingt notwendig ist, um sich gemeinsam den zukünftigen Herausforderung an die Soziale Arbeit zu stellen. Für den gastgebenden „Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit“ war diese erfolgreiche Tagung ein großer Gewinn, da sie allen teilnehmenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern neue Impulse und Anregungen mit auf den Weg geben konnte. *H.K.*

## Tagungskalender

**12.10.2006 Hannover.** CARE-Kongress: Von der Kooperation zum Integrierten Versorgungsvertrag. Wie Heime und Pflegedienste ihre Wunschnpartner gewinnen. Information: Vincentz Network, Veranstaltungsdienste, Postfach 62 47, 30062 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-175, Fax: 05 11/99 10-199, E-Mail: veranstaltungen@vincentz.net

**19.-21.10.2006 Bochum.** 6. Bundestagung: Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Gewalt als interdisziplinäre Herausforderung. Anmeldung: Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V., Königsweg 9, 24103 Kiel, Tel.: 04 31/67 12 84, Fax: 04 31/67 49 43, E-Mail: info@dgkcv.de

**27.10.2006 Augsburg.** Tagung: Bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen. Information: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Gostenhofer Hauptstraße 61, 90443 Nürnberg, Fax: 09 11/929 66 990, E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

**6.-8.11.2006 Celle.** Seminar: Schulversagen & Kriminalität. Folgen der „Winner-Looser-Kultur“. Anmeldung: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. Lützenrodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60, E-Mail: tschertner@dvjj.de

**9.-10.11.2006 Berlin.** Kongress: Reform der Pflegeversicherung – Auswirkungen auf die Betroffenen. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Pappelallee 35/37, 22089 Hamburg, Tel.: 040/202 07-509, Fax: 040/202 07-913

**10.11.2006 Berlin.** Fachtagung: Klinische Sozialarbeit in der Praxis. Information: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Ref. Weiterbildung, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/50 10 10-39, E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

**13.-15.11.2006 Dresden.** DHS-Fachtagung 2006: Unabhängig im Alter – Sucht und Lebensalter. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, Fax: 023 81/90 15 30

**16.11.2006 Berlin.** Tagung: Neue Finanzierungsformen in der Sozialwirtschaft. Information: Bank für Sozialwirtschaft AG, Tel.: 02 21/973 56-210, E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

**16.-18.11.2006 Berlin.** Bundeskongress: Perspektive Zukunft – Wo das Management gefordert ist. 30 Jahre Berufsverband. Information: Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen (DVLAB), Heinickeweg 15, 13627 Berlin, Tel.: 030/38 30 38 30, Fax: 030/38 30 38 32, E-Mail: dvlab@t-online.de

# Bibliographie Zeitschriften

## 1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

**Rüth, Stephanie:** Wohlfahrtspflege kann vom Kapitalmarkt schöpfen. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 10, S. 30-31. \*DZI-0015z\*

## 2.01 Staat / Gesellschaft

**Hengsbach, Friedhelm:** „Mehr Markt“ reicht nicht – gesellschaftliche Risiken und solidarische Sicherung entsprechen einander. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 3-10. \*DZI-2671\*

**Ludwig, Petra:** Zivilgesellschaftliche Aktivierung durch Soziale Arbeit: Bürgerkompetenzen müssen ermöglicht und geübt werden. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 108-109. \*DZI-0228\*

**Vigener, Gerhard:** Vom Wohlfahrtsstaat zum Sozialstaat: Die Idee des Sozialen muss neu verortet werden. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 88-89. \*DZI-0228\*

## 2.02 Sozialpolitik

**Brunner, Sonja:** Der Europäische Qualifikationsrahmen – Bewertung durch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 14-17. \*DZI-2660z\*

**Christoph, Bernhard:** Die GKV in den Augen der Bürger: Wahrnehmung des Lastenausgleichs und Bewertungen von Reformoptionen. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 55, 2006, Nr. 4, S. 75-83. \*DZI-0518\*

**Ehrke, Michael:** Der Europäische Qualifikationsrahmen – eine Herausforderung für die Gewerkschaften. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 18-23. \*DZI-2660z\*

**Jung, Saskia:** Zentralisierung sozialpolitischer Zuständigkeit: Chance oder Gefahr? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 243-249. \*DZI-0044\*

**Rieger, Günter:** Weniger Staat, mehr Politik: Soziale Arbeit als politischer Unternehmer. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 90-93. \*DZI-0228\*

**Schönig, Werner:** Beschwerdemanagement als Chance für eine ARGE: ein Beispiel zur substantiellen Füllung des „Kunden“-Begriffs in der Sozialpolitik. -

In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 55, 2006, Nr. 4, S. 95-99. \*DZI-0518\*

**Stahlmann, Günther:** Sozialdatenschutz bei Eingliederung nach dem SGB II: Rechte der Betroffenen bei Profiling, Tests, ergänzenden Hilfen und Mittellungen zwischen Maßnahmeträgern und Sozialleistungsträgern (Teil 1). - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 24, 2006, Nr. 1, S. 10-17. \*DZI-2907\*

## 2.03 Leben / Arbeit / Beruf

**Berger-Delhey, Ulf:** Anfechtung des Arbeitsvertrages. - In: Heim und Pflege ; Jg. 37, 2006, Nr. 5, S. 147-149. \*DZI-2496z\*

**Bertsch, Frank:** Armut und Überschuldung in der deutschen Zivilgesellschaft. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 207-216. \*DZI-0044\*

**Brückner, Hans-Jürgen:** Personalentwicklung – Potenziale nutzen. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 5, S. 26-28. \*DZI-0608\*

**Dibelius, Olivia:** Einsparen beim Fachpersonal – Pflegedefizite bei alten Menschen. - In: Pflege aktuell ; Jg. 60, 2006, Nr. 5, S. 254-259. \*DZI-1010z\*

**Erath, Peter:** Blick über den Tellerrand: Die Neujustierung Sozialer Arbeit muss europäische Aspekte einbeziehen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 104-107. \*DZI-0228\*

**Hetzfel, Christian:** Zur Problematik der Implementierung des betrieblichen Eingliederungsmanagements in kleinen und mittleren Unternehmen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 5, S. 303-308. \*DZI-0021z\*

**Hiller, Gotthilf Gerhard:** Ein Beruf gehört(e) zum Leben – oder: Versuch einer Anleitung zum Ankommen in der Realität. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 57, 2006, Nr. 6, S. 202-207. \*DZI-0200\*

**Koch, Heinz Joachim:** Zehn Prüfsteine für Aufsichtsgremien. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 10, S. 22-25. \*DZI-0015z\*

**Maykus, Stephan:** Kommunale Bildungsplanung – Konturen einer neu justierten Planungspraxis: Eine Analyse aus der Sicht der Jugendhilfe(-planung). - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 263-271. \*DZI-0044\*

**Mittag, Oskar:** Vorhersage der Erwerbstätigkeit in einer Bevölkerungsstichprobe von 4 225 Versicherten der LVA über einen Prognosezeitraum von fünf Jahren mittels einer kurzen Skala (SPE-Skala). - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 5, S. 294-302. \*DZI-0021z\*

**Münchhausen, Gesa:** Förderung der Kompetenzentwicklung in der Zeitarbeit. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 47-51. \*DZI-2660z\*

## 3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

**Gaertner, Thomas:** Zur Stellung des sozialmedizinischen Experten im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) unter dem Einfluss sich wandelnder Anforderungen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 271-276. \*DZI-0021z\*

**Obert, Klaus:** Wie geht es eigentlich den Sozialpsychiatrischen Diensten in Baden-Württemberg? - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 53-56. \*DZI-2671\*

**Pirani, Uta von:** Dienste für Kinder und Jugendliche des Jugendamtes Charlottenburg-Wilmersdorf im Sozialen Frühwarnsystem. - In: Forum Jugendhilfe ; 2006, Nr. 1, S. 61-66. \*DZI-0570\*

**Reichert, Gabriele:** § 165 FamFG-Entwurf aus der Sicht einer Familienrichterin an einem Großstadtgericht. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 230-232. \*DZI-3026z\*

**Ulbrich, Heike:** An der Grenze – mit welchen Problemen sehen sich Sonderschulen (über-)strapaziert? Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 57, 2006, Nr. 6, S. 218-226. \*DZI-0200\*

## 4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

**Fuchs-Rechlin, Kirsten:** Hochschulausgebildete Fachkräfte in KITAS – ein Nischenphänomen. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 9, 2006, Nr. 1, S. 1-2. \*DZI-3022\*

**Grüttner, Hanne:** Der Anwalt des Kindes – Reaktionen der Richterschaft auf ein neues Rechtsinstitut: Ergebnisse einer im Jahre 2001 unter den Familienrichtern des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführten Umfrage. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 245-250. \*DZI-3026z\*

**Pasternack, Peer:** Die Kostenauswirkungen einer Akademisierung der Erzieher/-innen-Ausbildung. - In: Forum Jugendhilfe ; 2006, Nr. 1, S. 67-78. \*DZI-0570\*

**Rockenbauch, Katrin:** Lebenszufriedenheit von AbsolventInnen der Medizin: Eine empirische Untersuchung zum Vergleich der Lebenszufriedenheit von AbsolventInnen mit Gleichaltrigen sowie zur Aufklärung des Faktors Lebenszufriedenheit. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 3, S. 176-184. \*DZI-0021z\*

Sachs, Marcel: Nurse Practitioner oder Specialist? Erweiterte Berufsrollen für Pflegeexperten. - In: Pflege aktuell ; Jg. 60, 2006, Nr. 5, S. 270-272. \*DZI-1010z\*

## 5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Oppel, Wolfgang: Exzellenzforschung nach Gutsherr(inn)enart – eine Alternative zur integrativen Aufgabenwahrnehmung? - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 43-46. \*DZI-2660z\*

Weigel, Sigrid: „Generationen strukturieren heute nicht mehr die Gesellschaft“. - In: Psychologie heute ; Jg. 33, 2006, Nr. 6, S. 36-39. \*DZI-2573\*

## 5.02 Medizin/Psychiatrie

Born, Gabriele: Merkmale von Risikogruppen einer unzureichenden Inanspruchnahme zahnmedizinischer Leistungen – Ergebnisse der Study of Health in Pomerania (SHIP). - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 257-264. \*DZI-0021z\*

Haberland, J.: Die zukünftige Entwicklung des Krebsgeschehens in Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 49, 2006, Nr. 5, S. 459-467. \*DZI-1130\*

Schaefer, Christof: Arzneimittelrisiken in Schwangerschaft und Stillzeit. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 5, S. 57-58. \*DZI-0608\*

Scheffer, S.: Soziodemografische Unterschiede in der Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen (KFU) in Deutschland: eine Übersicht. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 3, S. 139-146. \*DZI-0021z\*

Schönenberger, E.: Befragung zur Akzeptanz einer studentischen Initiative für die computerbasierte medizinische Ausbildung. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 5, S. 328-332. \*DZI-0021z\*

Stübner, Susanne: Folie à deux et Suicide à deux in forensischem Kontext. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 1, S. 34-39. \*DZI-0676\*

## 5.03 Psychologie

Bönsch, Bettina: Verhaltensmodifikation – ein Erfahrungsbericht. - In: Autismus ; 2006, Nr. 61, S. 12-15. \*DZI-2582\*

Daig, Isolde: Körperdysmorphie Beschwerden: Welche Rolle spielt die Disparanz zwischen Ideal- und Realkörperbild? - In: Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie ; Jg. 56, 2006, Nr. 6, S. 259-267. \*DZI-0516z\*

Fiedler, Peter: Gefährliche Nachstellungen. - In: Psychologie heute ; Jg. 33, 2006, Nr. 6, S. 30-35. \*DZI-2573\*

Groeneveld, Berend: Integrierte Psychologische Beratung: Vorstellung des neuen Gesamtkonzeptes für die Weiter-

bildung in Beratung. - In: Informationsrundschreiben ; 2006, Nr. 212, S. 79-89.

\*DZI-2317z\*

Heiden, Christa von der: Beschwerden sind Schätze. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 5, S. 20-23.

\*DZI-0608\*

Lutz, Wolfgang: Familien: Lebensquelle der Gesellschaft. - In: Informationsrundschreiben ; 2006, Nr. 212, S. 51-74.

\*DZI-2317z\*

Pohlmann, Britta: Vergleichseffekte auf kognitive, affektive und motivationale Variablen: eine experimentelle Überprüfung. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 79-87. \*DZI-2534\*

Watzke, Birgit: Zur theoretischen und empirischen Unterschiedlichkeit von therapeutischen Interventionen, Inhalten und Stilen in psychoanalytisch und verhaltenstherapeutisch begründeten Psychotherapien. - In: Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie ; Jg. 56, 2006, Nr. 6, S. 234-248.

\*DZI-0516z\*

## 5.04 Erziehungswissenschaft

Bretschneider, Markus: ProfilPASS – Weiterbildungspass zur Identifizierung, Erfassung und Anerkennung von informellem Lernen. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 29-33. \*DZI-2660z\*

Dickhäuser, Oliver: Damenregel oder Kopfzerbrechen? Zum Zusammenhang zwischen Erfolgserwartung und allgemeinen oder spezifischen Fähigkeitsselbstkonzepten. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 62-68. \*DZI-2534\*

Klauer, Karl Josef: Erfassung des Lernfortschritts durch curriculumbasierte Messung. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 32, 2006, Nr. 1, S. 16-26. \*DZI-1904\*

Kloas, Peter-Werner: Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte – ein notwendiger Schritt zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 34-38. \*DZI-2660z\*

Kneidinger, Lisa: Bedürfnisgerechte Pädagogik und offenes Arbeiten – ein Widerspruch? - In: Unsere Kinder ; Jg. 61, 2006, Nr. 3, S. 11-13. \*DZI-2181\*

Rauschenbach, Thomas: Eltern-Kind-Zentren. Entwicklungslinien, Organisationsformen und Handlungsstrategien: Ergebnisse einer bundesweiten Recherche. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 255-259. \*DZI-0044\*

Reicherzer, Dominik: Die Welt um uns – die Bilder der Wirklichkeit in uns: Ein Plädoyer für den Literaturunterricht an der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 57, 2006, Nr. 6, S. 208-217. \*DZI-0200\*

Sileny, Maria: Religion: das unverzichtbare Fach. - In: KDFB Engagiert ; 2006, Nr. 6, S. 16-19. \*DZI-0503z\*

Vollmar, H. C.: Online-Fortbildung auf der Basis nationaler Versorgungsleitlinien: die Fortbildungsplattform leitlinienwissen.de. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 49, 2006, Nr. 5, S. 412-417. \*DZI-1130\*

## 5.05 Soziologie

Lindemann, Gesa: Die Emergenzfunktion und die konstitutive Funktion des Dritten: Perspektiven einer kritisch-systematischen Theorieentwicklung. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 82-101. \*DZI-2526\*

## 5.06 Recht

Bringewat, Peter: Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII) und strafrechtliche Garantenhaftung in der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Zeitschrift für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 233-242. \*DZI-3026z\*

Fesca, Marc: Anmerkungen zum Persönlichen Budget. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 20-27. \*DZI-2671\*

Menne, Martin: Zum Umgangsrecht von Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen. - In: Zeitschrift für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 250-251. \*DZI-3026z\*

Musati, Martina: Eingliederungsleistungen nach dem SGB II – was wurde 2005 erreicht? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 217-221. \*DZI-0044\*

Pfaff, Victor: Von der zweckwidrigen Anwendung des § 456a StPO. - In: ZAR – Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 26, 2006, Nr. 4, S. 121-124. \*DZI-2682\*

Schwarz, Georg: Neuordnung im Sozialbereich: Sozialversicherung für alle Selbstständigen im Entstehen. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 55, 2006, Nr. 4, S. 99-107. \*DZI-0518\*

Willutzki, Siegfried: Die FGG-Reform – Chance für ein stärker kindorientiertes Verfahren. - In: Zeitschrift für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 224-229. \*DZI-3026z\*

## 6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Wendt, Wolf Rainer: Professionelles Handeln im Wandel: die Soziale Arbeit muss sich neu verorten. - In: Blätter der

Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 83-87. \*DZI-0228\*

## 6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

**Bojetic, Svetlana:** Vom Entstehen einer Zwei-Klassen-Sozialarbeit: In der Selbstfindungskrise Sozialer Arbeit wird die Praxis vergessen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 153, 2006, Nr. 3, S. 113-115. \*DZI-0228\*

**Fendrichs, Sandra:** Ziele verfehlt? Vollzeitpflege nach 15 Jahren SGB VIII. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 9, 2006, Nr. 1, S. 2-3. \*DZI-3022\*

**Jansen, Lenka:** Diagnose von sozialen Problemen in der Bezirkssozialarbeit. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 283-287. \*DZI-0044\*

**Klie, Thomas:** Neue Wohnformen verlangen neue Gesetze. - In: Altenheim ; Jg. 45, 2006, Nr. 5, S. 36-39. \*DZI-1449\*

**Mendel, Melanie:** Sondenkost selbst gemacht: Mit selbst hergestellter Sondenkost das Leben normalisieren. - In: Heim und Pflege ; Jg. 37, 2006, Nr. 5, S. 154-155. \*DZI-2496z\*

**Vollbach, Alexander:** Die reformierte Maßregel Führungsaufsicht: Kontaktverbot, Alkoholverbot, Nachsorgeweisung und unbefristete Führungsaufsicht: Anmerkungen zum „Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht“ vom 4. Juli 2005. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 1, S. 40-47. \*DZI-0676\*

## 6.04 Jugendhilfe

**Becker, Jo:** Zur Qualitätssicherung des Betreuten Wohnens in Familien. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 14-17. \*DZI-2671\*

**Boll, Matthias:** Innerhalb oder außerhalb des Heimgesetzes? Ambulant betreute Wohngemeinschaften. - In: Altenheim ; Jg. 45, 2006, Nr. 5, S. 32-35. \*DZI-1449\*

**Budde, Wolfgang:** Sozialraumorientierte Jugendhilfe in Rosenheim – eine Stadt macht sich auf den Weg. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 273-282. \*DZI-0044\*

**Koschembar, Ilja:** Fachlichkeit verbindet! Neues Internetangebot für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Forum Jugendhilfe ; 2006, Nr. 1, S. 20-22. \*DZI-0570\*

**Lutz-Rolf, Magdalene:** Jeder erhält die Unterstützung, die er braucht: Case Management. - In: Altenheim ; Jg. 45, 2006, Nr. 5, S. 20-22. \*DZI-1449\*

## 6.05 Gesundheitshilfe

**Lampert, Thomas:** Einkommensdifferenzen in der Gesundheit und Lebens-

erwartung – Quer- und Längsschnittpunkte des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 219-230.

\*DZI-0021z\*

**Lange, Cornelia:** Soziale Lage beeinflusst Gesundheit. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 10, S. 10-13.

\*DZI-0015z\*

**Reichstein, Jessica:** Soziale Rehabilitation durch psychiatrische Tagesstätten? Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen unter Einbeziehung einer Nutzerbefragung. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 17-20. \*DZI-2671\*

## 7.01 Kinder

**Buch, Susanne R.:** Eltern beurteilen die Entwicklung ihrer hochbegabten Kinder. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 52-61.

\*DZI-2534\*

**Dunitz-Scheer, Marguerite:** Bindungsfreude und Trennungsschmerz: Das Kind bei der täglichen Übergabe im Kindergarten. - In: Unsere Kinder ; Jg. 61, 2006, Nr. 3, S. 2-5. \*DZI-2181\*

**Eilsäßer, Gabriele:** Befragung zur Wahrnehmung von Gewalt gegen Kinder und zur Nutzung des Leitfadens „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ durch Brandenburger Kinder- und Jugendärzte. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 265-270.

\*DZI-0021z\*

**Faltermeier, Josef:** „Schulverweigerung – die 2. Chance“: ein Modellprogramm der Bundesregierung und der EU. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 259-263. \*DZI-0044\*

**Goertz, Claudia:** Der Frankfurter Imitations-Test für 12 Monate alte Kinder (FIT 12): Erprobung einer Aufgabenserie zur Erfassung des deklarativen Gedächtnisses Einjähriger. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 88-96. \*DZI-2534\*

**Hartmann, Pia:** „200 Minuten Sportunterricht pro Woche“: Der Nutzen von mehr Bewegung und Sport bei Förderschülerinnen und Förderschülern. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 57, 2006, Nr. 6, S. 227-235. \*DZI-0200\*

**Kooij, Rimmel van der:** Imitationshandlungen von Kindern mit und ohne Autismus. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 32, 2006, Nr. 1, S. 39-47. \*DZI-1904\*

**Laireiter, Anton-Rupert:** Soziales Netzwerk, soziale Unterstützung und soziale Kompetenz bei Kindern. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 69-78. \*DZI-2534\*

**Maschke, Sabine:** In und Out: Ablehnung und Akzeptanz jugendkultureller Szenen. - In: Thema Jugend ; 2006, Nr. 2, S. 7-9. \*DZI-2975\*

**Nowotny, Elke:** Psychische Erscheinungsformen von Vernachlässigung und Misshandlung kleiner Kinder. - In: Informationsrundschreiben ; 2006, Nr. 212, S. 42-50. \*DZI-2317z\*

**Rolig, Stella:** „Auf das Kind in mir hören“: Über das Bild des Kindes in der Kunst. - In: Unsere Kinder ; Jg. 61, 2006, Nr. 3, S. 27-29. \*DZI-2181\*

**Schelhorn, Dirk:** Spiel- und Erlebnisräume für Kinder und Jugendliche: Beitrag im Rahmen der Mitgliederversammlung der AGJ 2006. - In: Forum Jugendhilfe ; 2006, Nr. 1, S. 9-13.

\*DZI-0570\*

## 7.02 Jugendliche

**Farin, Klaus:** 50 Jahre BRAVO: Jugendkultur im Rückspiegel. - In: Thema Jugend ; 2006, Nr. 2, S. 14-16. \*DZI-2975\*

**Ferchhoff, Wilfried:** Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. - In: Thema Jugend ; 2006, Nr. 2, S. 2-4. \*DZI-2975\*

**Hafenegger, Benno:** Rechtes Jugendleben. - In: Deutsche Jugend ; Jg. 64, 2006, Nr. 6, S. 255-258. \*DZI-0734\*

**Kalter, Frank:** Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarkt Nachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft: Zugleich eine Replik auf den Beitrag von Holger Seibert und Heike Solga: „Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung?“ (ZfS 5/2005). - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 144-160. \*DZI-2526\*

**Möller, Kurt:** Einstiegsprozesse rechts-extern orientierter Skinheads: Ergebnisse eines Forschungsprojekts und ihre Konsequenzen für die pädagogische Praxis. - In: Deutsche Jugend ; Jg. 64, 2006, Nr. 6, S. 259-267.

\*DZI-0734\*

**Quenstedt, Fritz:** Das Schulfrühstück: oder wie eine gesunde Ernährung das Lernklima verbessern und Verhaltensauffälligkeiten bei Schülern, z.B. mit ADS entgegenwirken kann. - In: Deutsche Behinderten-Zeitschrift ; Jg. 43, 2006, Nr. 2, S. 25-27. \*DZI-1809z\*

**Sellmann, Matthias:** Vom Wort zum Symbol: Ein Gespräch mit dem Soziologen Matthias Sellmann. - In: Thema Jugend ; 2006, Nr. 2, S. 11-12. \*DZI-2975\*

## 7.04 Ehe/ Familie/ Partnerbeziehung

**Chow, Marie-Luise:** Gruppen für Trennungskinder: Erste Überlegungen zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Gruppenkonzeptes. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2006, Nr. 5, S. 243-245. \*DZI-3026z\*

**Jäger, Margot:** Krankheit belastet die ganze Familie. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 10, S. 14-16. \*DZI-0015z\*

**Jung, Felicitas:** Prävention und Gesundheitsförderung für Männer – Zugangsmöglichkeiten zu Arbeitern: eine qualitative Studie. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 231-239. \*DZI-0021z\*

**Klöckner, Gabriele:** Wenn der Partner geht. - In: KDFB Engagiert ; 2006, Nr. 6, S. 8-12. \*DZI-0503z\*

**Ollefs, Barbara:** Familiäre Eskalation, elterliche Präsenz und systemisches Elterncoaching. - In: Informationsrundschreiben ; 2006, Nr. 212, S. 6-19. \*DZI-2317z\*

**Stenz, Gabriele:** Qualität der Wochenbettbetreuung. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 5, S. 16-19. \*DZI-0608\*

## 7.05 Ausländer / Aussiedler

**Hoppe, Michael:** Verwurzelung von Ausländern ohne Aufenthaltstitel: Wann kann Art. 8 I EMRK zu einem Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 V AufenthG verhalten? - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 26, 2006, Nr. 4, S. 125-131. \*DZI-2682\*

**Nickel, C.:** Behandlungsergebnisse stationärer psychosomatischer Rehabilitation bei türkischen Migranten: eine prospektive Studie. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 3, S. 147-153. \*DZI-0021z\*

## 7.06 Arbeitslose

**Hanewinkel, Reiner:** Motivierende Gesprächsführung mit Arbeitslosen: Akzeptanz und Ergebnisse einer Beratung zur Verbesserung gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 4, S. 240-248. \*DZI-0021z\*

**Lahusen, Christian:** Die Fragilität kollektiven Handelns: Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 35, 2006, Nr. 2, S. 102-119. \*DZI-2526\*

**Winkler, Ute:** Das SGB III im Jahr 2006. - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 24, 2006, Nr. 1, S. 3-9. \*DZI-2907\*

## 7.07 Straffällige / Straftatlassene

**Dudeck, Manuela:** Delinquenz – Merkmal für ein negatives Outcome? Ergebnisse einer Studie zur Systemsprengerproblematik in Mecklenburg-Vorpommern. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 32-36. \*DZI-2671\*

**Fraikin, Frank:** Die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren Justizvollzugsdienstes und des Werk-

dienstes in Nordrhein-Westfalen. - In: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe ; Jg. 55, 2006, Nr. 2, S. 67-73. \*DZI-0311\*

**Hirtenlehner, Helmut:** Kriminalitätsfurcht – Ergebnis unzureichender Coping-Ressourcen? Überprüfung eines interaktiven Erklärungsmodells. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 1, S. 1-23. \*DZI-0676\*

**Noll, Thomas:** Die Risikokalkulation für die Begehung von Gewalt- und Sexualstraftaten mit Hilfe des Static-99: eine Übersicht. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 1, S. 24-33. \*DZI-0676\*

## 7.10 Behinderte / kranke Menschen

**Amlang, Maud:** Möglichkeiten verhaltenstherapeutischer Maßnahmen bei autistisch behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. - In: Autismus ; 2006, Nr. 61, S. 4-12. \*DZI-2582\*

**Carstens, Ute:** Nachtdienst & Rufbereitschaft: Dienstleistungen der ambulanten Pflege. - In: Pflege aktuell ; Jg. 60, 2006, Nr. 5, S. 266-268. \*DZI-1010z\*

**Dunkelberg, Sandra:** Welche Patienten werden (nicht) in das DMP Diabetes eingeschlossen? - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 5, S. 289-293. \*DZI-0021z\*

**Elgeti, Hermann:** Familien-Bande – Gefahr der Hospitalisierung in der Gastfamilie? - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 11-14. \*DZI-2671\*

**Fahlbusch, Jonathan I.:** Rechtsfragen des persönlichen Budgets. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 227-233. \*DZI-0044\*

**Jacobsen, Ada:** Förderung integriert beschulter Hörgeschädigter am Beispiel des BBZ Stegen. - In: Hörgeschädigtenpädagogik ; Jg. 60, 2006, Nr. 2, S. 44-50. \*DZI-1542\*

**Klement-Rückel, Claudia:** Voll im Job: Sichere Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung. - In: KDFB Engagiert ; 2006, Nr. 6, S. 40-42. \*DZI-0503z\*

**Kokai, Joost:** Psychoedukation bei Psychosen als interaktiver, psychotherapeutischer Prozess. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 49-52. \*DZI-2671\*

**Landerl, Karin:** Lesepartner: Evaluierung eines 1:1 Tutoring Systems zur Verbesserung der Leseleistungen. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 32, 2006, Nr. 1, S. 27-38. \*DZI-1904\*

**Lück, P. C.:** Pathogenese, Diagnostik und Therapie der Legionella-Infektion. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 49, 2006, Nr. 5, S. 439-449. \*DZI-1130\*

**Rodewald, Frauke:** Screening auf Komplexe Dissoziative Störungen mit dem Fragebogen für dissoziative Symptome (FDS). - In: Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie ; Jg. 56, 2006, Nr. 6, S. 249-258. \*DZI-0516z\*

**Sarimski, Klaus:** Freundschaften und soziale Ablehnung von Kindern mit geistiger Behinderung in ihrer Peer-Gruppe. - In: Heilpädagogische Forschung ; Jg. 32, 2006, Nr. 1, S. 2-15. \*DZI-1904\*

**Wertli, Emanuela:** Integrative Erziehung und Bildung in der Deutschschweiz. - In: Hörgeschädigtenpädagogik ; Jg. 60, 2006, Nr. 2, S. 58-63. \*DZI-1542\*

## 7.11 Abhängige / Süchtige

**Elsner, Heinrich:** Die abgeschobene Minderheit: zur real existierenden Substitutionsbehandlung von chronisch mehrfachbeeinträchtigten Abhängigkeitskranken. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 36, 2006, Nr. 2, S. 40-49. \*DZI-2671\*

**Röske, Kathrin:** Warum Frauen nach der Geburt ihres Kindes wieder mit dem Rauchen anfangen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 68, 2006, Nr. 3, S. 171-175. \*DZI-0021z\*

## 7.13 Alte Menschen

**Engstler, Heribert:** Alterssurvey: Familie und Generationen im Wandel. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 33, 2006, Nr. 3, S. 6-8. \*DZI-3024\*

**Kremer-PreiB, Ursula:** Anbieter sollten sich auf neue Zielgruppen einstellen. - In: Altenheim ; Jg. 45, 2006, Nr. 5, S. 16-18. \*DZI-1449\*

## 8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

**Funk, Lothar:** Mindestlohnbestimmungen in ausgewählten EU-Ländern. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 55, 2006, Nr. 4, S. 83-94. \*DZI-0518\*

**Herrmann, Peter:** Methode der Offenen Koordinierung – Instrument zur Erreichung und Ausdruck des Europäischen Sozialmodells. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 5, S. 288-291. \*DZI-0044\*

**Müller, Oliver:** Kroatien auf dem Weg zu den Sozialstandards der EU. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 10, S. 26-28. \*DZI-0015z\*

**Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030 / 83 90 01-13, Fax: 030 / 831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de**

**Healthy Work in an Aging Europe.** A European Collection of Measures for Promoting the Health of Ageing Employees at the Workplace. Edited by Christian Boukal and Oskar Meggeneder. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2005, 356 S., EUR 31,90 \*DZI-D-7528\*

In den kommenden Jahren wird der Zustrom jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Arbeitsmarkt in der Europäischen Union abnehmen. Auf Grund dieser Verknappung kann auf die gut ausgebildeten und erfahrenen älteren Menschen immer weniger verzichtet werden. Ausschlaggebend für eine lange Beschäftigung, die sich auch aus einer Anhebung des gesetzlichen Rentenalters ergibt, ist die Erhaltung ihrer Gesundheit. Betriebliche Gesundheitsförderung (Workplace health promotion – WHP) ist das Mittel erster Wahl, um die Arbeitsfähigkeit und -zufriedenheit der Beschäftigten zu fördern und zu erhalten. Das Buch informiert, nach Ländern geordnet, über die jeweilige geplante oder angewandte Politik und stellt Konzepte von Interessenvertretungen sowie Beispiele nationaler Projekte und models of good practice im Rahmen der WHP vor. Die außerdem enthaltene Sammlung von Maßnahmen, insbesondere für Beschäftigte in der zweiten Hälfte ihres Berufslebens, ist Bestandsaufnahme sowie Standortbestimmung der WHP in Bezug auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit sowohl Nachschlagewerk als auch Ratgeber.

**Kinderarmut.** Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Hrsg. Margherita Zander. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005, 284 S., EUR 26,90 \*DZI-D-7549\*

Kinderarmut ist in der Bundesrepublik Deutschland zu einem viel beachteten Thema in der politischen Auseinandersetzung avanciert. Diese Publikation möchte einen Überblick über den europäischen Forschungsdiskurs geben und die bisherigen bundesrepublikanischen Forschungsergebnisse systematisch darstellen. Außerdem zeigt sie Handlungsperspektiven in unterschiedlichen Bereichen wie Frühförderung, Gesundheitsförderung, Haushaltsführung, Bildung und Soziale Arbeit auf, wobei sie sich an verschiedenen Dimensionen kindlicher Lebenslagen und Lebenswelten orientiert.

**Diversion im Jugendstrafrecht.** Effizienz und Rechtsstaatlichkeit der Richtlinien in Schleswig-Holstein. Von Christian Grote. Eigenverlag Kriminologische Zentralstelle e.V. Wiesbaden 2006, 455 S., EUR 30,- \*DZI-D-7583\*

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Diversion im Jugendstrafrecht und ihrer Praxis anhand der Diversionsrichtlinien in Schleswig-Holstein. Besonderes Augenmerk gilt möglichen Kompetenzverlagerungen von der Staatsanwaltschaft auf die Polizei – sowohl unter dem Gesichtspunkt der Effektivität als auch aus rechtsstaatlicher Sicht. Dazu wurden Diversionsfälle aus zwei Jahrgängen auf Grund einer Aktenanalyse verglichen; hinzu kommen Be-

fragungen bei Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden. Damit gibt der Band Hinweise für die Weiterentwicklung schneller und flexibler Reaktionen auf leichte Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender, die in der Praxis des Jugendstrafrechts von besonderer Bedeutung sind. Bestellanschrift: Kriminologische Zentralstelle e.V., Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden, Tel.: 06 11/157 58-0, Fax: 06 11/157 58 10, E-Mail: info@krimz.de

**Deutschland – trotz alledem? Jüdische Sozialarbeit nach 1945.** Hrsg. Helga Krohn und Gudrun Maierhof. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2006, 214 S., EUR 12,50 \*DZI-D-7586\*

Jüdische Wohltätigkeit und Sozialarbeit haben eine lange Tradition in Deutschland. In den größeren jüdischen Gemeinden entstand schon frühzeitig ein dichtes soziales Netz von Einrichtungen für Jung und Alt. In der Zeit des Nationalsozialismus haben diese Institutionen der jüdischen Bevölkerung Hilfe und Unterstützung gewährt, bis die Gemeinden zu ihrer Auflösung gezwungen wurden. Nur wenige Jüdinnen und Juden haben die Verfolgung und Vernichtung überlebt und sich 1945 in Deutschland gehalten. Ihre materielle und psychische Not ließ noch in den Trümmern und mit ausländischer Unterstützung neue soziale Einrichtungen entstehen. In diesem Band werden die Anfänge der jüdischen Wohltätigkeit nach 1945 geschildert, die Geschichte der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland aufgezeigt und soziale Persönlichkeiten der jüdischen Sozialarbeit in Portraits vorgestellt.

**Ehrenamtliche Mitarbeit organisieren.** Von Mona Schöffler. Vincentz Network. Hannover 2006, 123 S., EUR 22,- \*DZI-D-7588\*

Jede/jeder dritte Deutsche ist ehrenamtlich tätig – Tendenz steigend. Doch welche Motive bewegen Menschen, sich in dieser Weise zu engagieren und welche Chancen ergeben sich daraus für die Einrichtungen der Altenhilfe? Antworten darauf gibt die Autorin in diesem Handbuch, das sich an Führungskräfte in der Altenhilfe richtet, die durch die Beschäftigung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Angebot erweitern wollen. Es ist so aufgebaut, dass es als Leitfaden bei der Erstellung einer Konzeption für ehrenamtliche Arbeit zu nutzen ist. Jedes Kapitel – von der Gewinnung und Auswahl entsprechender Menschen bis hin zu versicherungsrechtlichen Fragen – ist in sich abgeschlossen. Weitere Themen sind zum Beispiel „Integration und Zusammenarbeit“, „Fortbildung“ sowie „Gratifikation“. Checklisten, Vordrucke für Formulare und Leitfäden runden dieses Arbeitsmittel ab.

**Erzählen, was ich nicht weiß.** Die Lust zu Fabulieren und wie sie die politische, soziale und therapeutische Arbeit bereichert. Hrsg. Reiner Steinweg in Zusammenarbeit mit Gerd Koch. Schibri-Verlag. Uckerland 2006, 229 S., EUR 15,- \*DZI-D-7606\*

In diesem Band geht es nicht nur um das ausschließliche momentane Vergnügen des mündlichen Erzählens, sondern auch um das zweckgebundene, das in der politischen, sozialen oder therapeutischen Arbeit genutzt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das zweckfreie mündliche Erzählen wieder stärkerer Bestandteil der Kultur wird. An dieser Zielsetzung arbeiten alle, die sich in irgendeiner Form dem mündlichen Erzählen widmen: die Märchen-

und Geschichtenerzählerinnen und -erzähler in ihren öffentlichen Auftritten, im Rundfunk und auf Kongressen, die Eltern, die ihren Kindern Geschichten erzählen, die Theaterleute, die das Erzählen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken oder eigene Präsentationsformen entwickeln, bei denen mehrere Erzähler und Erzählerinnen gemeinsam auftreten. Und da sind die vielen Dozentinnen und Dozenten, die in Seminaren und Kursen an Hoch- und Volkshochschulen und manch anderen Orten das freie Erzählen lehren und erfahrbar machen. In diesem Sammelband berichten Autorinnen und Autoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz über ihre Erfahrungen in Erzählsituationen.

**1964 – 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland.** Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit. Hrsg. Werner Lindner. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006, 252 S., EUR 29,90 \*DZI-D-7550\* Vierzig Jahre nach der Herausgabe des Sammelwerkes „Was ist Jugendarbeit?“ trafen die damaligen Initiatoren der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland auf jene, die sich gegenwärtig um neue Konzepte des sich verändernden Handlungsfelds bemühen. Im Rahmen einer Denkwerkstatt diskutierten Fachleute aus Wissenschaft, Ausbildung, Forschung und Praxis Gegenwartsdiagnosen und Perspektiven der Jugendarbeit in Deutschland. Vor dem Hintergrund der Theorieansätze von 1964 wird erneut untersucht, welche Orientierungen für eine professionelle, theoretische und gesellschaftspolitische Verortung der Kinder- und Jugendarbeit künftig bestehen.

**Störer und Gestörte.** Band 2: Konfliktgeschichten als Lernprozesse. Hrsg. Thomas von Freyberg und Angelika Wolff. Brandes & Apsel Verlag. Frankfurt am Main 2006, 295 S., EUR 24,90 \*DZI-D-7608\* Dieser Band über Störer und Gestörte enthält themenbezogene Betrachtungen sowie die Darstellung von Bedingungen und Möglichkeiten, die Spiralen eskalierender Konfliktgeschichten zu unterbrechen, aus dem Scheitern und von den „Störern“ zu lernen, Verstrickungen produktiv einzusetzen und interdisziplinäre Kooperationen zu nutzen. Die Arbeit mit schwierigen Kindern und Jugendlichen könnte um einiges leichter sein, wenn das heimliche „erste Gebot“ von Schule seine Macht verlieren würde: Du darfst nicht versagen, Du darfst keine Fehler machen! Wenn sich ein grundsätzlicher Wandel auch in der beruflichen Haltung durchsetzen und nicht immer nur sanktioniert, vertuscht und vermieden würde, wäre Vieles einfacher.

**Handbuch Psychologische Beratung.** Hrsg. Christoph Steinebach. J.G. Cotta'sche Buchhandlung/Klett-Cotta. Stuttgart 2006, 605 S., EUR 34,- \*DZI-D-7609\* In allen psychologischen Berufsfeldern ist Beratung die zentrale Dienstleistung, die sich neben der Diagnostik und Therapie als professionelle, Theorie geleitete Intervention etabliert hat. Menschen suchen immer häufiger in der Beratung grundsätzliche Orientierung für ihr Leben. Vor dem Hintergrund zunehmender Unüberschaubarkeit und eines rapiden Wandels im Alltag stehen Beratungstheorien und -praxis vor immer neuen und anspruchsvolleren Aufgaben. In der Veröffentlichung ist eine Einführung grundlegender psychologischer Theorien zu finden. Erläutert wird die Beratungspraxis in verschiedenen Handlungsfeldern wie

zum Beispiel der Erziehungs-, Lebens-, Paar-, Jugend- oder Familienberatung, der beraterischen Interventionen in der Team- und Organisationsentwicklung und der Supervision. Als Brennpunkte werden Leistungsstörungen und Behinderungen, Lebenskrisen, Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie sexueller Missbrauch thematisiert. Abschließende Themen sind innovative Wege der Beratung wie Mediation, Schulberatung, Intervention, Qualitätssicherung und Evaluation. Das Handbuch richtet sich an Fachleute der verschiedensten Professionen, die im Bereich Beratung tätig sind, an Studierende und Lehrende, die eine Übersicht und Vertiefung zu den Grundlagen, zur Praxis und zu den Perspektiven der psychologischen Beratung suchen.

**Soziale Arbeit im Wandel.** Professionelle Identität zwischen Ökonomisierung und ethischer Verantwortung. Von Martin Albert. VSA-Verlag. Hamburg 2006, 125 S., EUR 11,80 \*DZI-D-7610\* Die Betrachtung der gegenwärtigen Fachdiskussion um die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit macht zunehmend deutlich, dass mit dem Einzug eines wirtschaftsorientierten Denkens auch ein tief greifender und grundlegender Paradigmenwechsel stattfindet. Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Techniken hat im sozialen Berufsbereich Einzug gehalten, wobei der von öffentlicher Seite geforderte Nachweis der Effizienz von Sozialer Arbeit nur einen Teil des übergeordneten und tief greifenden Wandels darstellt. Der Autor zeigt auf, dass ökonomische Konzepte ins Leere laufen, teilweise sogar kontraproduktiv sind, wenn sie lediglich ökonomische Wissensbestände technokratisch auf die soziale Berupspraxis übertragen. Sozialmanagement muss sich kritisch fragen lassen, ob es eine fundierte Handlungswissenschaft mit eigenen ethischen Grundsätzen für das Handlungsfeld von Sozialer Arbeit darstellt.

**Coaching und Soziale Arbeit.** Grundlagen einer Theorie sozialpädagogischen Coachings. Von Bernd R. Birgmeier. Juventa Verlag. Weinheim 2006, 292 S., EUR 26,- \*DZI-D-7612\* Coaching ist als spezifisches personenbezogenes Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungsinstrument bekannt und etabliert. Im personal- und entwicklungspsychologischen Bereich ist ein regelrechter Boom dieser Beratungsform zu beobachten. Eine diskursive Annäherung seitens der Sozialpädagogik an Coaching geschieht jedoch nur sehr zögerlich. Dieser Band stellt zunächst Grundzüge und unterschiedliche Begriffsverwendungen des Coachings vor und analysiert dessen klassische Ansätze und Konzepte kritisch hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Fundierung sowie ihrer Praktikabilität und vergleicht diese mit sozialpädagogischen Theorien, Interventionsformen und Verfahrensweisen. Anschließend werden Konturen einer Theorie sozialpädagogischen Coachings herausgearbeitet, die auf dem Verständnis von Sozialpädagogik als Handlungswissenschaft basieren. Einen besonderen Stellenwert in dieser Theorie nehmen anthropologische Annahmen ein, die im Schnittpunkt der Erkenntnisse interdisziplinärer Handlungstheorien stehen.

**Grundlagen des Methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit.** Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. Von Franz Stimmer. Verlag. W. Kohlhammer. Stuttgart 2006, 236 S., EUR 24,- \*DZI-D-7611\*

Der Autor nimmt mit diesem Buch eine Einführung in die Systematik klientenbezogenen methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit vor. Dadurch wird es möglich, die vielfältigen Ebenen und Aspekte des Vorgehens in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen. In diese Systematik mit ihren wechselseitig aufeinander bezogenen Ebenen sind Grundfragen der Ethik, bedeutsame handlungsleitende Konzepte (Empowerment, Case Management), zentrale Interaktionsmedien (Beratung, Begleitung-Unterstützung-Betreuung) ebenso integriert wie spezifische Methoden und Verfahren der Situationsanalyse (Person-in-Environment, Netzwerkanalyse), der Situationsintervention (klientenzentrierte Gesprächsführung, Psychodrama) und die Reflexion professionellen Handelns (Selbstregulation, Supervision). Zudem werden grundlegende Aspekte des Problemlösungsprozesses sowie die Formulierung von Zielen und Hypothesen diskutiert. Die genannten Elemente und ihre Verknüpfung in einem systematischen Rahmen fundieren professionell-methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit.

**Berufsrückkehrerinnen.** Erwerbs- und Familienverläufe nach Qualifizierungsmaßnahmen aus biographischer Perspektive. Von Cornelia Feider. W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld 2006, 225 S., EUR 29,90 \*DZI-D-7613\*

Wie wirksam ist öffentlich geförderte Weiterbildung? Einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leistet die Autorin durch eine qualitative Studie. Sie stellt biographische Ergebnisse und Erfahrungen vor, die den langfristigen Erfolg oder Misserfolg von Reintegrationsmaßnahmen für Berufs-

rückkehrerinnen verständlich machen. Auf Basis narrativer Interviews mit ehemaligen Lehrgangsteilnehmerinnen wird eine Typologie generiert, die zwischen sechs Erwerbsverlaufsmustern und damit einhergehenden persönlichen Haltungen zu Beruf und Familie differenziert.

**Jugendverbände als biografisch bedeutsame Lebensorte.** Von Tobias Lehmann und Katharina Mecklenburg. Schneider Verlag Hohengehren. Baltmannsweiler 2006, 116 S., EUR 12,- \*DZI-D-7617\*

Welche Bedeutung kann die Mitgliedschaft beziehungsweise die gelebte Zeit in einem Jugendverband für einen jungen Menschen haben? Ausgehend von dieser Frage richtet sich der Fokus dieses Buches auf die persönliche Aneignung des Jugendverbandes durch Jugendliche sowie auf die individuelle lebensgeschichtliche Einbettung in diese Organisationen. In acht Portraits werden junge Menschen vorgestellt, die über einen längeren Zeitraum in verschiedenen Jugendorganisationen aktiv waren. Sie blicken auf diese Zeit zurück und reflektieren deren Einfluss auf die Entwicklung ihres Lebenslaufs.

**Gastfreundschaft.** Das niederländische Konzept Kwartiermaken. Von Doorje Kal. Paranus Verlag. Neumünster 2006, 215 S., EUR 19,- \*DZI-D-7614\*

Das Konzept „Kwartiermaken“ ist eine Antwort auf die menschliche Hoffnung, dazugehören zu wollen, eine Antwort auf die gesellschaftliche Ausgrenzung von psychisch kranken Menschen, die noch mehr als andere das Bedürfnis haben, akzeptiert zu werden. Wörtlich bedeutet

Anzeige Bank

„Kwartiermaken“, einen Aufenthaltsort für eine Gruppe von Neuankömmlingen vorzubereiten. Es meint also die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, in dem (mehr) Lebensmöglichkeiten für Menschen mit Psychiatrieerfahrungen und auch für andere entstehen, die mit denselben Mechanismen der Ausgrenzung zu kämpfen haben. Die Autorin, die dieses Projekt in den Niederlanden maßgeblich aufgebaut hat, meint dazu: „Ich möchte untersuchen, was gesellschaftlich notwendig ist, um soziale Integration zu ermöglichen, die nicht auf Assimilation hinausläuft, bei der das Anderssein ausgelöscht wird. Quartiermaken ist im Wesen das Organisieren von Gastfreundschaft, also ein Willkommen heißen, ohne Fragen zu stellen.“

**Eltern-Kind-Behandlung in der Psychiatrie.** Ein Konzept für die stationäre Pflege. Von Doris Arens und Ellen Görgen. Psychiatrie-Verlag, Bonn 2006, 160 S., EUR 19,90 \*DZI-D-7615\*

Vorgestellt wird eine in Deutschland sich langsam etablierende Behandlungsform: die gemeinsame stationäre Aufnahme und Behandlung von Eltern und Kindern bei psychiatrischer Erkrankung eines Elternteils. Nach einem einleitenden theoretischen Teil, der die Grundlagen der Eltern-Kind-Beziehung verständlich macht, beschreiben die Autorinnen das Konzept und geben konkrete Ratschläge, von der Aufnahmeverbereitung bis zur Entlassung der Betroffenen. Dabei ergänzen sie ihre Ausführungen mit zahlreichen Praxisbeispielen, Erfahrungsberichten und Interviews. Die Darstellung der Pflegearbeit zeigt, wie wichtig das Engagement der Pflegekräfte ist und wie groß ihr Handlungsspielraum. Eine gelungene Eltern-Kind-Behandlung trägt nicht nur zur Stabilisierung der Eltern bei, sondern fördert auch die positive Entwicklung der Kinder.

**Zwischen Bevormundung und beruflicher Autonomie.** Die Geschichte des Bundes Deutscher Hebammen. Hrsg. Bund Deutscher Hebammen. Eigenverlag, Karlsruhe 2006, 224 S., EUR 18,50 \*DZI-D-7616\*

In diesem Buch wird die spannende Geschichte von der Gründung der ersten Hebammenvereinigungen 1885 bis zu den Themen und Problemen der heutigen Zeit erzählt. Es gibt Zeugnis von den vielen bekannten und unbekanntenen Hebammen, die auch in schwierigen Zeiten für bessere Rahmenbedingungen der Arbeit, für die Abgrenzung und Autonomie des Berufes, für eine gerechtere Entlohnung der Hebammenarbeit und für gesellschaftliche Veränderungen zum Wohl der Frauen gekämpft haben. Dabei wird die Geschichte des Berufsverbandes immer auch mit der Zeitgeschichte und dem jeweiligen gesellschaftlichen Status der Frauen in Beziehung gesetzt.

**Herausgeber:** Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

**Redaktion:** Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien  
**Redaktionsbeirat:** Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

**Verlag/Redaktion:** DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

**Erscheinungsweise:** 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)  
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

**Übersetzung:** Belinda Dolega-Pappé

**Layout/Satz:** GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

**Druck:** druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606